

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 16. November 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis: 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark wöchentlich, 3,30 Mark vierteljährlich, 11,00 Mark halbjährlich, 21,00 Mark jährlich. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erkocht täglich außer Montags.

#### Die Inflation-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Rollen- oder deren Raum 90 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereine und Verwaltungen 10 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 10 Pf. (gültig 2 festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenvermittlungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 6 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Wie England verstimmt wurde und das deutsche Volk belogen ward.

I.

Ed. B. Unter dem Titel „Wie England verstimmt wurde“ bringt die „Berl. Volksztg.“ in ihrer Sonntagsnummer einen Artikel über die Vorgänge, welche die englische Regierung zu der von Lloyd George am 21. Juli im Mansion House verlesenen Erklärung trieben. Der Artikel ist von der guten Absicht diktiert, den Lesern zu zeigen, daß für das deutsche Volk kein Grund vorliegt, England jene Erklärung nachzutragen, aber sein Material ist doch nicht so lückenlos, um ein abschließendes Urteil über diese vielerörterte Erklärung zu ermöglichen. Es ist jedoch unbedingt nötig, in dieser Hinsicht einmal volle Klarheit zu schaffen. Die Frage, wie es zu jener Erklärung kam und was sie wirklich bedeutete, ist durch die Erklärungen der Regierungsvertreter in den Reichstagsverhandlungen über den Marokkoprozess noch keineswegs genügend aufgeklärt. Sowohl Herr v. Bethmann Hollweg wie Herr v. Riederlen-Waechter haben es vielmehr geflissentlich vermieden, auf die von den Rednern unserer Partei und einigen anderen Rednern hervorgehobenen Punkte so unzweideutige Antworten zu geben, wie sie in diesem Falle erforderlich waren. Bethmann Hollweg hat nur zugestanden, daß die Erklärung Lloyd Georges keinerlei Beleidigung oder Herausforderung Deutschlands enthielt, wie das selbst linksliberale Blätter monatlang behauptet hatten. Man kann daher sicher sein, daß National-liberale und deren Nachbarn von rechts in kürzester Zeit mit der Redensart von der „Anmaßung“, „Höhnerei“ usw. Englands weiter hausieren werden. Sie brauchen sie, um nach Möglichkeit „nationale“ Wahlen zu machen. Der Regierung aber kam und kommt es nur darauf an, den Beweis zu liefern, daß sie vor keiner „Drohung Englands“ zurückgewichen sei. Weiter in der Klarstellung zu gehen, verbot Herr v. Bethmann Hollweg die Rücksicht auf seine Kollegen vom Auswärtigen Amt und diesem die Rücksicht auf seine Amtsstellung. Man wird aber aus dem Folgenden ersehen, wie wichtig es für das deutsche Volk ist, den ganzen Vorgang im Zusammenhange kennen zu lernen. Und damit zur Sache.

Der Hafen von Agadir ist nach dem Algeirasvertrag für Kriegsschiffe gesperrt. Nur mit vorher erteilter Erlaubnis des Sultans von Marokko und Zustimmung sämtlicher Mächte, die den Vertrag geschieden haben, darf ein Kriegsschiff sich dort aufhalten. Das ward deutscherseits so wenig als toter Buchstabe betrachtet, daß, als am 3. Dezember vorigen Jahres ein französisches Kanonenboot in Agadir einlief, schon am 6. Dezember die „Kölnische Zeitung“ in einer offiziellen Notiz diese Rechtslage feststellte, am 10. Dezember der Reichskanzler in seiner Antwort auf eine diesen Vorfall betreffende Anfrage Wasseremanns zu erkennen gab, daß die deutsche Regierung bei der französischen Angefragt habe, was das Einfahren des Kanonenbootes zu bedeuten habe, und am 12. Dezember Herr von Riederlen-Waechter dem Reichstage mitteilen konnte, die französische Regierung habe „in loyalster Weise“ die „durchaus genügende“ Erklärung abgegeben, daß das Kanonenboot nur in Ausübung der Frankreich übertragenen Seepolizei bei der Verfolgung eines Schmugglerschiffes in Agadir eingelaufen, die Erwirkung einer Eröffnung des Hafens damit nicht beabsichtigt sei. Die deutsche Regierung habe die Gelegenheit benutzt, so heißt es wörtlich, „erneut unser Einverständnis mit der französischen Regierung darüber festzustellen, daß die Eröffnung eines der geschlossenen Häfen nur durch den Sultan mit Zustimmung sämtlicher Vertragsmächte erfolgen kann“. So Herr v. Riederlen-Waechter am 12. Dezember 1910.

Am 1. Juli 1911 läuft das deutsche Kanonenboot „Panther“ in Agadir ein. Die alldeutsche und die von Alldeutschen bediente Presse verkündet der Welt jubelnd, das sei „endlich eine Tat“, der deutsche „Panther“ habe seine Krallen in Marokko eingeschlagen und werde sie nicht mehr herausziehen“. Nach den Enthüllungen der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ vom 4. November tat sie dies, nachdem sie vom deutschen Auswärtigen Amt unterrichtet worden war, daß in Bezug auf Südwest-Marokko ein Schlag bevorstehe. Das Ausland wird stuhlig, französische Blätter schlagen Lärm. Die auswärtigen Regierungen fragen bei den deutschen Botschaftern an, was die Sache zu bedeuten habe, und werden mit der Antwort beschieden, man sei noch ganz ohne Nachricht darüber von Berlin. Das macht die Sache doppelt auffällig. Am 6. Juli erklärt der englische Premierminister Mr. Asquith auf eine Anfrage im Haus der Gemeinen, die Marokkofrage nehme allerdings ein ernsthaftes Gesicht an, indes hoffe die Regierung in der Lage zu sein, beruhigende Aufklärung zu geben. Dies bezieht sich auf eine Anfrage, welche die englische Regierung damals offiziell nach Berlin hatte ergeben lassen.

Daß die englische Regierung zu dieser Anfrage bereit war, wird nach dem Vorstehenden jeder begreifen. Sie tat damit nur, was die deutsche genau sechs Monate vorher unter gleichen Umständen getan hatte. Aber während damals

Frankreich ohne Empfindlichkeit und Umstände so prompt eine zufriedenstellende Antwort gegeben hatte, daß neun Tage nach dem Vorfalle im Deutschen Reichstag erklärt werden konnte, die Sache sei in loyalster Weise erledigt, bleibt die englische Regierung fast zwei bis drei Wochen nach dem Vorfalle ohne jede Antwort von Berlin.

Ich habe den Genossen Parlamentsmitglied J. R. MacDonald, der diese letztere Tatsache im Septemberheft der „Socialist Review“ festgestellt hat, neuerdings geschrieben und ihn unter Hinweis auf die Unklarheit, die in Deutschland über diese Frage obwaltet, gebeten, mir genau mitzuteilen, was er von den Vorgängen mit Sicherheit erklären könne. In seiner Antwort heißt es:

„Unsere Regierung richtete ein Schreiben an die Ihre, das von freundschaftlicher Absicht diktiert war („having the most friendly intention“). Es blieb ungefähr vierzehn Tage unbeantwortet.“

Ist das wahr, so konnte die englische Regierung dies Schweigen kaum anders denn als Verweigerung derjenigen Rücksichten auffassen, die Staaten, welche nicht im Kriegsverhältnis zueinander stehen, sich heute schulden. MacDonald ist der deutschen Regierung kein Unbekannter, auch für sie nicht der erste Beste. Ist sie in der Lage, seine Mitteilung zu bestritten?

Weiter. Aus dem Enthüllungsbuch der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, der daraus bezüglichen Erklärung des Herrn von Riederlen-Waechter im Reichstag und berichtigen Artikel der „Post“, „Täglichen Rundschau“ usw. geht nun folgendes hervor:

Das Auswärtige Amt hatte die „nationale“ Presse schon vor dem 1. Juli informiert, daß Deutschland diesmal auf Landwerbungen in Marokko bestehen werde („Tägliche Rundschau“). Es hatte nach dem 1. Juli eine „nationale“ Redaktion telephonisch instruiert, Deutschland beanspruche eine Siedlungskolonie in Marokko, und sie aufgefordert, auf die günstigen klimatischen Verhältnisse, Erzeidatum, Fruchtbarkeit usw. Südmarokkos hinzuweisen („Post“). Eine Zusammenkunft „nationaler“ Journalisten und Politiker hat am 8. Juli „mit Wissen und unter Zustimmung des Auswärtigen Amtes“ („Rheinisch-Westfälische Zeitung“) ein Aktionsprogramm in diesem Sinne vereinbart. Diese Zusammenkunft war die Fortsetzung von Besprechungen, an denen auch freisinnige Abgeordnete teilnahmen („Tägliche Rundschau“). Die Zusammenkunft vom 8. Juli hat nicht im Auswärtigen Amt stattgefunden, dieses hat sich nicht für das Aktionsprogramm erklärt, sondern „den Hauptmatadoren durch einen Beamten sagen lassen: Seien Sie vorsichtig, allein werden Sie die Sache nicht machen können und die Regierung steht nicht hinter Ihnen.“ So Herr von Riederlen-Waechter am 11. November im Reichstag.

Der Reichstag hat diesen Satz des Ministers als Ironie aufgefaßt und seine Wiedergabe mit „großer Seiterkeit“ aufgenommen. Zieht man aber in Betracht, wie ernst in jenem Moment, als er zuerst gesprochen sein soll, die internationale Situation war, dann wird man es nicht gerade als lustig stimmende Politik betrachten, wenn ein verantwortlicher Minister gegenüber einem Programm, wie es jener Konvent von „Alldeutschen“ (Wort des Ministers) beschlossen hatte, keine andere Kritik am Platze hielt. Die Alldeutschen sind als Partei nicht stark, aber ihre Verbindungen in der Presse reichen erheblich weiter, als ihr direkter Anhang. Sie können durch eigene Kraft nichts Positives ausrichten, aber sie können sehr viel Unheil stiften.

Was besagte jenes Programm? Nach der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ vom 4. November hieß es darin unter anderem:

„Teilung Marokkos in Einflussphären und Beanspruchung Südwest-Marokkos als deutsche Interessensphäre. Ablehnung jedes austauschenden Konferenzplanes. Beschränkung der Verhandlungen nur auf Frankreich und das Deutsche Reich.“

Soweit England in Betracht kommt, hieß das mit anderen Worten: Beiseiteschiebung Englands, das seit mehr als zwei Jahrhunderten direkte Beziehungen mit Marokko hat und dessen Handelsverkehr mit Marokko mehr als sechsmal so groß ist, als der Deutschlands.

Für dies Programm agitiert die alldeutsche Gesellschaft mit Kenntnis des Auswärtigen Amtes, das die Anfrage Englands schon in Händen hatte. Das Amt läßt die Anfrage unbeantwortet und tut nichts, die Agitation durch eine offizielle Erklärung zu desavouieren. Natürlich blieb die Agitation im Ausland nicht unbemerkt. Dafür sorgte allein schon die Prahlucht der Alldeutschen. Am 9. Juli, den Tag nach dem Konvent, beginnt Herr v. Riederlen-Waechter mit dem französischen Gesandten in Berlin, Herrn von Cambon, über die Marokkofrage zu verhandeln. Insofern als genau die Aktionslinie, wie sie nach der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ im alldeutschen Aktionsprogramm vereinbart war. Von der Tatsache, daß Verhandlung gepflogen wurde, erfahren die Vertragsmächte durch die Presse.

Etwa am 15. oder 16. Juli wiederholt daher die englische Regierung ihre Anfrage in Berlin. MacDonald schreibt mir, er könne aus dem Gedächtnis absolut Genaueres hierüber nicht mitteilen, ich füge mich für diese Feststellung auf seine unter dem frischen Eindruck der Dinge geschriebene Erklärung in der „Socialist Review“ vom September. Aus damaligen und späteren Notizen der englischen Presse geht aber hervor, daß

der englischen Regierung um jene Zeit Mitteilungen aus Paris zugehen — ob offiziell und formell oder bloß inoffiziell, könnte bloß eine Anfrage an die betreffenden Regierungen ergeben — die sie geradezu nötigten, von Berlin eine Erklärung zu erbitten. Uebrigens schrieben, wie man sich erinnern wird, Pariser Blätter damals die aufgeregtesten Artikel über Zumutungen, die Herr v. Riederlen-Waechter Frankreich gestellt habe.

Die zweite Anfrage der englischen Regierung blieb nicht unbeantwortet. Laut dem Artikel der „Socialist Review“ aber war diese Antwort eine Insulte.

Und nun erst, nachdem alles dies vorangegangen, kommt es zu der von Lloyd George am 21. Juli im Londoner Mansion House verlesenen Erklärung. Sie bildet den Schluß einer Rede, die der Minister auf einem Bankett der Kaufmannschaft der City hielt und worin er den Wert des Friedenspries, und war das Ergebnis einer Sitzung des englischen Kabinetts, worin man beraten hatte, was England angesichts des Verhaltens der deutschen Regierung zu tun habe. Sie ward vom Minister mit sehr ernster Stimme verlesen und lautet:

„Ich bin bereit, Opfer für die Erhaltung des Friedens zu bringen. Ich begreife es, daß nichts außer Fragen von der schwerwiegendsten nationalen Bedeutung eine Störung der internationalen guten Beziehungen rechtfertigen könnten. Aber wenn uns eine Situation aufgezungen wird, wo der Friede nur durch die Preisgabe der großen und wohlthätigen Stellung bewahrt werden kann, die Großbritannien durch Jahrhunderte heroischer Taten und Leistungen errungen hat, nur dadurch, daß Großbritannien in einer Frage, die seine Lebensinteressen berührt, sich so behandeln läßt, als gäbe es nicht mehr mit im Rate der Nationen, dann erkläre ich mit Nachdruck, daß der Friede um diesen Preis eine Demütigung wäre, die für ein großes Land, wie das unsere, unerträglich sein würde.“

Kein Zweifel, diese Erklärung bedeutet eine Warnung, wenn man will, eine Drohung. Aber, wie Herr von Bethmann Hollweg selbst anerkannt hat, keine Drohung, die etwa verlangte, was nicht jedes Land in solcher Situation zu fordern berechtigt ist. Und vor allem keine Drohung, die irgendeine beleidigende Bemerkung gegen Deutschland enthielt. Der englische Minister hielt sich sogar in der Form soweit zurück, daß er Deutschland nicht einmal erwähnte. Die Erklärung enthält auch, wie die Rede, deren Schluß sie bildet, keine Silbe gegen irgendeine von Deutschland in der Marokkofrage erhobene Forderung. Wenn selbst linksliberale Blätter das nachträglich behaupten, so haben sie entweder ein sehr kurzes Gedächtnis oder sie geben sich bewußt zu Schrittmachern der alldeutschen Volksverhetzer her.

Es ist für die ganze Prozedur des auswärtigen Amtes in dieser Sache bezeichnend, daß seine Offizien sich zuerst so stellen, als könne man nicht begreifen, auf wen die Erklärung Lloyd Georges eigentlich zielt. Dies geistreiche Spiel konnte aber natürlich nicht lange getrieben werden. Man mußte zugeben, daß die Worte der englischen Regierung auf Deutschland zielten. Die Situation wurde sehr gespannt. Hüben und drüben rumorte es in den Kriegshäfen. Hätte nicht damals — und das ist ja auch wieder für unsere Zustände so bezeichnend — der deutsche Kaiser auf Grund von Briefen des englischen Königs und des russischen Zaren interveniert, die ihm den Ernst der Situation vorstellten, so war das Neuberste vor der Tür.

## Schiffahrtsabgaben als agrarische Liebesgaben.

„Selig sind die Frommen, ihnen muß jedes Ding zum Besten dienen.“ sagt Wilhelm Busch. In unserer Wirtschaftspolitik bewährt sich die Richtigkeit dieses Weisheitspruches auf das Trefflichste. Was auch die geschätzte Reichsregierung anfaßt, alles kommt auf den Vorteil der frommen Agrarier, der Edelsten und Besten der Nation, der wahren Patrioten hinaus. Da haben wir jetzt das Reichsgesetz über Schiffahrtsabgaben. Es ist in den Händen der Bethmännischen Regierung zu einem Hilfs Gesetz für die notleidenden Agrarier geworden.

Nach langen Verhandlungen haben die agrarischen Parteien, aber auch etliche Mitglieder anderer Gruppen ihn in der Kommissionsberatung ihre Zustimmung gegeben, ohne daß prinzipielle Änderungen an dem Regierungsentwurf vorgenommen worden wären. Der Vorteil für die Agrarier besteht darin, daß durch die Aufhebung von Schiffahrtsabgaben auf den bisher abgabefreien deutschen Strömen notwendigerweise die Frachten für alle Massengüter nach dem deutschen Oberlande und damit vor allen Dingen die Getreidefrachten verteuert werden müssen. Die binnländischen Agrarier können also gegenüber dem ausländischen Getreide wiederum die Preise um den Betrag dieser Frachterhöhung in die Höhe setzen. Dieses edlen Zweckes wegen hatte die preussische Regierung bereits zurzeit der Kämpfe um den Mittelkanal den preussischen Junkern die Einführung von Schiffahrtsabgaben versprochen.

Die Einführung dieses Versprechens war das preussische Schiffahrtsabgabengesetz und, da das nicht ausreichte, das jetzt vorliegende Reichsgesetz, das mit einer Veränderung der Reichsverfassung verbunden ist. Denn jetzt ist laut Reichsverfassung die Schiffahrt auf den deutschen Strömen abgabefrei. Das war ein der gepriesensten Bindemittel zur Vertilgung der



deutschen Einheit bei Gründung des Reichs. Vor der Junkerlegierung der Reichsversammlung. Die letzte Hoffnung, daß diese verkehrte, feindliche Einrichtung nicht zur Durchführung gelangt, beruht jetzt auf dem Auslande. Denn durch internationale Verträge ist Holland auf dem Rhein und Oesterreich auf der Elbe die freie Schifffahrt gewährleistet. Wird der Entwurf Gesetz, dann haben die Besatzmänner Vorkraft, internationale Verträge mit dem Ausland einzuleiten, durch die dem Nationalwohlstand neue Binden geschlagen werden. Das nennt man dann nationale Politik.

Als der Gesetzentwurf am Mittwoch im Reichstage zur zweiten Lesung kam, erklärte zunächst Herr Kretschmer für die Konserervative, Herr Lehner für die Zentrumsparthei die Zustimmung der überwiegenen Mehrheit ihrer Fraktionen. Genosse David wies unter Vorbringung ausführlichen Belegmaterials nach, in welcher klamauer Weise die preussische Regierung durch Anwendung teils terroristischer Mittel, teils durch den Rückzug von Sonderverträgen die anfänglich opponierenden deutschen Mittelstaaten dem Junkerwillen unterworfen hat, und erklärte, daß die Sozialdemokratie diese gesetzerheuerliche Mißgeburt jedenfalls ablehnen würde. Der preussische Eisenbahnminister v. Preußenbach und der württembergische Minister v. Bischoff versuchten das Gesetz zu rechtfertigen, wobei Herr Bischoff zugeben mußte, daß Württemberg keine anständig wohl begründete Opposition sich durch das Zugeständnis von Sonderverträgen bei der Dekretalisierung habe abkaufen lassen. Auch der Geheimrat Peters, der eigentliche Redakteur und Verteidiger des Gesetzes, stellte sich in langer Rede dem Hause vor. Dann wurde die Debatte auf Donnerstag vertagt.

## Das Marokko-Abkommen.

Was wir gestern vorausgesagt haben, ist pünktlich eingetroffen: Das Zentrum hat den im Plenum mit so großem Nachdruck bekundeten Standpunkt prompt aufgegeben und sich der Regierung unterworfen. Der Marokko-Kongo-Vertrag soll — so hat die Kommission beschlossen — dem Reichstage nicht zur Genehmigung vorgelegt werden. Der schwarze Block hat sich zusammengesunden, als es galt, die Wahrung des Reichstagsrechts zu hindern, und das Zentrum hat sich keinen Moment lang besonnen, ein wichtiges Recht der Volksvertretung preiszugeben, um sich die Regierungsgewalt zu erhalten. Im Reichstage haben die Herren v. Hertling und Gröber ihre „Rechtsüberzeugung“ dahin kundgegeben, daß die Verträge zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung des Reichstags bedürfen. Und ehe der Kaiser zweimal geklärt hat, haben die Zentrumsherren die Betätigung ihrer Überzeugung verleugnet, nachdem allerdings Herr v. Kiderlen dem Abg. Erzberger in einer Unterredung das Nötige gesagt hatte. Eine prächtige Volkspartei, dieses Zentrum!

### Die Verhandlung in der Kommission.

Die Beratung am Mittwoch dreht sich noch ausschließlich um die staatsrechtliche Frage, ob und in welchem Maße der Reichstag bei solchen Verträgen mitzuwirken hat. Abg. Dr. Spahn sen. hat, alles, was geschrieben ist, auf sich beruhen zu lassen und der Regierung zuzugestehen, daß sie bona fide gehandelt habe. Staatssekretär Delbrück gibt zu, daß keine Bestimmung bekannt sei, die es verhindern könnte, Verträge wie das Marokkoabkommen dem Reichstage zur Genehmigung vorzulegen. Wenn die Regierung trotzdem davon abgesehen habe, den Weg der Gesetzgebung zu beschreiten, so deshalb weil keine Regierung in solchen streitigen Fällen und Situationen auf Rechte verzichtet, die ihr durch die historische Entwicklung und durch die Praxis gegeben sind.

Abgeordneter Genosse Ledebour trat lebhaft für den sozialdemokratischen Antrag ein; aus den Ausführungen des Staatssekretärs sei zu entnehmen, daß auch die Regierung einsehe, daß die geschichtliche Entwicklung und der Wortlaut der Verfassung die Genehmigung der Verträge durch den Reichstag bedingen. Niemand wolle einen Konflikt; die Sozialdemokraten schon deshalb nicht, weil sie erwarten, daß die Mehrheit des Reichstages die sozialdemokratischen Anträge annehmen würde. Der Reichstag würde sich sehr viel vergeben, wenn er in einer so wichtigen Sache vor der Regierung zurückweiche. Sehr bedenklich sei der Verlauf im Antrage des Zentrums und der Freisinnigen, daß die angestrebte Gesetzgebung auf Grenzverletzungen keine Anwendung finden soll; denn die Regierung würde durch diese Bestimmung freie Hand erhalten, selbst große Gebietsstücke „berichtigten“ zu können.

Staatssekretär Delbrück gab eine Darstellung, was er unter Grenzverletzungen versteht. Er betont nochmals, daß die Regierung beim Abschluß des Marokkoabkommens, wie auch früher, korrekt verfahren, für die Zukunft aber bereit sei, mit dem Reichstage eine Verständigung über anderweitige Abgrenzung der Rechte zwischen Regierung und Reichstag herbeizuführen.

Abg. Dietrich erkennt nicht an, daß der Reichstag ein Recht habe, die Genehmigung der Verträge zu fordern. Die Konservativen lehnen deshalb den nationalliberalen Antrag ab, dagegen würden sie dem Antrage des Zentrums und der Freisinnigen ihre Zustimmung geben. — Abg. Arndt ist freilich, daß der Reichstag bisher kein Genehmigungsrecht bei der Erwerbung oder Abtretung von Kolonialgebieten hätte, „sonst hätte Deutschland wahrscheinlich heute noch keine Kolonien“. Arndt will den gemeinsamen Anträgen des Zentrums und der Freisinnigen zustimmen.

Abg. Wiemer stellte fest, daß die Konservativen in der Kommission einen anderen Standpunkt einnehmen als der Abgeordnete v. Heydebrand im Plenum, der dem Reichstage keine Rechte bei Kolonialabmachungen oder Erwerbungen einräumen wollte.

Abg. Jund gibt die Meinung der Nationalliberalen bekannt, für eine Resolution zu stimmen, die eine Verständigung mit der Regierung beabsichtigt. Abg. Gröber kommt nach längerem staatsrechtlichen Betrachtungen zu dem Schluß, daß die Regierung dem Reichstage einen erfreulichen und kaum erhofften Vorschlag gemacht habe. Die von den meisten Parteien ausgesprochene Vereinstimmigkeit, dem Antrage der Freisinnigen und des Zentrums ihre Zustimmung zu geben, der ein neues Recht fordere, bedeute die Anerkennung, daß bisher ein anderes Recht bestanden habe. Dr. Jund habe sich mit seiner Rückzugrede selbst ins Gesicht geschlagen. — Abg. Ledebour bemerkt hierzu: Wenn Dr. Jund sich ins Gesicht geschlagen haben soll mit der in Aussicht gestellten Zustimmung zu einer Vermittlungsresolution, so habe Abg. Gröber sich links und rechts geprügelt. Denn Gröber habe im Plenum unter einem großen Aufwand juristischen Scharfsinns und unter dem Beifall der Unken Seite des Hauses nachgewiesen, daß der Reichstag mit Zug und Recht die Genehmigung der Verträge fordern könne. Jetzt spreche Herr Gröber aber plötzlich ganz anders und konträre für die Regierung das Recht, selbstständig den Marokkovertrag abzuschließen zu können. Die Sozialdemokraten fordern eine Verfassungsänderung derart, daß alle Verträge mit fremden Staaten durch den Reichstag genehmigt werden müssen.

Nach längerer lebhafter Auseinandersetzung zwischen Nationalliberalen und Konservativen wurde zur Abstimmung geschritten. Der gemeinsame Antrag des Zentrums und der Freisinnigen wurde einstimmig angenommen. Der von den Sozialdemokraten in diesem Antrage beanstandete zweite Satz wurde gegen 6 Stimmen abgelehnt. Der Antrag der Nationalliberalen wurde mit 10 Stimmen der Rechten und des Zentrums gegen 10 Stimmen der Linken abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag, der einen ähnlichen Wort-

laut hat wie der nationalliberale, wurde mit allen gegen 8 Stimmen abgelehnt. Der weitere sozialdemokratische Antrag, der von den Verbündeten Regierungen einen Gesetzentwurf fordert, wonach in Zukunft alle Verträge mit fremden Staaten zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Reichstages bedürfen, wurde mit 16 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Der angenommene Antrag Hertling-Müller-Meinigen hat folgenden Wortlaut:

§ 1 des Schutzzonengesetzes vom 10. September 1902 erhält folgenden Absatz 2: Zum Erwerb und zur Abtretung eines Schutzzonesgebietes oder von Teilen eines solchen bedarf es eines Reichsgesetzes. Diese Vorschrift findet auf Grenzberichtigungen keine Anwendung.

Die Debatte geht Donnerstag weiter.

### Deutschland und die spanischen Kolonien.

Die Madrider Zeitung „Correspondencia de Espana“ erklärt, Spanien müsse zu der Forderung, die Deutschland von Frankreich zugestanden worden sei, beitragen. Aber es wäre ungerechtfertigt, daß Spanien eine Kompensation zahle, die in keinem Verhältnis stünde zu den Vorteilen, die es erlangen werde.

In einem gewissen Widerspruch zu dieser Meinung, die zugibt, daß Deutschland von Spanien koloniale Abtretungen zu erwarten hat, steht ein Dementi des „Imparcial“, das bestreitet, daß zurzeit zwischen Paris und Madrid Verhandlungen im Gange seien bezüglich einer Abtretung von Spanisch-Guinea und Fernando Po an Deutschland.

## Der Krieg.

Die Lage ist heute noch genau so unklar wie gestern. Auf der einen Seite wird weiter von bevorstehenden Friedensverhandlungen berichtet, während nach einer anderen Meldung eine starke italienische Flotte in den Dardanellen gesichtet sein soll. Auf jeden Fall hat sich die italienische Regierung in eine Sackgasse verrannt, in die sie bei Verlegung des Kriegsschauplatzes auf europäisches Gebiet noch tiefer hineingeraten würde. Es ist daher kein Wunder, wenn die kriegsbegeisterte Stimmung in Italien allmählich umzuschlagen beginnt und einem gewissen Pessimismus Platz macht. Anstatt die Schuld aber in den Fehlern der eigenen Regierung zu suchen, macht man jetzt alle Welt für die Mißerfolge verantwortlich. So ist man schlecht auf England und Frankreich zu sprechen, weil diese die Waffen-, Munitions- und Proviantzufuhr für die Türken über die ägyptische und tunesische Grenze nicht verhindert haben sollen. Auf den Dreihundsrunder und Erbfeind Oesterreich ist man zornig, weil er das größte Hemmnis für einen Vorstoß im ägäischen Meere bildet, und Deutschland wirft man einseitige Begünstigung der Türken vor. Die Verantwortung für all diese Komplikationen trägt aber die italienische Regierung allein, die in ihrer imperialistischen Großmannsucht sich in ein koloniales Abenteuer gestürzt hat, von dem nur die Kolonialspekulanten, die Kriegslieferanten, das Kreditkapital und dergleichen Vorteil haben. Das Volk wird aber neben den Untopfern ein vollgerüttelt Maß von neuen Lasten zu seiner alten Bürde hinzu erhalten. Es ist angesichts dieser Situation kein Wunder, daß die Regierung eine parlamentarische Erörterung der tripolitanischen Affäre mit ihren Begleiterscheinungen zu vermeiden sucht und die Kammer erst im nächsten Frühjahr einberufen will.

### Verstärkung der italienischen Aktion?

Rom, 11. November. (Sig. Ber.) Die gerüchtweise laut gewordene Nachricht von der Einberufung zweier weiteren Jahrgänge von Reservisten ist begründet. Der Grund zu nicht geringer Beunruhigung. Man fragt sich, was in aller Welt man mit einem neuen Kontingent von rund 160 000 Mann anfangen will. Die Nachricht ist offiziell dementiert. Man darf sie weder durch Telephon noch durch Telegramm mitteilen, ja, es wurde sogar den Journalisten verboten, sie auf diesem Wege zu dementieren. Trotzdem glauben Eingeweihte zu wissen, daß die Einberufung demnächst erfolgen werde. Da auch die nichtoffiziellen Nachrichten aus Tripolitanien nichts von einem Bedürfnis nach Verstärkungen verlauten lassen, so legt die Nachricht einer weiteren Mobilisierung den Gedanken an mögliche europäische Komplikationen nahe.

Der „Avanti“ macht darauf aufmerksam, daß Lord Kitchener bei dem Krieg im Sudan erst nach zwei Jahren einen Zug ins Innere unternahm. Bis auf einige durch den Kriegsausfall unzurechnungsfähig gewordene Blätter ist sich die ganze Presse über den Ernst und die Gefahr des Vordringens nach dem Süden klar. Die Frage der Transportmittel bietet unüberwindliche Schwierigkeiten. Es ist ganz unmöglich (worauf der „Vornarr“ schon ganz zu Anfang des Unternehmens hingewiesen hatte) in Nordafrika soviel Kamelle zu requirieren, als zur Beförderung eines Heeres, seiner Lebensmittel und des Trinkwassers nötig wären. Wollte man jetzt zu Beginn der Regenzeit einen Zug ins Innere wagen, so würde man hiermit ein Pendant zu dem ersten großen Fehler des Generals Canova liefern, der darin bestand hat, nach der Besetzung von Tripolis nicht die sofortige Entwaffnung der Araber zu fordern.

Die eigentliche Bedrohung des italienischen Offensivheeres liegt nicht in den Türken und nicht in den Arabern, sondern in der Cholera. Der Berichterstatter des „Avanti“ schreibt, daß nach einem bedeutenden Wadung in der Sterblichkeit eine plötzliche Verschlimmerung der Seuche eingetreten ist. Zahlreiche Soldaten und Offiziere sollen in den letzten Oktobertagen an Cholera gestorben sein. Die Seuche wird hauptsächlich durch den Genuß von Datteln und durch schlechtes Trinkwasser verbreitet. Außerdem leiden die italienischen Truppen jetzt stark unter dem Durst. Unter allen Umständen herrscht an der Küste Mangel an gutem Trinkwasser; zum Ueberfluß haben nun die Araber überall, wo ihnen dies möglich war, die Leichen in die Brunnen geworfen.

Der „Avanti“ spricht von einem Gerücht über österreichische Mobilisierung, und andererseits hört man von bedeutenden Truppenmobilisierungen an der österreichischen Grenze. Sollte es sich um einen Vorstoß gegen Serbien und Novi Bazar handeln? So ist der internationale Horizont trübe und drohend und der italienische wahrhaftig nicht hell. Freilich dementiert die Regierung alle Anleihen gerücht, aber es liegt auf der Hand, daß die heutige Kriegslage Hunderte von Millionen verschlingt und Ausgaben fordert, denen man auf die Dauer nicht mit normalen Mitteln gerecht werden kann.

### Die Scharmüchel vor Tripolis.

Tripolis, 14. November. (Meldung der „Agenzia Stefani“.) Gestern nachmittag und abend versuchte der Feind in der Oase unter Ausnutzung des schlechten Wetters die italienischen Stellungen anzugreifen, wurde aber durch das Feuer der Batterie Hamidie zurückgeschlagen. In der Nacht wurde die italienische Stellung bei Sidi Messri durch Artillerie und Infanterie verstärkt und mit elektrischen Scheinwerfern ausgerüstet. Heute vormittag wiederholten sich die gewohnten Scharmüchel an der Front bei Humeliana und Sidi Messri. Der stürmende Regen hält an.

### Die Lage in der Cyrenaika.

Tripolis, 15. November. (Meldung der „Agenzia Stefani“.) In Benghasi entdeckte die Kavallerie während eines Erkundungszuges nach dem Innern noch eine Niederlage von Waffen und Munition, die die Türken während ihres Rückzuges eingegraben hatten. Während der Nacht vom 13. auf den 14. d. M. wurde Derna (dessen vor einiger Zeit gemeldete Einnahme durch die Türken sich nicht bestätigt hat) von Südwesten angegriffen. Der Feind wurde mit Verlusten zurückgeschlagen. Die Italiener hatten zwei Verwundete.

Die Einrichtung der verschiedenen Verwaltungsdienste macht Fortschritte; man sorgt regelmäßig für Verteilung von Lebensmitteln an die Eingeborenen.

## Die Revolution in China.

### Juanschkai Ministerpräsident.

Peking, 14. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Ein heute erlassenes Edikt bezieht Juanschkai, mit Rücksicht auf das Wohl des Landes das Amt des Ministerpräsidenten zu übernehmen, obwohl er die Annahme wiederholt ernsthaft (?) abgelehnt hat. Ein anderes Edikt bezieht den Vizeminister und Gouverneuren aller Provinzen, drei bis fünf fähige Vertreter auszusuchen, die nach Peking kommen sollen, um über den Stand der Dinge Rat schläge zu geben. Juanschkai hatte heute eine Audienz bei der Kaiserin-Witwe und dem Regenten. Die Regierung ist infolge Geldmangels in größter Verlegenheit, da sich die ausländischen Kapitalisten noch immer zurückhalten. Man fürchtet, daß die Monatszinsen im Betrage von 80 000 Pfund Sterling von der englisch-deutschen 100 Millionen-Anleihe des Jahres 1898, die am 5. Dezember fällig sind, die Betanlassung sein werden, daß China zum ersten Male seine Verpflichtungen nicht erfüllen kann, da die Zins-Zollstationen, deren Einnahmen für die Anleihe bürgen, von den Revolutionären besetzt gehalten werden.

### Eine Proklamation an die Fremden.

Shanghai, 14. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der republikanische Minister des Aeußern Wu Lingfang richtete an die Fremden, die er als „die ausländischen Freunde“ bezeichnet, eine Rundgebung, in der er auf der Notwendigkeit der Abandonierung der Mandchu-Dynastie besteht und den Schutz rechtmäßig begründeter Ansprüche sowie Erfüllung der auswärtigen Verpflichtungen Chinas seitens der Republikaner zusichert.

### Die revolutionäre Bewegung.

London, 15. November. „Daily Mail“ meldet aus Tientsin von gestern: General Chang, der Befehlshaber der nördlichen Truppen, der kürzlich geringfügig von Juanschkai gesprochen hatte, hat von einem Unbekannten, man vermutet von einem Agenten Juanschkais, einen Schutz in das Handgelenk erhalten. Chang hatte sich unter einem angenommenen Namen in der britischen Niederlassung verborgen gehalten, bis er gestern sein Jagdrevolver fallen ließ. — Dasselbe Blatt meldet aus Hankau vom 14. November: Zeitweise wird noch immer von beiden Seiten heftig mit Artillerie geschossen. Die Kaiserlichen erleiden die größeren Verluste, während die Revolutionäre vorwärtzdrängen. Die Letzteren haben die Zölle der Provinz Hunan. — Nach einem Telegramm des „Daily Telegraph“ aus Peking von gestern bestätigten private Meldungen, daß die Yokohama Specie Bank dem Vizeminister der Mandchurerei zwei Millionen Pfund Sterling geliehen hat.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. November 1911.

### Konserervative Gemütsverstimmung.

Die Konservativen befinden sich in recht gedrückter Stimmung. Sie können den Regierungsapparat bei den nächsten Wahlen nicht entbehren und möchten es deshalb mit Weismann Hohlweg und dem hinter ihm stehenden Kaiser nicht verderben; andererseits aber wissen sie, daß sie sich wenigstens pro forma gegen die scharfen Angriffe des Kanzlers verwahren und diese als völlig unberechtigt zurückweisen müssen, wenn sie nicht den Nimbus als herrschende, den Gang der Regierungspolitik bestimmende Partei in Preußen einbüßen wollen. In dieser unangenehmen Lage ist augenscheinlich die Parleitung darauf verfallen, durch furiöse manifestartige Entlassungen ihr Ansehen wiederherzustellen. So veröffentlicht die „Konserb. Korresp.“ folgende parteiamtliche Verwahrung gegen Herrn v. Weismann Hohlweg:

„Der Herr Reichskanzler v. Weismann Hohlweg hat seinen Reden im Reichstage noch einige Erklärungen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ hinzufügen lassen.

Es wird darin die Meinung vertreten, daß er es als seine Pflicht habe erachten müssen, das Land und die Parteien „zur Besonnenheit zurückzuführen“, schädlichen Wirkungen angeblicher „Ausbauisistischer Ansprüche“ vorzubeugen und das Marokkoabkommen von „phantastischen Ansprüchen und wohlthätigen Rücksichten“ freizumachen, die bei mehr als einer Partei zu der ungünstigen Aufnahme des Wertes beigetragen hätten.

Was die konserervative Partei anlangt, so hat ihr Redner an dem Abkommen selbst nur eine das Maß des sachlich Zulässigen mit keinem Worte überschreitende Kritik geübt. Sie empfindet es als eine schwere Kränkung, wenn ihr vorgeworfen wird, sie habe eine nationale Angelegenheit zum Anlaß eines wohlthätigen Wanders benutzt. Nach ihrer Vergangenheit sollte die konserervative Partei gegen solche Vornarrerei geschützt sein.

Wenn der leitende Staatsmann es als unberechtigt erklärt, daß auch der Redner der konserватiven Partei im Namen seiner politischen Freunde gegen die unser nationales Existenz- und Selbstbestimmungsrecht einengende und von der deutschen Regierung jedenfalls öffentlich nicht mit genügender Deutlichkeit beantwortete Rundgebung der englischen Staatsmänner aus dem nationalen Bewußtsein heraus Abwehr able, so muß nochmals lebhaft bedauert werden, daß der durch unser Volk gehende nationale Schwung so wenig erkannt und benutzt wird.

Wir wissen aus zahlreichen Rundgebungen, daß die Mitglieder der konserватiven Gesamtpartei im Deutschen Reich den Standpunkt der Reichstagsfraktion vollkommen teilen.“

Interessant ist übrigens, daß auch Freiherr v. Jeddli als Führer der Reichspartei im roten „Tag“ gegen Herrn v. Weismann Hohlweg vom Veder zieht und dessen Vorstoß gegen Herrn v. Heydebrand „einen Fehler von noch nicht übersehbarer Tragweite“ nennt, zugleich aber die glückliche Gelegenheit benützt, auch dem ihm wenig sympathischen kleinen Generalfeldmarschall der Konservativen ein paar Fußtritte zu applizieren. So meint er zum Beispiel:

„Ganz so überrascht wie andere hat mich der scharfe Zusammenstoß zwischen dem Reichskanzler und Herrn v. Heydebrand nicht. Ich habe mich längst darüber gewundert, daß



Herr v. Bethmann Hollweg so lange ruhig den starken Druck ertrug, den Herr v. Seydewitz mit seinem überaus kräftigen Willen zur Macht auf die Regierung ausgeübt hat. Der „ungekrönte König von Preußen“ hat an der Spitze der mit dem Zentrum engverbundenen Konserverativen auf die Regierung einen stärkeren Einfluss gehabt als selbst in der Blütezeit des Nationalliberalismus dessen Führer, und davon nach seiner Eigenart sicher einen für den leitenden Staatsmann manchmal recht unangenehmen Gebrauch gemacht. Was der „Kleine“ wohl dazu sagen würde, war eine Frage, der man nur zu oft be- segnete.“

### Zu den bayerischen Landtagswahlen.

Wie bei den kommenden Reichstagswahlen scheint auch bei den in Folge der bayerischen Landtagsauflösung nötig gewordenen bayerischen Landtagswahlen das Zentrum sich als Schützer von Thron und Altar gegen die „rote Flut“ aufspielen zu wollen. So heißt es zum Beispiel in einer Zuschrift aus Bayern an die ultramontane „Germania“:

„Jetzt handelt es sich um etwas anderes, und zwar einfach darum: Sollen in Bayern die gleichen konservativen, staats- erhaltenden, den Bestand der monarchischen Staatsform schützenden Grundzüge gesichert werden oder soll der Zentrumsstolz verantwortlicher und unverantwortlicher Mächtiger dazu führen, daß die politische Zukunft Bayern den Elementen der Gärung, der Zersetzung und des Umsturzes ausgeliefert wird? Bei den Neuwahlen wird es heißen: Trotz denjenigen, denen die Abneigung gegen das Zentrum oberstes Prinzip ist, nun erst recht für das Zentrum und gegen die liberal- sozialdemokratischen Blockstrümpfer, die in diesem Wahl- kampfe als Regierungsschutztruppen und ministerielle Schutzhunde vor dem Forum des bayeri- schen Volkes keinen leichten Stand haben werden.“

### Die Münchener „Korrespondenz Hoffmann“ meldet:

In der Presse ist die Behauptung aufgestellt, die Nachricht über ein Allerhöchstes Handschreiben, das in den letzten Tagen ergangen sein soll, sei den Münchener „Neuesten Nachrichten“ durch die Geheimen Kanzlei, speziell durch Herrn Ministerialdirektor v. Dandl direkt übergeben worden. Die Behauptung ist absolut unrichtig. Um einer Legendenbildung über den Inhalt des Allerhöchsten Handschreibens entgegenzutreten, sind wir ermächtigt, dessen Wortlaut nachstehend bekannt zu geben:

Aus der Presse entnehme ich, daß vielfach die Auffassung herrscht, das Staatsministerium sei in seinen Maßnahmen mit- unter durch die Rücksichtnahme auf meine Person behindert. Ich wünsche, daß einer derartigen Auffassung auf das bestimmteste entgegengetreten wird. Ich war und bin jederzeit bereit, Vorschläge, die das Ministerium der Sachlage entsprechend erachtet, entgegenzunehmen und be- sonderlich für meine Person keinerlei Schonung bei der Erledigung der Regierungsangelegenheiten. Ich ermächtige Sie, von diesem Schreiben jedermann gegenüber Gebrauch zu machen.  
München, den 10. November 1911.  
(gez.): Luitpold, Prinz von Bayern.

An das Gesamtministerium, zu Händen des Vorsitzenden im Ministerrat, Staatsminister Dr. Graf v. Podewils.

Der Prinzregent hat dieses Handschreiben am 10. d. M. mittags dem Vorsitzenden im Ministerrat, Grafen v. Podewils, gelegentlich des Vortrages persönlich übergeben.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird am Donnerstag einen Aufruf an die Wähler veröffentlichen.

Das Zentrum verliert gerade jetzt den einzigen populären Führer, den einflussreichsten Mann in der Bauernbewegung, Dr. Heim, der angeblich aus Gesundheitsrücksichten weder für den Reichs- tag noch für den Landtag mehr kandidieren und auch den Vorsitz in dem christlichen Bauernverein niederlegen will. Dr. Heim zieht sich, wie es heißt, einstweilen ganz und gar aus dem politischen Leben zurück. Für die Sache des Zentrums ist dieser Verlust nur schwer zu verkraften, da Dr. Heim die demo- kratische, agitatorische wirksamste Spielart des Zentrums repräsentierte.

Die Wahlen werden wahrscheinlich am 7., wie von anderer Seite behauptet wird, vielleicht sogar schon am 3. Januar statt- finden.

### Eine Schwindelnachricht.

Die „Stern“-Presse verbreitete am Mittwochabend folgende Meldung:

„Die sozialdemokratische Mehrheit im Landtage des Fürsten- tums Schwarzburg-Rudolstadt wird voraussichtlich vorläufig noch nicht endgültig zustande kommen. Es sind nämlich zwei Sozial- demokraten doppelt gewählt worden. Nach einem Beschluß des sozialdemokratischen Landespartei-Vorstandes will man nun einen oder beide Kreise aufgeben. Da in einem dieser Kreise, in Stadt- tim, nur eine sozialdemokratische Mehrheit von 9 Stimmen vor- handen war und da der gewählte Vertreter nicht diesen, sondern einen für ihn weit günstigeren Kreis übernimmt, gilt ein Erfolg des bürgerlichen Kandidaten, der Bürgermeister von Stadtilm ist, als sicher. Damit würde dann die sozialdemokratische Majorität fallen.“

Darum ist auch nicht ein einziges Wort wahr. Bekanntlich sind zwei Genossen doppelt gewählt, jeder von ihnen muß in einem Wahl- kreis ablehnen, für den dann eine Nachwahl stattfinden muß. Diese Wahlkreise sind Frankenhäuser und Königler, beides Wahlkreise, die schon seit vielen Jahren sicherer sozialdemokratischer Besitz sind. Es unterliegt daher auch gar keinem Zweifel, daß bei den Nach- wahlen in diesen Kreisen wieder Sozialdemokraten gewählt werden. Die den Gegnern so unbequeme sozialdemokratische Majorität bleibt also auf alle Fälle bestehen.

### Die blamierten Alldeutschen.

Der Herausgeber des „Grenzboten“, Herr Kleinow, gegen den bekanntlich alldeutsche Zeitungen Klage erhoben haben, macht über die alldeutsche Pressekonferenz, die bekanntlich die Annerion Südmorokkos beschlossen“ hat, folgende pikante Mitteilungen:

„Wie kam doch jene Verammlung im Schriftstellerklub zu- stande? Ich wurde am Nachmittag des betreffenden Tages an- gestellt, und es wurde mir folgendes im Auftrag des Herrn Rippler (Herausgeber der „Taglichen Rundschau“ und Vor- sitzender des Schriftstellerklub) übermittelt: Abends finde im Klub eine Besprechung über die politische Lage im Anschluß an die Marokkoaffäre statt. Die Besprechung erfreute sich des Inter- esses des auswärtigen Amtes; einer der Herren Rannemann werde wahrscheinlich an ihr teilnehmen. Abends fand ich denn auch etwa 40 bis 50 Herren, meist Ange- hörige der Presse, im Klub vor, die das interessante Programm gelobt hatte. Bald eröffnete Herr Rippler die Besprechung. Leider trat die Verammlung unter etwas anderen Vor- aussetzungen zusammen, als es die Einladung angeknüpft habe, aber das auswärtige Amt habe die Sache ver- borben, es habe sich zurückgezogen; erst wollte es eine Klärung, dann wollte es überhaupt nicht wissen. „Na, meine Herren, wie das so ist!“ (Heiterkeit.) Herr Rannemann habe es unter diesen Umständen nicht für ratsam, herzutreten.“

(Daß statt des Herrn Rannemann dessen Berliner Vertreter, Herr v. Reibitz, erschienen war, davon sagte uns Herr Rippler nichts!) Aber der hervorragende Kenner Marokkos, Herr General- leutnant v. Brochem, werde als Gast des Klubs entschädigen durch einen Vortrag, und Herr v. Brochem begann seine höchst dürftigen Kenntnisse mit der Stimme eines Reiterführers aus- zuspähen. Zum Schluß teilte er Marokko unter die beteiligten Völker aus und verzog auch Deutschland nicht. Eine Resolution wurde nicht gefaßt, aber aus dem Schlußwort des Herrn Generals klang ein gewisses Programm heraus, das lautete: Keine Kom- pensationen außerhalb Marokkos! Auf dieses Programm wurden die Anwesenden festgelegt, indem Herr Rippler in die Versammlung rief: Es wird angenommen, daß niemand gegen das Programm schreibe.“

Daraus ginge also hervor, daß das Auswärtige Amt in der Tat mit der Verammlung nichts zu tun gehabt hat. Das hat aber die bösartigen Narren nicht abgehalten, so aufzu- treten, als würden sie die Ansichten der Regierung vertreten. Unbegreiflich und unverzeihlich aber bleibt, daß die Regierung nicht rechtzeitig diesem nichtswürdi- gem Treiben entgegengetreten ist.

### Pestilenziale Sumpfe.

Wie der „Vossischen Zeitung“ von ihrem Pariser Korre- spondenten gemeldet wird, hat sich der katholische Bischof des Kongogebietes, Mugouard, in höchst charakteristischer Weise über das von Herrn v. Kiderlen eingehandelte Kompensationsobjekt geäußert. Mugouard, der 34 Jahre lang im Kongogebiet gelebt und gewirkt hat, also sicherlich der denkbar beste Kenner unseres neuerworbenen kolonialen Deorados ist, hat seine Meinung folgendermaßen zusammengefaßt:

„Was die Deutschen im Kongogebiete finden werden? Steile Berge und unzugängliche Wälder. Sie werden dort auch Bevölkerung vorfinden, die einen regen Appetit auf Menschenfleisch haben, denn man darf sich trotz der Anstrengungen unserer Mission nicht einbilden, daß die Menschenfresserei dort verschunden ist. Die Deutschen werden wohl binnen kurzem wahrnehmen, daß die Gebiete in Ubangi, die wir ihnen abgetreten haben, daß die 20 Kilo- meter, die an zwei Punkten den Zugang zum Strome geschaffen, beinahe dauernd überschwemmt und folglich für jeden Handelsverkehr unbenutzbar sind. Es würde ihnen jedoch nicht geziemen, uns die Bedeutungslosigkeit unserer Freigebigkeit vorzuwerfen, da auch sie es sich haben angelegen sein lassen, uns bei der Abtretung der Spitze ihres berühmten Entenschnabels nur pestilenziale Sumpfe anzu- bieten, was mir das Recht gibt, zu sagen, daß Deutschland und Frankreich lediglich Sumpfe ausgetauscht haben.“

Die Zukunft „Groß-Kameruns“, wie ja nun das durch die pestilenzialen Morastgebiete erweiterte Kamerun offiziell getauft werden soll, scheint demnach wirklich im Sumpfe zu liegen.

### Terrorismusschwindel.

Ueber „Gewalttätigkeiten und Roheiten“ der Sozialdemokratie, begangen bei der Stadtverordnetenwahl in Lina, bringt die Reichs- verhandlungszeitung folgende Schauerreden. Die Nachricht entstammt der „Wahlzeitung“ des Kölner Zentrumspartei und wird aus diesem Blatt von der „Kreuzzeitung“ und ähnlichen Zeitungen mit Behagen abgedruckt. In der Kreuzzeitung wird erzählt, daß an den beiden Wahltagen, besonders am zweiten, das Wahllokal von den Sozialdemokraten nicht unangenehm gewesen sei. Schnapsflaschen hätten unaufhörlich die Kunde gemacht. Und am Nachmittag wäre es schon vielfach zu Angriffen auf die Vertreter des bürgerlichen Kartells ge- kommen. Die bürgerlichen Stimmzettelverteiler wären mißhandelt worden, so daß sie schlachten mußten. Auch wäre aus einer sozial- demokratischen Gruppe abends auf einen christlichen Gewerkschafts- sekretär aus Lina geschossen worden. Die Kugel hätte dicht neben dem Sekretär in die Haustür des Restaurants, in welchem das bürger- liche Kartell sein Wahlbureau hatte, eingeschlagen usw. usw.

Auf dieses Produkt krankhafter Phantasie antwortet die „Ar- beiterzeitung“ in Dortmund, die sich bemäht hat, allen Be- hauptungen nachzugehen und genau festzustellen, was Wahres daran ist, mit folgenden Feststellungen:

Es ist unklar, daß die Sozialdemokratie den Eingang zum Wahllokal unsicher gemacht haben solle. Wäre es so gewesen, wie das Kölner Zentrumblatt behauptet, so würde der Bürger- meister von Lina, der sich im Wahllokal aufhielt, ungewissheit eingegriffen haben. Es ist ferner unklar, daß die Schnapsflaschen bei den Sozialdemokraten unaufhörlich die Kunde machten. Da- gegen ist Tatsache, daß der bürgerliche Stimmzettelverteiler Gräwe derart betrunken war, daß er sich nicht mehr auf den Beinen halten konnte und infolge seiner Betrunktheit abgelöst werden mußte. Weiter wird in dem Artikel behauptet, daß auf den christlichen Gewerkschaftssekretär geschossen worden sei und die Kugel in die Tür eingeschlagen wäre. Kun ist in einer Glas- scheibe der Tür an der Wirtshaus von Schürmann, wo das bürgerliche Kartell sein Wahlbureau hatte, wirklich ein kleines rundes Loch zu sehen, aber der Besitzer des Lokals teilte auf Befragen mit, daß er selbst nicht wüßte, wann und wie es hineingekommen sei.

Dann wird noch behauptet, daß bei Bekanntgabe des Wahl- resultats eine Horde Sozialdemokraten das bürgerliche Wahl- lokal gestürmt hätten. Auch dieses ist unklar. Da unsere Ge- nossen durch Listen die Kontrolle der Wahl ausgeübt hätten, wüßten sie schon bei Schluß des Wahllokals, daß sie unterlegen waren; sie brauchten folglich nicht erst die Bekanntgabe abzu- warten.

Die Schlägerei im bürgerlichen Wahllokal aber bestand darin, daß ein bekannter Zentrumsmann einer anderen Zentrumsgröße die Grundsätze der christlichen Liebe mit einem Offensivem einbläute. Die Namen sind selbsterleuchtend. Während der Nacht soll dann noch eine Schußmannspatrouille angegriffen worden sein. Die Sache ver- hält sich so: Am 4. November war auf Feste Königshorn Sonntag, infolgedessen hatten einige Anwohner der Grabenstraße wohl über den Durst getrunken und waren in Streit geraten, zu dessen Schlichtung Schußleute herbeigeholt wurden. Das Vorkommnis hat nicht das geringste mit der Wahl zu tun.“

Die Dortmund „Arbeiterzeitung“ konnte überdies feststellen, daß wenn von „Gewalttätigkeiten“ zu reden ist, diese auf der anderen Seite zu suchen sind:

„Der Meister einer Fabrik, der sozialdemokratisch wählte und einige anwesende Patrioten verurteilte, die singend schon im Vor- gebüß des künftigen Stages schwebelten, wurde von den in ihren heiligsten Gefühlen gekränkten Patrioten aus dem Wahllokal ge- worfen und derart tätlich angegriffen, daß er sich von Schutzleuten nach Hause begleiten lassen mußte.“

Trotz dieser Feststellungen wird der „Unnaer Terrorismus“-Fall sicher bei der Wahlagitiation den Wählern vorgelesen werden.

### England.

#### Balfours Abzug.

London, 14. November 1911. (Eig. Ber.) Die Fauber- formel H. M. G. hat ihre Wirkung getan. Der Salisbury- Klub hat ihm sein Vertrauen ausgesprochen, aber Herr Balfour geht dennoch, wie der Chinese Quanshikang ging — wegen „Rheumatismus im ehrenwerten Bein.“ Der Ab- schied des Führers der Opposition ist in England von kaum geringerer Bedeutung als die Demission des Ministerpräsi-

denken selbst. Denn der jetzige Leader of the Opposition“ ist der künftige Ministerpräsident und genießt auch in dieser Rolle offizielle Anerkennung. Aber außer diesem ist er auch meistens eine Person von ganz hervorragender Begabung, ganz verschieden von den Bureaukraten, die in Ländern mit Scheinparlamentarismus ähnliche Posten füllen. Englische Ministerpräsidenten und Führer der Opposition gelangen zu ihrer Stellung nicht etwa weil sie mit Majestät gut Stat spielen können oder als Mittelmäßigkeiten irgend Anstoß erregen, sondern weil sie Männer mit Initiative, Geist und Originalität sind, die am besten die Gedanken und Wünsche ihrer Partei vor der Öffentlichkeit vertreten können. Man denke nur Gladstone, Disraeli, Roseberry, Asquith. Sie ver- körnern eine bestimmte Politik. Wenn daher Herr Balfour seinen Posten als Führer der konservativen Partei nieder- legt, so bedeutet dies mehr als ein Personenwechsel. Mit Balfour fällt die letzte Hoffnung der konservativen Freihändler. Lange hat er sich gewehrt; ein Mann mit geringerer Begabung hätte den Kampf gegen die ungestümen Chamberlainiten nicht so lange aushalten können. Herr Balfour ist ein äußerst gewandter und gefürchteter Dialektiker, der in der parlamentarischen Debatte keinen Gegner zu fürchten braucht. Darin liegt das Geheimnis der langen Krise, die die konservative Partei durchgemacht hat. Man kann sicher sein, daß unter dem neuen Führer, Herrn Bonar Law, die konservative Partei mit einer energischen Tarifreformpropaganda einsehen wird, die die Arbeiterschaft zum Schutz zu beschützen soll.

Persönlich war Herr Balfour ein Gegner, den man schätzen kann. Mit seiner Stärke in der Debatte vereinigt er ein Wissen, das ihm auch außerhalb des Parlaments eine hervorragende Stellung gesichert hätte. Den Arbeiterver- tretern im Parlament kam er stets höflich entgegen und schenkte ihren Ausführungen die größte Aufmerksamkeit. Den Sozialismus hat er offenbar gründlich studiert. Er weiß sehr wohl, daß ein Entscheidungskampf zwischen den bestehenden Klassen und der Arbeiterklasse bevorsteht. Er glaubt, seine Klasse durch das Heranzüchten eines konservativen Klein- bauernstandes retten zu können; aber diese Idee findet bei den Großgrundbesitzern seiner Partei nur lauwarme Anhänger. Wenn in unserer Gesellschaft die persönlichen Faktoren mehr und die allgemeinen wirtschaftlichen Faktoren weniger die Richtung der Entwicklung bestimmten, so wäre Arthur Balfour der Mann, der dem Sozialismus in England große Schwierigkeiten bereiten könnte. Er hat uns in allen Dingen mit klarem Bewußtsein entgegengetreten, ohne uns jedoch mit vielen anderen Gegnern durch Worte zu verlezen. Auf nichts soll er stolzer sein als auf sein Schulgesetz, das den „School- boards“ den Garaus machte, die so viele für die Arbeiter- demokratie nützliche Arbeiten verrichteten. Er war uns ein gefährlicher Gegner und von diesem Standpunkt aus kann der englischen Arbeiterschaft ein beschränkterer konser- vativer Führer nur willkommen sein. Daß der neue Führer der Opposition dem letzten nicht gemochten sein wird, steht fest.

Die konservative Partei befindet sich in einer verzweifel- ten Lage. Zuerst drohte es nach dem Rücktritt Balfours zu einer Spaltung zu kommen. Die Unionisten, die jetzt die schützöllnerischen Schlotjunker vertreten, schlugen den Sohn Chamberlains als Führer vor, während die Torpe- elements, die hauptsächlich die Interessen der Landjunker, des Adels und der anglikanischen Geistlichkeit vertreten, den Herrn Long wünschten. Schließlich nahm der Außenminister Bonar Law beiden Kandidaten den Wind aus den Segeln und wurde als Einigungskandidat einstimmig gewählt. Was den neuen Führer der Opposition vor allem auszeichnet, ist seine Eigenschaft als Diskussionsredner; er ist vielleicht der fähigste Vertreter der unentwegten Tarif- reformer, die große Hoffnungen auf ihn setzen. Den Abzug Balfours empfinden die Tarifreformer offenbar als eine Erlösung. Das kam sehr deutlich in der Versamm- lung, in der der neue Führer gestern gewählt wurde, zutage. Man beobachtete nicht einmal die sonst stets übliche Höflichkeit, den scheidenden Führer zu bitten, seinen Entschluß noch einmal zu erwägen. Bezeichnend für die Situation ist es auch, daß in derselben Versammlung bekannt gemacht wurde, daß ein reicher Schnapsfabrikant der Tarifreformliga 10 000 Pfund Sterling versprochen habe. Der Rücktritt Balfours ist mithin das Signal zu einer neuen Entfaltung der schützöllnerischen Propaganda, die im letzten Jahre etwas flau geworden ist.

### Die Beziehungen zu Deutschland.

London, 15. November. Unterhaus. Abgeordneter Gold- man (Unionist) wünschte von dem Premierminister Asquith zu wissen, ob seine Aufmerksamkeit auf die Erklärung des Reichs- tanzlers in der Sitzung des Deutschen Reichstags vom 9. November gelenkt worden sei bezüglich der mit der Ent- sendung des „Panther“ nach Agadir in Verbindung stehenden Um- stände und bezüglich des Vorgehens der deutschen Regierung nach der Rede, die der Schatzkanzler Lloyd George am 21. Juli ge- halten habe. Goldman fragte ferner, ob die britische Regierung in an- betragt dieser amtlichen Erklärungen auseinanderlegen wolle, ob Lloyd George die Rede mit voller Zustimmung der Regierung gehalten habe, welches die Beweggründe für die Rede gewesen seien und warum auf die Vorstellung der deutschen Regierung über die Rede keine Antwort erfolgt sei.

Premierminister Asquith erwiderte: Die Frage betrifft eine Reihe von ernsten und delikaten Angelegenheiten (Weisung), die man unmöglich in angemessener Weise durch die Be- antwortung einer Anfrage erörtern kann. Der Staats- sekretär des Auswärtigen wird über die ganze An- gelegenheit in der in kurzer Zeit, wie ich hoffe in der nächsten Woche, stattfindenden Debatte eine volle Erklärung abgeben.

Der frühere Generalgouverneur von Südafrika, Lord Sel- borne, nahm in einer Rede in Newcastle Bezug auf die englandfeindlichen Äußerungen im Reichstage und den Wunsch nach einem Kriege, der darin zutage ge- treten sei. England habe das Recht, eine Erklärung zu fordern. Es sei entweder zu viel oder zu wenig gesagt worden und man müsse wissen, welches das berechnete Streben des deut- schen Volkes sei, dem England angeblich ständig und hartnäckig Widerstand entgegensetze.

Im New Reform Club sprach gestern der radikale Abgeordnete A. D. Bonsonby über das Fehlen jeglicher demo- kratischen Kontrolle über die auswärtigen An- gelegenheiten und gab bezüglich der deutsch-englischen Ver- hältnisse folgende bemerkenswerte Erklärung ab: Es wurde mir erst heute aus einer Quelle, die ich für zuverlässig halte, berichtet, daß im Sommer England am Vortage eines Krieges mit Deutsch- land stand. Die Nordflotte hatte bereits für eine Aktion klargemacht, und die Torpedonege waren bereits im Hinblick auf einen etwaigen Angriff deutscher Torpedoboots an den Kriegsschiffen ausgelegt worden.



# Gewerkschaftliches. Der christliche Januskopf.

Die Unwahrhaftigkeit und Arbeiterfeindschaft der Christen kommt in dem widersprüchlichen Verhalten der Brüder in Christo in den Parlamenten recht plastisch in die Erscheinung. In Bayern fordern die Ultramontanen im Landtage die Vernichtung der freien Eisenbahnerorganisationen. Sie, die sonst heuchlerische Toleranz predigen und über angeblichen freigewerkschaftlichen Terrorismus sich entrüsten, erklären im Parlament ganz kategorisch, für jeden Beamten gelte das politische und wirtschaftliche Staatsbürgerrecht nur in beschränktem Umfang. Kein Beamter dürfe Sozialdemokrat sein! Die Konsequenz solchen Grundsatzes wäre die Aufhebung der in den freien, als sozialdemokratisch verdächtig Eisenbahnerverbänden organisierten Beamten, zu denen das gesamte Fahrpersonal gehört. Solche Vergeßlichkeit des Koalitionsrechtes verlangt das Zentrum, um dem christlichen Eisenbahnerverband als ultramontanem Wahlparat Mitglieder zuzutreiben.

Im Reichstage sprachen die christlichen Gewerkschaftsführer Beder und Behrens den Eisenbahnern das Streikrecht vollständig ab und rechtfertigten die Ueberwachung der Eisenbahnerversammlungen durch höhere Beamte. Das mühten die Beamten sich gefallen lassen! Wie steht es denn mit der Ueberwachung von Pastorenversammlungen? Die Pastoren sind sozusagen doch Staatsbeamte! Jedenfalls verteidigen Gewerkschaftsführer im Interesse der ultramontanen Partei den Grundsatz, daß Eisenbahner von dem gesetzlich gewährleisteten Staatsbürgerrechte nur nach Vorschrift der Behörden Gebrauch machen dürften. Der berühmte ultramontane Führer Freiherr von Seeremann vertrat einen ganz anderen Standpunkt, indem er im Abgeordnetenhaus erklärte:

„Nach meiner Auffassung beruht die Autorität der Staatsgewalt lediglich auf der göttlichen Einsetzung einer Obrigkeit, der gehorcht werden soll, für mich gibt es einen anderen Grund a priori nicht. Geht man von diesem Gesichtspunkte ab, so bleibt nur das Moment der Macht und der Gewalt; wenn Sie diesen Gesichtspunkt für die Autorität nicht haben, so scheint mir, ist jede Revolution gerechtfertigt, sobald sie Aussicht auf Erfolg verheißt.“

Fast noch schärfer sprach sich Windthorst am 10. Januar 1873 gegen die Staatsallmacht aus. Er rief den Liberalen zu:

„Denken Sie sich, daß eine despotische Regierung käme, eine Regierung, die Sie despotisch nennen würden; glauben Sie denn, daß Sie unter allen Umständen dann jedem Gesetze gehorchen würden? Würden Sie dann nicht fragen: Geht das Gesetz nicht gegen das Urrecht der Menschen, geht es nicht gegen das Gewissen, geht es nicht gegen die absoluten Gebote der Freiheit an?“

Und Reichensperger warnte damals — 5. Dezember 1874 — also:

„Güten Sie sich vor dem Prinzip... der absoluten Staatsomnipotenz! Die absolute Staatsomnipotenz ist Diktatorismus. Statuieren Sie dieselbe, so werden Sie nicht weiter tun, als dem Reiche das Ende von Diktatorismus.“

Damals befanden sich die Ultramontanen allerdings in der Opposition gegen die Regierung, jetzt bilden sie die ausschlaggebende Partei und huldigen nun dem Grundsatze der Staatsomnipotenz nach — ihrem Kommando! Ja, heute ingenierte das Zentrum, das den Eisenbahnern das Streikrecht abspricht, weil die bayerische Regierung nicht zugunsten des Ultramontanismus das Koalitionsrecht der Eisenbahner und Beamten wider Gesetz und Recht einfach vollständig illusorisch machen will, einen regelrechten, fein organisierten, straff durchgeführten Parlamentsstreik — um den nicht willfährigen Minister zu stützen. Und die christlichen Gewerkschaftsführer stehen vollständig unter dem Einflusse dieser Demagogikpartei; sie sind deren gehorsame Knechte, sie fungieren als Totengräber des Koalitions- und Vereinsrechtes!

## Berlin und Umgegend.

### Zum Streik in den Groß-Berliner Eisengießereien.

Die Auslieferung der Form- und Gießereiarbeiter in Brandenburg bei der Firma Gebrüder Wiemann, die wegen Verweigerung Berliner Streikarbeit erfolgte, ist aufgehoben. Die Differenzen sind zur Zufriedenheit der Arbeiter erledigt und haben die Ausgesperrten gestern (Mittwoch) die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen. Die Firma hat sich bereit erklärt, alle Modelle, von denen nachgewiesen wird, daß sie aus den bestellten Berliner Betrieben stammen, zur Aufzusage zu liefern.

### Zur Zigarrenarbeiterbewegung in Groß-Berlin.

Neue und mehr umwoigt ein fürchtbar harter Existenzkampf die organisierte Zigarrenarbeiterschaft. Im Westen kämpfen 10 000 und mehr gegen die koalitionsfeindlichen Zigarrenmagnaten einen osterbedrängten, aber freudigen Kampf. Hier in der Reichshauptstadt müssen die Zigarrenarbeiter sich oft noch mit Löhnen begnügen, die den westfälischen Löhnen an Niedrigkeit kaum nachstehen.

Wohlt es doch auch jetzt noch Löhne von 5.50 M. pro Woche für Rollen, so bei Siegan, Sühner Straße 13, Ahrens, Köpenicker Straße 165, Krumbauer, Neue Köpcke 9.

Diese und andere Firmen mit ähnlichen Löhnen scheinen immer noch der Meinung zu sein, daß sie in dieser tiefgreifenden Bewegung keine Stellung zu nehmen brauchen. Die nächste Zeit wird oben bezeichneten Firmen die Ueberzeugung beibringen, daß diese Meinung eine irrige war.

Die Arbeiterschaft kann und darf es nicht dulden, daß solche Löhne, wie angeführt, noch länger hier in Berlin Geltung behalten. Und für die zunächst interessierten Kollegen ist es eine Pflicht der Selbsterhaltung und der Erblichkeit, sich in solchen Fragen mit dem Verbandsbureau in Verbindung zu setzen, damit wir solche Firmen aus dem Dunkel ans Licht rufen.

Aber Ihr, Kollegen und Kolleginnen, die Ihr unter solchen Löhnen noch leidet, tretet, sofern es nicht schon geschehen, alle wie ein Mann in den Verband. Er wird Euch ein Helfer, ein Schutz und ein Stütz sein. Auf und hinein in den Deutschen Zigarrenarbeiter-Verband!

Arbeiter, Raucher! Beachtet die Veröffentlichungen im „Vorwärts“: Raucht nur dort, wo die grünen Plakate, unterzeichnet Alwin Schulze, aushängen.

Der Vertrauensmann der Zigarrenarbeiter.

## Deutsches Reich.

### Für eine sofortige Lohnbewegung der Ruheberglente

erklärte sich eine der am Sonntag im Ruhrgebiete abgehaltenen Bergarbeiterversammlungen. In der Versammlung in Sünne, die von über 1000 Personen besucht war, wurde nach dem Referat des Redateurs Bolorn eine Resolution angenommen, in der die Vorstände der Bergarbeiterorganisationen aufgefordert werden, sofort Lohnforderungen zu formulieren und den in Frage kommenden Forderungen zu unterbreiten. Die Bergarbeiter werden weiter in der Resolution aufgefordert, sich der Organisation anzuschließen, um dadurch den Beweis zu erbringen, daß es ihnen mit der Lohn-

Bewegung bitter ernst sei. Diese Resolution ist den Vorständen der vier in Frage kommenden Bergarbeiterorganisationen zugestellt worden.

Zur Sammlung von Unterhaltungsbeiträgen für die ausgesperrten Zigarrenarbeiter und Arbeiterinnen fordert nunmehr auch der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften auf. Die Unternehmer mögen daraus ersehen, daß ihr rigoroses Vorgehen die Arbeiterschaft auch bis in die Kreise empört hat, auf die man sich den freien Gewerkschaften gegenüber gern stützen möchte.

## Christliche Agitationstheile.

An die Arbeiter der Dohmgrube bei Rattowitz wurden kürzlich Handzettel mit folgendem Inhalt verteilt:

„Achtung! Bergarbeiter, Schlosser, Schmiede, Maschinisten usw.“

Sonntag, den 5. November, nachmittags 8 Uhr, im Saale des Herrn Krolebay (Altes Schützenhaus) in Rattowitz, Nicolaistraße, findet eine

Velegenschaftsversammlung der Dohmgrube

statt, wozu alle christlich denkenden Arbeiter der Dohmgrube hiermit geladen sind.

Arbeiter! Kollegen! Der Beamte Krczy bei der Zentralkasse in Bochum des alten sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes hat über 85 000 (Tausend) Mark gestohlen.

Der Einberufer.“

Der Verbreiter dieser famosen Versammlungseinladung ist ein gewisser Kowalecz, Beamter des Zentrumsvereins der Bergarbeiter in Oberschlesien. Daß es dieser Mensch fertig bekommt, ausgerechnet für eine Velegenschaftsversammlung eine solche Einladung zu erlassen, kennzeichnet die Agitationstheile der hiesigen „Christen“ zur Genüge. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ wirt Kowalecz vor, daß er früher selbst Wein und Wein nicht habe unterscheiden können. Er ist also ganz dazu berufen, anderer Leute Unehrlichkeit auszunutzen, um Arbeiter in die christlichen Fänge zu treiben.

## Der Eid des Arbeitswilligen.

In einer vor dem Landgericht Leipzig verhandelten Strafsache wegen Streikvergehens beschwor der als Kronzeuge der Staatsanwaltschaft vernommene Arbeitswillige Schlosser Fischer, daß er noch nie vorbestraft sei. Da der Arbeitswillige mit seiner direkt gegenüber stand, wurde, um die Glaubwürdigkeit des Arbeitswilligen zu ergründen, dessen Strafregisterauszug herbeigezogen, der die überraschende Tatsache ergab, daß der Zeuge bereits fünfmal wegen Diebstahls, Hehlerei und Betruges vorbestraft ist. Auf nochmaliges Vorhalten stotterte das „nützliche Element“, er könne sich nicht mehr darauf besinnen, es seien wahrscheinlich Jugendverbrechen gewesen. Der Mann steht seiner Bestrafung wegen Meineides entgegen. Der angebliche Streikführer mußte freigesprochen werden.

## Katholische Arbeitervereine und die Gelben.

Auf dem vor kurzem abgehaltenen achten Delegiertentag der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine der Diözese Augsburg führte der Diözesanpräses Domvikar Lindermeyer unter anderem folgendes aus:

„Das Verhältnis der katholischen Arbeitervereine zu den gelben Vereinen ist noch daselbe wie auf dem letzten Delegiertentag. Man muß bei neuemintretenden jungen Mitgliedern anders verfahren, wie bei alten Mitgliedern, die schon längere Zeit dem Verein angehören. Den erstere muß man beim Eintritt in den katholischen Arbeiterverein begreiflich machen: entweder bei uns oder bei den anderen. Ich habe im Vorjahr gesagt, wir müssen unsere Taktik gegenüber den gelben Vereinen den örtlichen und persönlichen Verhältnissen einmengen anpassen. Ich glaube, daß wir keine Ursache haben, den Standpunkt heute zu ändern. Wir lassen die gelben Gewerkschaftler ruhig in unseren Vereinen.“

Gewiß, die Gelben gehören in die katholischen Arbeitervereine. Was hätten diese der gelben Unternehmerrückgruppe auch vorzuwerfen? Sie sind miteinander so nahe verwandt, daß ein Unterschied zwischen ihnen kaum noch zu bemerken ist.

## Ausland.

Der Streik der Straßenreiner in New York hat für diese eine Wendung zum Schlimmen genommen. Es ist der Verwaltung gelungen, angeblich 2500 Streikbrecher zu engagieren. Ob diese ausreichen werden, die notwendige Arbeit zu leisten, muß abgewartet werden. In den letzten Tagen hatte sich der Unrat derart angehäuft, daß man die Zahl der zu seiner Beseitigung notwendigen Mannschaften auf 10 000 schätzte.

## Versammlungen.

### Gegen den Raub der Sonntagsruhe.

Im großen Saal der Festhalle „All-Berlin“, Blumenstraße 10, fand am Dienstag eine vom Zentralverband der Handlungsgehilfen einberufene öffentliche Versammlung statt, in der Stadtdirektor Adolf Ritter über das Thema referierte: „Die Sonntagsruhe in Gefahr.“ In der Versammlung, die sehr gut besucht war, überwogen die weiblichen Angestellten.

Der Referent behandelte einleitend die Frage der Sonntagsruhe im allgemeinen und hob dann die bedauerliche Tatsache hervor, daß derartige Ausnahmen, wie sie getroffen worden seien, ausgelassen würden. Dadurch würden die in der Lebens- und Genussmittelbranche beschäftigten Angestellten ganz erheblich in ihrer Sonntagsruhe beeinträchtigt, bzw. bleibe für sie der Zustand, wie er vordem bestanden hat. Sodann ging Redner auf die Festsetzungen betreffs des Heiligabend ein, worüber in den letzten Tagen schon der „Vorwärts“ berichtet hat. Der Vortrag fand lebhafteste Zustimmung seitens der Anwesenden.

In der Diskussion vertrat der Sekretär des Textil-Detaillistenvereins, Herr Dr. Flemminger, den Standpunkt seiner Auftraggeber. Diese haben gegen den früheren Schluß am Heiligabend in scharfster Weise gearbeitet, obgleich die Zahl ihrer Mitglieder nur 280 beträgt.

Urban widerlegte denn auch diesen Herrn sehr treffend und schiderte dann besonders noch wie widerwärtig verfahren werde, indem schon 3 Wochen vor Weihnachten die Lebens- und Genussmittelgeschäfte an Sonntagen bis 6 Uhr abends geöffnet sein dürfen, obgleich doch 3 Wochen vorher niemand schon Lebensmittel u. dgl. einkaufe. Auch mißbilligte er Urban, daß die Angestellten bei Hahn, Israel und Tich bei den Umzügen sogar an Sonntagen hätten arbeiten müssen, wodurch ihre freie Zeit auch noch beschränkt worden sei.

In seinem Schlußwort wies Ritter darauf hin, daß wenn die Handlungsgehilfen zur vollständigen Sonntagsruhe gelangen wollten, sie sich Mann für Mann im Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen organisieren müßten. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands, Bezirk Berlin, einberufene, am 14. November 1911 in den Festhallen All-Berlin tagende, zahlreich besuchte Handlungsgehilfenversammlung erhebt mit aller Entschiedenheit Protest gegen die von dem Herrn Polizeipräsidenten für die drei letzten Sonntage vor Weihnachten angeordnete Vorseitigung der Sonntagsruhe.“

Die Versammlung ist der Meinung, daß ein Bedürfnis für die Zulassung von drei Ausnahme-Sonntagen durchaus nicht vorliegt und, wenn überhaupt eine Notwendigkeit vorhanden wäre, die Zulassung eines Ausnahme-Sonntages vollständig genügt hätte.

Die Versammlung weist die maßlose, übertriebene und den Tatsachen direkt widersprechende Agitation einiger Detaillisten-

vereine mit Entrüstung zurück und bedauert, daß der Herr Polizeipräsident diesem Treiben durch Verlängerung der Verkaufszeit für den 24. Dezember bis um 4 Uhr Rechnung getragen hat. Daß trotz dieses Entgegenkommens die Detaillistenvereine nicht zufriedengestellt sind und noch eine weitere Verlängerung fordern, ist ein Beweis für die Versammlungen, in welcher rücksichtsloser und gewissenloser Weise mit der Gesundheit der Angestellten gespielt wird. Nicht energisch genug kann dieses Verhalten zurückgewiesen werden und die Versammlungen erwarten von dem Herrn Polizeipräsidenten als Antwort darauf mindestens die Vorseitigung der Ausnahmebestimmung für den 24. Dezember.

Tag und Nacht werden die meisten Angestellten in den Wochen vor Weihnachten ohne angemessene Pausen in der unverantwortlichsten Weise beschäftigt. Im Interesse der dadurch bis auf das äußerste gefährdeten Gesundheit erheben die Versammlungen energischen Einspruch und fordern nicht nur die Vorseitigung der Ausnahmebestimmung, sondern der Sonntagsarbeit überhaupt.“

Herr Dr. Flemminger hatte sich der Abstimmung entzogen.

## Teleabende.

Wilmersdorf-Palast. Freitag abend 8 1/2 Uhr bei Schilling, Lauenburger Straße 20. Gen. Hagen spricht über den Hausargiverein.

## Letzte Nachrichten.

### Mandatsvermehrung und Kammerauflösung.

Brüssel, 15. November. In der heutigen Kammer Sitzung gab der Rabinetschef de Broqueville eine kurze Erklärung ab, indem er mitteilte, daß er, obgleich die genaue Zahl der Volkszählung noch nicht feststehe, da einige Gemeinden noch ausstehen, dennoch versichern könne, daß auf Grund dieser Volkszählung die Zahl der Abgeordneten auf 184 oder 186 erhöht werden wird. Ferner führte der Rabinetschef aus, daß die Regierung entschlossen sei, dem Könige einen Gesetzentwurf über die Auflösung des Parlaments zu unterbreiten. Diese Erklärung wurde von der gesamten Linken mit lebhaftem Beifall aufgenommen. De Broqueville fügte noch hinzu, die Regierung wünsche selber den Tag zu wählen, an welchem sie das Auflösungsdekret dem Parlamente vorlegen werde und kündigte an, daß die Kammer sich in dringender Weise mit der Prüfung der Nationalverteidigung sowie des Etats zu befassen habe. Bezüglich der Nationalverteidigung äußerte der Minister, daß die belgische Armee auf derselben Höhe stehen müsse, wie die anderer Staaten, womit er lebhaften Applaus von allen Bänken des Hauses erntete.

### Aus der französischen Deputiertenkammer.

Paris, 15. November. (B. L. V.) Die Deputiertenkammer beschloß mit 337 gegen 232 Stimmen eine Abänderung der Geschäftsordnung, wonach zur Bescheinigung namentlich der Subdeputation in Zukunft nur das erste Budget jeder Legislaturperiode in öffentlicher Sitzung erörtert werden soll. Abgesehen von den Generaldebatten und mit Ausnahme der Finanzgesetze werden die folgenden Budgets in den Sitzungen der Generalkommission beraten werden, und die Deputierten sollen nur bis zu einer Viertelstunde das Wort behalten.

Die Kammer nahm sodann mit 360 gegen 210 Stimmen eine Bestimmung an, durch die die Anwesenheitslisten abgeschafft werden.

### Die Lage in Persien.

London, 15. November. Wie das „Reutersche Bureau“ meldet, fehle die russische Note, in der von Persien eine Entschuldigend für den bei der Beschuldigung der Besetzung Schuas es Sallaneh vorgekommenen Zwischenfall verlangt wird, eine Frist von 48 Stunden für die Antwort. Diese Frist sei Montagabend abgelaufen. Rußland werde noch ein Bataillon nach Tabriz senden, um die dortigen russischen Truppen auf die Stärke zu bringen, die sie vor einigen Monaten vor der Zurückziehung eines Teils der Truppen hatten. Dem Vernehmen nach wird Rußland beim Ausbleiben einer befriedigenden Antwort zweihundert Kosaken nach Astrabad schicken, um die Kosakstämme zu verstärken im Hinblick auf die dortigen Unruhen und die Gefährdung der Stadt. Ferner sollen auch noch Truppen nach Ghilam und Talisch geschickt werden, wo Persien gleichfalls nicht fähig (?) sei, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Expeditionen würden in jedem Falle nur die Aufgabe haben, die Ordnung wiederherzustellen und aufrecht zu erhalten, ein Verfahren, das nicht als Okkupation im gewöhnlichen Sinne des Wortes betrachtet werden dürfe.

Petersburg, 15. November. Die russische Regierung hat für den Fall der Nichterfüllung aller in der Note an Persien gestellten Forderungen die Absendung der schon bereitgestellten Truppenabteilung nach Radwin beschlossen, deren weiteres Verhalten von den Umständen an Ort und Stelle abhängig ist.

### Die Revolution in China.

New York, 15. November. Der World wird aus Washington gemeldet: Auf die ersten Anzeichen, daß die Revolutionäre oder die Kaiserlichen die Fremden nicht beschützen können, werden die Vereinigten Staaten in China intervenieren. Diese Mitteilung ist von einer maßgebenden Persönlichkeit gemacht worden. Aus derselben Quelle kommt die Erklärung, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, 10 000 Mann auf chinesischem Boden zu landen und die ganze asiatische Flotte in chinesischen Gewässern zu konzentrieren.

Peking, 15. November. (Meldung des Reuterschen Bureau's.) Ein Edikt befiehlt dem Mandatshauptmann in Jehol Puting, sein Amt niederzulegen. Der ehemalige Vizekönig der Mandchurei, Hsiang, wird an seine Stelle treten. Die Ernennung Hsiangs wird als ein Hinweis auf eine etwaige Verlegung des Hofes nach Jehol angesehen.

Die Provinzialversammlung von Tschili beschloß, eine Denkschrift zugunsten der Errichtung der Republik mit Juanjital als Präsident an den Thron zu richten.

### Zur Landtagswahlwahl in Düsseldorf.

Düsseldorf, 15. November. (B. L. V.) In der heutigen Wahlmännerwahl für die Landtagswahlwahl für den verstorbenen Weheimen Justizrat Dr. Kirch wurden sämtliche vom Zentrum aufgestellten 851 Wahlmänner, 824 vom Stadtkreis und 27 vom Landkreis, gewählt. Von den anderen Parteien waren keine Wahlmänner aufgestellt. Der Kandidat der Zentrumsliste ist Bürgermeister a. D. David.

### Bilderdiebstähle in München.

München, 15. November. Wie die Polizeidirektion mitteilt, sind — vermutlich in einer der letzten Nächte — in dem Zuschlößchen in Schleißheim 22 Gemälde aus dem Rahmen geschnitten und entwendet worden. Von dem Täter ist bis jetzt nichts bekannt. Die Gemälde, die zum Teil von großem künstlerischen und historischen Wert sind, stellen u. a. dar: Eine Leopardenjagd, eine Wilschweinjagd, eine Bärenschere, Landschaften, Tierstücke und dreizehn Stillleben von Peter Doremans.

Gaul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbül.



Reichstag.

206. Sitzung vom Mittwoch, den 15. November, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Streitbach.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs betr.

Erhebung von Schiffsabgaben.

Abg. Dr. Jahnke (Z.): Der Artikel 1 unterliegt von meiner Fraktion keiner Beanstandung. Ueberhaupt hat der Entwurf solche Verbesserungen erfahren, daß auch diejenigen meiner Freunde, die früher Bedenken hatten, dem Entwurf zustimmen werden.

Meine Freunde können also dem Gesetz zustimmen, aber nur, wenn es nicht etwa noch wesentliche Änderungen erfährt. Wir halten es nicht für angängig, durch einen einfachen Reichstagsbeschluss ganz neue Reguierungsprojekte, wie es die Anträge der Sozialdemokraten zu Artikel 2 wollen, in dieses Gesetz aufzunehmen.

Abg. Kretsch (L.): Meine Freunde werden mit Ausnahme unserer Parteigenossen aus Sachsen für die Vorlage stimmen. Unsere sächsischen Freunde fürchten, daß die Vorlage geeignet ist, die Interessen ihres Landes zu schädigen.

Abg. Dr. David (Soz.): Die Annahme des Artikel 1 dieser Vorlage würde eine wertvolle Ertragsquelle für die deutsche Freiheits- und Einheitsbewegung nicht sein.

Die Herren, die das Kanalprojekt der preussischen Regierung, für das auch der König von Preußen sich eingesetzt hatte, zum Scheitern brachten, um die Einführung der Schiffsabgaben ist die Kompensation — um dieses neuerdings berühmte geworden Wort zu gebrauchen — die die preussische Regierung für die Zustimmung der Kanalopposition nicht zu dem ganzen Kanal, aber zu dem Kanalortso geben mußte.

kleine Väter sind Kanalfrondbauer,

Das allein genügt schon, um die eigentliche Absicht, den eigentlichen Charakter der Vorlage zu enthüllen. Aber er läßt sich noch schärfer zeigen, wenn man auf die Verhandlungen in der preussischen Kanalkommission zurückblickt. Dort tauchte zuerst ein Antrag auf, Schiffsabgaben als Bedingung für die Zustimmung zum Kanalortso zu verlangen.

Kleines feuilleton.

„Die Seele ist es, die da spielt.“ Unter diesem Motto veröffentlicht der bekannte Seldenspieler Friedrich Kayhler in dem bei Oesterheld u. Co. erscheinenden Theaterkalender auf das Jahr 1912 „Anprobierte Gedanken über die Bühne“.

Die Nacht der großen Persönlichkeit ist es, in der sich die beiden sonst getrennten Reichenreiche in Kunst und Leben berühren, das, was man „Sittlichkeit“ nennen könnte und das Kayhler mit den Worten definiert: „Das Element des Guten, das in Wahrheit Fruchtbar in der Welt.“

Es wird immer darauf ankommen, daß der Gefühlsumfang einer Gestalt voll gegeben wird, nicht so sehr auf die mancherlei Realitäten, die an der Nase hängen. Der brutalste wird sicherlich nicht der beste Nachbater und Richard sein, sondern der, der die ungeheure seelische Spannwerte hat.

von Schiffsabgaben sei ganz besonders notwendig auf dem Rhein, der ein Einfallstor hat exochen (in hervorragendem Maße) bide, dessen Gefährlichkeit durch den auszubauenden Kanal noch erhöht würde.

der heimischen Landwirtschaft zu Hilfe kommen,

weil die Früchte auf den Strömen so gesunken seien, daß die Fülle illusorisch gemacht seien.

In demselben Sinne äußerte sich der Berichterstatter, und das ist interessant, nachdem das Zentrum hier eben den Versuch macht, den eigentlichen Charakter des Gesetzes zu maskieren. Der Bericht im preussischen Abgeordnetenhaus rühmt nämlich von dem Kollegen Dr. Am Jahnke her, und dieser sagt über die Tendenzen des Gesetzes: der einheimischen Landwirtschaft bringen die großen Ströme durchweg Nachteile.

Daraus erkennen Sie also das eigentliche Gesicht dieser Vorlage. Es genügt, diesen agrarischen Pseudoschutz vorauszustellen, um alle die schönen Worte, als handle es sich um eine verbandsfreundliche Vorlage, als das zu charakterisieren, was sie sind.

Das hat nun damals die preussische Regierung getan, als ihre Zustimmung zu den Schiffsabgaben als Kompensation für den Kanalortso verlangt wurde?

Der Wechsel, den die preussische Regierung damit unterworfen hatte, war aber nicht so leicht einzulösen. Zuerst wurde der Versuch unternommen, die Bestimmung des Artikels 54, wonach die Erhebung von Abgaben auf den natürlichen Wasserströmen verboten ist, durch eine geistvolle Interpretation aus der Welt zu schaffen.

ein ganz ausfichtsloser Versuch

Die preussische Regierung ließ sich jedoch dadurch nicht abschrecken und auch dadurch nicht, daß sie sich durch ihren Interpretationsversuch in scharfen Gegensatz stellte zu der Erklärung, die der preussische Ministerpräsident, der ja im Nebenamt auch Reichskanzler ist, hier abgegeben hatte.

Die Herren, die das Kanalprojekt der preussischen Regierung, für das auch der König von Preußen sich eingesetzt hatte, zum Scheitern brachten, um die Einführung der Schiffsabgaben ist die Kompensation — um dieses neuerdings berühmte geworden Wort zu gebrauchen — die die preussische Regierung für die Zustimmung der Kanalopposition nicht zu dem ganzen Kanal, aber zu dem Kanalortso geben mußte.

mitbringt. Diese Kinderseele muß ich haben, gleichviel, ob die dazu gehörige Erscheinung mehr oder weniger jugendlich ist.

Kayhler glaubt selbst, daß für die meisten, besonders aber für die theatergenüßten Ohren, diese Auslassungen vielleicht lächerlich, jedenfalls recht unpraktisch klingen mögen.

Der „Bandiste“. Nicht weit von der allehervordringenden Notre-dame-Kathedrale, fast im Herzen von Paris, existiert nach ein Viertel, das sich aus winzigen, engen Gassen mit hochbuckeligen alten Häusern zusammensetzt.

In der „Bibine“ verkehren die armen Teufel, die in den großen Schreibstuben die Streichbänder (bände) und Firmenkuberte mit Adressen versehen. Bei dieser Arbeit verdient der Bandiste (so ist sein offizieller Name) pro Tag 1,25—1,50 Frank, vorausgesetzt, daß er tausend Adressen fertig bringt.

Es kommt mitunter vor, daß der Bandiste, der über besonders flinke Finger und gute Augen (beides ist nötig zu seinem Beruf) verfügt, eine Woche lang Resfordarbeit leistet; dann gestattet er sich eine Sonntagsmahlzeit in irgendeiner Arbeiterherberge.

Während des Winters wohnt der Bandiste in den ältesten, schmutzigsten Vierteln von Paris, im Quartier des Balles oder im Quartier Raubert. Eins der bescheidensten „Hotels“, in der Rue Saint-Victor ist ausschließlich von Bandisten bewohnt.

Schlinge, die die preussische Kanalopposition ihr um den Hals gelegt hatte, herauszukommen. Dann kam aber eine Entscheidung, die zwang die preussische Regierung doch auf die Anie. Es war das ein Gutachten des Reichsjustizamts, das auf Veranlassung einzelner Bundesstaaten über die Auslegung des Artikels 54 vom Reichskanzler eingeholt wurde und das den Auslegungsversuchen Preußens ein für allemal den Riegel vorschob.

Auch in der Kommission ist jeder Versuch, dies Gutachten des Reichsjustizamts vorgelegt zu erhalten, von der preussischen Regierung mit den heftigsten Äußerungen des Schreckens zurückgewiesen worden mit der Behauptung, daß sie eine diskrete Angelegenheit innerhalb des Bundesrats, dies Altentisch könne auch nicht diskret mitgeteilt werden.

Der Minister v. Streitbach erklärte am 18. April 1907 im preussischen Abgeordnetenhaus: „Die Ertüchtung der Bauteile, die auf Verbesserung der Schiffsabgaben abzielt, halte ich von meinem Standpunkt aus für ein erlaubtes und durchaus konsequentes Mittel, um dies Ziel zu erreichen.“

Die Stadt in die Öffentlichkeit antreten müssen, indem sie gemeinsam ein Memorandum im „Dresdner Journal“ und in der „Norddeutschen Zeitung“ veröffentlichten.

speziell für die Klienten der Bibine in dieser Schenke ihre Waren feilbieten. So kostet er einen Hut für 15 Centimes, einen Paletot oder ein Kleid für höchstens 50 Centimes.

Der „Verus“ des Wandisten bildet die letzte Zufluchtsstätte aller Desillusionierten und der vielen anderen Unglücklichen, die trotz monatelanger, verzweifelter Anstrengung keine Stellung finden.

— Vielleicht wird eines Tages ein Maler kommen und einmal diese seltsamen Typen auf seine Leinwand bannen — wie sie, so verschiedenartig zusammengewürfelt aus allen Ländern, Klassen und Altersstufen doch den einen Zug aus ihren frühgeburten Stirnen oder um die wellen, gefalteten Lippen tragen: den Zug des Elends, wie wir ihn in den dunklen Winkeln unserer Weltstädte als charakteristische Grimasse des Lebens wiederfinden.

Notizen.

— Kunstabend. Am Donnerstagabend 8 Uhr veranstaltet der Verein zur Förderung der Kunst den 3. Volkskunstabend im Festsaal des Charlottenburger Rathauses.

— Kunstchronik. In Wilmersdorf wurde am Mittwoch in der neugegründeten Kunsthalle die erste Ausstellung eröffnet.

— Das große musikalische Ereignis: die Aufführung von Straussens „Rosenkavalier“ ist am Dienstag in Berlin vor sich gegangen. Zu kolossal erhöhten Preisen und unter sonstigen Erschwerungen. Mit Recht hat man sich in der Provinzpresse (die Berliner Presse lacht durch die Wank vor der Generalintendant) darüber lustig gemacht, daß die Kgl. Oper zehn Monate nach Dresden und verschiedene Monate nach einer Reihe von Provinzstädten mit dieser „Reuigkeit“ daherkommt.

— Im Bellealliance-Theater findet am Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, eine einmalige Aufführung der Verdischen Oper „Truandour“ statt. Die Besetzung der Hauptrollen besteht aus früheren Mitgliedern der Berliner Volksoper.



lichten, das folgendermaßen schloß: „Die Regierungen Sachsens und Badens glauben hiermit darzulegen zu haben, von wie überaus weittragenden, grundsätzlichen, bedenklichen Folgen wirtschaftspolitischer und verfassungsmäßiger Art, die von der preussischen Regierung erstrebte Zulassung von Schiffsabgaben verbunden sein würde. Sie können sich der ersten Sorge nicht erwehren, daß die Bestimmungen der Vorlage weite Kreise Deutschlands wirtschaftlich schädigen, (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten) den föderativen Charakter des Reichs antasten, (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten) die Eintracht unter den deutschen Bundesstaaten föhren (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten) und das Vertrauen in die Unverbrüchlichkeit der Verfassung erschüttern werden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie geben sich der Hoffnung hin, daß es gelingen möge, die Abgabefreiheit der deutschen Schiffe, dies Wahrzeichen der deutschen Einheit zu schützen und zu erhalten.“ Das war die Sprache dieser Regierungen gegen eine „nationale“ Vorlage. Es wäre nur zu wünschen, wenn die Vertreter der opponierenden Regierungen den Mut hätten, wie das feiner Herr v. Wittnach in der Weingesehfrage getan hat, auch hier im Reichstag ihre gegenseitige Stellung aufrecht zu erhalten und zu begründen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es ist ja gut, daß sie öffentlich ihre Meinung festgelegt und so es einem sozialdemokratischen Redner ermöglicht haben, sich zum Wunsch dieser Regierungen zu machen. Wir unterstützen die Regierung jedesmal sehr gern, wenn sie sich auf einem vernünftigen Wege befindet (Sachen im Zentrum), im Gegensatz zum Zentrum, das die Regierung auch bei allen Maßnahmen unterstützt, die die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Volkes bedrohen. (Sehr gut! bei den Soz.) Uebrigens hat auch Graf Posadowski in einem Artikel in der Zeitschrift „März“ die Methode Preußens, den Widerstand kleiner Regierungen niederzuzwingen, als dem föderativen Reichsgedanken nicht förderlich kritisiert. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich also hier um eine Vorlage, die von großer internationaler Bedeutung ist, von großer Bedeutung für die Beziehungen der einzelnen Volksteile innerhalb des Reichs. Das versteht man sehr leicht, wenn man einen Blick auf die deutsche Landkarte wirft. Da zeigt sich, daß Preußen zum großen Teil frei an der See liegt, während Sachsen, Bayern, Württemberg und Baden den Zugang zur See nur durch die großen Ströme haben. Die Befestigung aller früheren Stromzüge bedeutete für diese Staaten also nichts anderes, als

#### ein Küsterrückzug an die See

und die Erschwerung dieser Wasserwege bedeutet für sie ein Weiterwegziehen von der See und damit eine Verschlechterung ihrer Konkurrenzfähigkeit gegenüber den anderen Staaten. Dieser tiefgreifende Interessengegensatz war es, der feinerzeit die Freunde der deutschen Einheit veranlaßte, die Abgabefreiheit der Ströme in das Reichsgrundgesetz aufzunehmen. (Sehr richtig! links.) Dieser Grundgedanke ist auch in der badisch-sächsischen Denkschrift klar zum Ausdruck gebracht. Es heißt da: „Unter dem Segen der Abgabefreiheit hat sich die binnenländische Industrie und der Handel auch an dem mittleren und oberen Lauf der Ströme entwickelt, die Wiedereinführung der Abgaben würde die Industrie am Unterlauf der Ströme, die ohnehin durch die Nähe der Seehäfen im Ausfuhrverkehr und bei Bezug von Roh- und Hilfsstoffen aus dem Ausland große natürliche Vorteile genießt, im Wettbewerb mit der Industrie an den mittleren und oberen Läufen weiter begünstigen und eine künstliche Verschlechterung der Produktions- und Absatzbedingungen herbeiführen, die für ganze Gruppen der binnenländischen Unternehmungen verderblich wirken könnten.“

Durch die Verbesserungen, die nach Herrn Behner einen Teil des Zentrums zu Freunden der Vorlage gemacht haben, ist diese Grundwirkung der Vorlage beseitigt worden. Deshalb hat sich auch der Vereinigte Arbeitsausschuß der Rhein-, Weser- und Elbe-Interessenten nach wie vor gegen das Gesetz erklärt. Ebenso in einer Resolution der Bund der Industriellen und der Schiffsische Provinzialverband für Fluß- und Kanalschiffahrt. Die gegenwärtige Bedeutung dieser Vorlage für die verschiedenen Gebietsteile des Reichs erklärt es auch, daß ihr gegenüber alle Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, gestimmt sind. So werden die sächsischen Konservativen dagegen stimmen. Interessant ist die Haltung des Zentrums, das jetzt dafür stimmen will. Es hat sich früher sowohl im badischen, wie im preussischen Landtag hoch und heilig dagegen verwahrt, daß es für Schiffsabgaben sei. Als ich im Wahlkampf darauf hinwies, daß Zentrumsgesandte in Preußen sich für die Schiffsabgaben erklärten, erklärten ein mächtendes Flugblatt gegen mich, worin es hieß: „Die Sozialisten behaupten, das Zentrum wolle durch Wiedereinführung der Schiffsabgaben die Lebensadern des heimischen Wirtschaftslebens unterbinden. Eine entscheidende Stellungnahme der Zentrumsfraktion in dieser Frage ist nicht erfolgt und es ist selbstverständlich, daß die heftige Zentrumsfraktion entschieden gegen solche Abgaben Stellung nehmen wird.“ (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten. Zuruf: Es kann aber auch anders!)

Auch in den Reihen der Nationalliberalen klappt der Widerspruch. Zwei Seelen wohnen wieder in der auch sonst nicht sehr harmonischen Partei (Heiterkeit) und sie paralysiert ihren Einfluß dadurch, daß die eine Hälfte mit ja, die andere mit nein stimmt. Leider ist auch in der Volkspartei aus manchem Saulus ein Paulus geworden (Heiterkeit), wie ich in diesem Falle sagen möchte, z. B. Herr Haußmann. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Der ist auch auf anderen Gebieten ein Saulus geworden. Heiterkeit.) Am 6. Februar 1906 hat Herr Haußmann mit der ihm eigenen poetisch kräftigen Verehrtheit hier dargelegt, welche großes Interesse Württemberg daran habe, daß auf dem Rhein keine Schiffsabgaben eingeführt würden. Mit Recht sagte er, der ganze Versuch ist herbergeworfen aus einem agrarischen Gelüste und einer föderativen Unerschlichkeit. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn nun aber auch die Vorlage durchgeführt wird, so ist damit noch keineswegs der Wechsel eingeleitet, den die Regierung den Kanalgegnern gegeben hat, denn das Gesetz wird so lange für die Hauptströme unanwendbar bleiben, als nicht die Verträge mit Oesterreich, Holland und der Schweiz beseitigt werden. Die Regierung hat uns in der Kommission bis jetzt nicht die geringste Aussicht eröffnen können, daß das zu erwarten sei. Ich frage nun: ist es ein loyales Verfahren, wenn ein Staat internationale Verträge einseitig von sich aus durch ein Gesetz löst und dann nachher mit dem seit aocompli (vollendete Tatsache) vor die anderen Vertragsstaaten kommt und sagt: jetzt habe ich ein Gesetz und kassiere den Vertrag, ihr müßt so oder so nachgeben. Diese Methode,

#### die Bistore auf die Brust zu legen,

angesehene internationaler Verträge, die auf Treu und Glauben geschlossen sind, ist ein Verfahren der deutschen Diplomatie, das sich in keiner Weise mit dem Ansehen und der Ehre Deutschlands vereinbaren läßt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es wäre eine Pflicht der Loyalität gewesen, sich vorher mit den Vertragsstaaten in Verbindung zu setzen. Nun werden wir ja wohl mit Oesterreich und Holland deswegen nicht in Krieg kommen. Entweder ist also das Gesetz für die Ray und kann in der Hauptsache nicht durchgeführt werden, so daß nur die Ober und die anderen rein preussischen Ströme die Suppe auszuessen haben, oder es wird mit Holland und Oesterreich verhandelt und dann gibt es wieder — Kompensationen! (Heiterkeit), welche, wissen wir nicht, aber für nichts geben die Staaten ihr Recht nicht aus der Hand, und es liegt jedenfalls nicht im Interesse Deutschlands, daß unsere Unterhändler bei diesen Verhandlungen nicht mehr frei sind. Wenn man nun sagt, wo sollen die Mittel herkommen, um die Ströme auszubauen, so verweise ich darauf, daß auch unter dem Schutze der Abgabefreiheit große Meliorationswerke ausgeführt worden sind. Sie sind festgelegt durch die Verträge, und sie bringen sich ein dadurch, daß das ganze Wirtschaftsleben

in den Stromgebieten davon befruchtet wird. Auch liegen sie nicht nur im Interesse der Schiffahrt, sondern auch im Interesse der Landwirtschaft. Wie das Unterwiesengesetz bewiesen hat, können große Meliorationspläne auch sehr wohl auf Grund eines besonderen Gesetzes durchgeführt werden. In diesem Falle würden zweifellos die Gegner der jetzigen Vorlage dafür sein.

Die Drohungen, überhaupt keine neuen Verbesserungen mehr durchzuführen, soll die preussische Regierung nur wahr machen. Ein solcher Sclandal soll sie vor dem Reich und dem Auslande inszenieren. Sie soll sich nur der Erfüllung der Verträge zwischen den Bundesstaaten und mit Oesterreich und der Schweiz entziehen!

#### Welches wird nun die

#### Wirkung der Abgaben

sein? Man sagt, sie sind ja so niedrig, daß sie gar keine Wirkung haben werden. Darüber kann man nur lachen. Es soll eine erhebliche Summe hereingebracht werden, und der eine oder der andere wird dann die Wirkung zu spüren bekommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Zunächst wird ein Kampf um die Abwälzung stattfinden. Dabei werden verhältnismäßig günstig die großen Reedereien fahren, die gewissermaßen eine Monopolstellung haben und eng liiert sind mit der Kohlenindustrie und der Schwerindustrie. Die kleinen Schiffer stehen weniger stark da, die werden in eine sehr bedrückte Lage kommen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und all die Herren, die sich als Freunde des Mittelstandes ansprechen, werden von den kleinen Schiffern gefragt werden, ob sie denn auch ihre Interessen bei diesem Entwurf wahrgenommen haben. Auch die Arbeiter, die auf den Schiffen ihr Brot erwerben müssen, werden unter dem Hammer kommen. Man wird versuchen, ihren Arbeitslohn zu drücken oder zum mindesten wird er nicht erhöht werden, was es sonst geschehen wäre. Gerade die wirtschaftlich Schwachen werden die Folgen ausbaden müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Hauptfrage wird auf die Bezahler des Rohstoffes abgewälzt werden.

#### Die direkten und indirekten Konsumenten, die ganze Bevölkerung in dem betroffenen Gebiet, wird die Zehne zu zahlen haben.

Das ist auch die Wirkung, die die Väter des Gesetzes erzielen wollten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Darauf kommt es ihnen ja an. Ramentlich das Getreide soll verteuert werden, das ist der Sinn des ganzen Gesetzes und das wird auch seine Folge sein.

#### Sie wollen der breiten Masse das Brot, die Nahrungsmittel noch weiter verteuern.

Im Interesse der Landwirtschaft, sagen Sie. Wer von den kleinen Landwirten im Rheingebiet hat denn einen Vorteil von der Verteuerung der Früchte auf dem Rhein? Brauchen denn die kleinen Bauern durchaus Holz, Kohle, Petroleum usw.? Die meisten kaufen ja noch Brotgetreide und Futtermittel hinzu. Also nicht um das Interesse der Landwirtschaft handelt es sich, sondern darum, die prellen Taschen der großen Agrarier noch mehr zu füllen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das poht ja in die Zeit hinein. Das Brot ist noch nicht teuer genug. Sie müssen es noch weiter verteuern, das ist ja sehr zeitgemäß. Es kommt auch zu einer sehr guten Zeit, denn das Volk kann jetzt seine Meinung sagen. Verlegen Sie nur dem Volke noch

#### einen Schlag mit der junkerlichen Reitpeitsche ins Gesicht,

die Antwort werden Sie bekommen. Wir aber erlauben Sie im Interesse der Volksernährung und der Volkswohlfahrt den Artikel I abzulehnen und es bei dem jetzigen Zustande zu belassen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Minister v. Breitenbach: Die Erwartung der Verbündeten Regierung, daß diejenige, die mit Zweifeln in die Kommission gingen, überzeugt würden, hat sich zum größten Teil erfüllt. Der Vordredner hat eine grundsätzliche Opposition vertreten und Argumente angeführt, mit denen wir uns schon früher beschäftigt haben. Es ist nicht richtig, daß der preussischen Regierung der Gedanke, die Mittel für den Ausbau der natürlichen Wasserstraßen durch Abgaben auf ihnen zu gewinnen, aufgezwungen ist, dieser Gedanke ist vielmehr schon oft aufgetaucht; es ist auch ganz irreführend und einseitig, wenn der Vordredner meint, die Vorlage sei eine agrarische. Die Parteien und die preussische Regierung waren durchaus berechtigt, ein überlebtes Wirtschaftssystem aufzugeben und zum Ausbau unserer Wasserstraßen Abgaben zu erheben, die ihrer Natur nach immer nur Gebühren sein können. Von einem Ausbau des Schiffsollsystems kann dabei keine Rede sein, die Verteuerung des Brotes in diesem Zusammenhang ist nichts als ein Schlagwort. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.) Der Vordredner meint, die Regierung habe eine leere Drohung ausgesprochen, wenn sie sagte, ohne dieses Gesetz würden keine Meliorationen der Wasserstraßen mehr ausgeführt werden. Das ist keine Drohung, sondern das Ausprechen einer Tatsache. Verträge mit anderen Staaten, wodurch wir verpflichtet sind, unsere Wasserstraßen auszubauen, bestehen nicht; eine solche vertragliche Verpflichtung war nur bei der Elbe vorhanden, und die ist längst erfüllt. Der Vordredner hat einen schwarzen und räusperlichen Schleier über die Vorteile des Schiffsollgesetzes gezeichnet. Aber diese Vorteile sind unzulänglich und die Regierungen empfehlen die Annahme der Vorlage, wie sie aus der Kommission herausgekommen ist.

Abg. Hausmann-Hannover (natl.): Meine Freunde werden der Vorlage zustimmen. Es handelt sich um ein einfaches Rechenexempel; denn die Frage liegt so, daß entweder Abgaben auf den Wasserstraßen zu zahlen sind oder Verbesserungen auf ihnen nicht eingeführt werden. Die Anwohner von Rhein und Elbe haben aber oft um Verbesserungen petitioniert. — In der Kommission ist die Vorlage wesentlich verbessert worden. Um so leichter wird es uns werden, für sie zu stimmen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Gothein (Sp.): Der Abg. Schulz hat gelegentlich der Besprechung des Karolkanalens davor gewarnt, Änderungen am unisvollen Bau der Reichsverfassung und noch dazu von einem sterbenden Reichstag vornehmen zu lassen. Aber jetzt soll der sterbende Reichstag die Reichsverfassung an einem wichtigen Punkte ändern! Wie reimt sich das zusammen? (Sehr gut! links.) — Ein so konservativer Mann, wie der Geheimrat Prof. v. Wach, hat in der sächsischen Ersten Kammer die Schiffsabgaben als dem Geist der Reichsverfassung zuwiderlaufend bezeichnet und einstimmig hat sich die sächsische Erste Kammer dieser Auffassung angeschlossen. (Hört, hört!) Ebenfalls in demselben Sinne und zwar namens seiner Partei sprach 1903 der national-liberale Führer Dr. Sattler. Zu derselben Zeit erklärte Reichskanzler Fürst Bälou die Erhebung von Schiffsabgaben als mindestens vereinbar mit der gegenwärtigen Fassung des Art. 54 der Reichsverfassung. Ein paar Wochen später stellte sich der damalige preussische Minister Budge auf den entgegengesetzten Standpunkt. In der Zwischenzeit nämlich hatten die Konservativen nebst Zentrum ihr Verlangen nach den Schiffsabgaben unweidlich dargelegt, und das genügte der Regierung in ihrer gottgewollten Abhängigkeit (Heiterkeit und Sehr gut! links), ihren Standpunkt zu ändern. Die Schiffsabgaben sollten nach dem Abg. Behn. v. Redlich dazu dienen, der Kanalvorlage den

#### freihändlerischen Bistanz

auszubrechen. (Hört, hört! links.) Einstmals — es war freilich die Zeit, in der sie freihändlerisch war — begrüßte die konservative Partei in ihren Organen, wie der „Kreuzzeitung“, der „Schlesischen Zeitung“

#### die Abgabefreiheit der Ströme als eine wertvolle Errungenschaft der deutschen Einheit.

(Hört, hört!) Und jetzt! — Daß man schließlich auch Juristen gefunden hat, die den Artikel 54 umzuinterpretieren verstanden, ist weiter nicht verwunderlich. Mit geschickten Taktspielen und Spielereien macht man aus einem Schnupstuch ein Kaninchen. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Mein rechtliches

Gefühl häumt sich gegen die Art und Weise auf, wie von Seiten der preussischen Regierung die

#### Reichsverfassung geradezu verhöhnt

worden ist. (Lebhaftes Zustimmung links, Unruhe rechts.) Schließlich freilich hat auch die Regierung einsehen müssen, daß es mit dem Interpretieren nicht ging und die Frucht dieser Einsicht ist die uns hier beschaffende Vorlage. Zweck der Vorlage ist, den Reichstag zum Volltreter der Wünsche des Abgeordnetenhauses zu machen, ihm sozusagen in gottgewollte Abhängigkeit vom preussischen Landtag zu bringen. Andererseits aber ist schon die bloße Erfindung dieser Vorlage ein Beweis dafür, daß Preußen mit der Einführung der Schiffsabgaben in sein Kanalgesetz einen Bruch der Reichsverfassung begangen hat. (Lebhaftes Zustimmung links, Widerspruch rechts.)

Man tue doch wirklich nicht so, als ob der preussische Staat unerwähnte Nebennummern für die Regulierung der Flüsse aufgewandt habe. Was Preußen in einem ganzen Jahrzehnt für die Ströme aufgewandt hat, verschwindet gegenüber dem, was in einem Jahrzehnt an Liebesgaben an die Getreide-, Zucker- und Branntweinproduzenten bezahlt worden ist. (Lebhaftes Zustimmung links.)

Es läßt sich hören, wenn bei besonders wichtigen und kostspieligen Wasserbauten, wie zum Beispiel bei der bekannten Regulierung der Unterweser, durch ein besonderes Gesetz die Erhebung von Abgaben vorgeesehen wird. Ganz anders aber sieht es mit dieser Vorlage, die prinzipiell die Abgabefreiheit der deutschen Ströme beseitigen soll. Angesichts der geschichtlichen Entwicklung dieser Vorlage kann man nur sagen: Bundesrat, dein Name ist Scham und Schande! (Heiterkeit.) Der Bundesrat ist bisher durch das laudinische Joch gegangen, das Ritter und Heilige in Preußen aufgerichtet haben. Das Gesetz stärkt nicht den Reichsgedanken, es muß die Reichsverbundenheit fördern. Deshalb würde sich der Reichstag ein hohes Verdienst erwerben, wenn er dies Gesetz verwarf. (Bravo! links.)

Abg. Gamp (Sp.): Herr Gothein sprach von dem laudinischen Joch der Ritter und Heiligen. Er muß aber wissen, daß auch die Nationalliberalen und ein Teil der Freisinnigen in Preußen für die Schiffsabgaben gestimmt haben. Ich kann erklären, daß die große Mehrzahl meiner Freunde für die Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt stimmen wird. Doch würde das Gesetz für uns unannehmbar, wenn etwa die Rosellkanalisierung darin aufgenommen würde. (Hört, hört! links.) Bedenklich erscheint mir nur die allzu große Zahl von Personen, aus denen die Strombaubehörden bestehen sollen.

Abg. Hanisch (Wirtsch. Gg.) erklärt, daß zwei seiner Freunde gegen die Vorlage, die Mehrheit dafür stimmen werde.

Württembergischer Staatsminister v. Bischof: Ich muß den Vorwurf des Herrn Abg. Dr. David zurückweisen, als hätten wir wider unsere bessere Überzeugung unseren Widerstand gegen die Schiffsabgaben gewissermaßen für ein Vinsengericht aufgegeben. Die uns zugegebene Reduktion bedeutet vielmehr eine Lebensfrage nicht nur für unsere Industrie, sondern auch für die Landwirtschaft. Die zweifelloß

#### die Getreidepreise verteuern Tendenz der Schiffsabgaben

wird wenigstens für den ganzen Süden ausgeglichen durch die verbilligende Wirkung, die die Möglichkeit der Benutzung von Wasserstraßen auf eine viel längere Strecke als bisher zur Folge hat. Auf Grund unserer Berechnungen, die in der Denkschrift zur Redaktionsregulierung niedergelegt sind, bin ich deshalb der bestimmten Meinung, daß durch das Gesetz für den Süden die Getreidepreise nicht erhöht, sondern eher verbilligt werden. (Hört, hört! rechts.) Also mit diesem Argument werden bei den Wahlen nicht viele ernsthafte Fische gefangen werden. (Heiterkeit.) Ich anerkenne also, daß der Entwurf uns wesentliche Vorteile bietet und würde eine Pflicht veräumen, wenn ich nicht das bundesfreundliche Entgegenkommen begründen würde, das wir auf der anderen Seite gefunden haben. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Stremsbed (S.) begründet einen Antrag, der den Begriff der „künstlichen Wasserstraßen“ zu Art. I festlegen will.

Ministerialdirektor Peters wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Gothein, bleibt aber im einzelnen auf der Tribüne unverständlich.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 6 Uhr.

## Parlamentarisches.

### Versicherungsgesetz für Angestellte.

(Sitzung vom Mittwoch, den 15. November.)

Zu Beginn der Sitzung liest der Berichterstatter ein Telegramm des Zentralausschusses der Hamburger Prinzipalvereintretter vor, in der Einspruch erhoben wird gegen die schnelle Art der Erledigung der Vorlage und die Ablehnung des Gesetzes verlangt wird. Die Kommission nimmt die Kundgebung zur Kenntnis.

Zu § 59 wird ein Antrag unserer Parteigenossen angenommen, der, entsprechend den Wünschen der Angestelltenverbände, verlangt, daß die Beitragsrückzahlung für weibliche Angestellte beim Tode der Versicherten an die Angehörigen erfolgt, wenn die Versicherten wesentlich zum Unterhalt der Hinterbliebenen beigetragen hat. Voraussetzung ist dabei, daß mindestens 60 Monatsbeiträge gezahlt und bisher keine Rente gewährt wurde.

Bei § 63 beantragen unsere Genossen, daß den weiblichen Angestellten beim Tode des Ehemannes aus den von ihnen selbst aufgetragenen Versicherungsbeiträgen eine Rente gezahlt wird. Es sollten infolgedessen Beiträge nicht zurückerstattet werden, wenn die Angestellte aus der Beschäftigung austritt. Unsere Genossen wollten damit eine höhere Rente erzielen, als sie in den sogenannten Leibrenten in Aussicht gestellt werden. Der Antrag fand von keiner bürgerlichen Partei Unterstützung.

Entsprechend den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung beantragen unsere Genossen, daß, wenn die Rente eingestellt wird, die Einstellung erst in dem der Zustellung folgenden Monat eintritt. Der Antrag wurde abgelehnt.

Bei § 98 wurde die Frage der Selbstverwaltung erörtert und angefragt, welche Bevorzugung den Militärärzten bei der Anstellung der Beamten gewährt wird. Von der Regierung wurde erklärt, daß die unteren Beamten nur aus den Kreisen der Militärärzte genommen werden, während die mittleren Beamtenstellungen nur zur Hälfte von Militärärzten besetzt werden. Abg. Mugda bemerkte, daß dies berechtigt sei; er könne eine Zurücksetzung der Militärärzte nicht billigen, und der Vergleich, daß in der Reichsversicherungsordnung den Militärärzten diese Bevorzugung nicht zu teil wird, treffe hier nicht zu. Vom Genossen Schmidt wurde dem Vertreter der Volkspartei entgegengehalten, daß es geradezu unerhörl sei, daß die Versicherten keinen Einfluß auf die Anstellung der Angestellten haben. Angestellte und Prinzipale haben die Mittel allein aufzubringen, die Beamten ernannt die Regierung, und sie nimmt eigenmächtig aus dem Versicherungsfonds die Mittel für die Befolgung. Was würden die Unternehmer sagen, wenn man so bei den Berufsangehörigen verfahren wollte. Aber es ist bemerkenswert, daß ein Vertreter der Volkspartei in der Weise das Selbstverwaltungsrecht der Angestellten behauptet. Selbst Herrn Straßmann ging diese Anforderung zu weit, denn er wies mit gutem Recht darauf hin, daß doch wohl aus den Kreisen der Angestellten mancher für diese Arbeiten sich qualifiziere. Mit unseren Parteigenossen belonte dieser Redner, daß es sich nicht um eine Zurücksetzung der Militärärzte handelt, sondern um die Ablehnung einer Bevorzugung. Militärärzte sollen von diesen Posten nicht ausgeschlossen werden. Die Debatte wurde schließlich abgedruckt, weil die bürger-



früheren Beschlüssen mit der Regierung verhandeln wollen, wie West sie bereit sei, Zugeständnisse in der Selbstverwaltung zu machen. Von unseren Genossen lagen bereits einige Anträge auf Erweiterung der Rechte der Versicherten vor.

Die Wahl der Vertrauensleute aus den Kreisen der Versicherten sollte nach der Vorlage durch eine Wahlordnung erfolgen, die der Reichskanzler erläßt. Auf eine Anfrage von unserer Seite stellte sich heraus, daß die Wahl öffentlich in der Weise erfolgen soll, daß der Versicherte den Stimmzettel mit seiner Beitragskarte an den Wahlkommissar einreicht. Gegen diesen Wahlmodus erhoben unsere Genossen Einspruch; sie verlangten geheime Wahl durch Stimmzettel, denn es stellte sich im weiteren Verlauf der Debatte heraus, daß die Regierung in ihrer Wahlordnung auch die öffentliche Stimmabgabe anordnen konnte. Dr. Rüdger ist auch hier mit der Regierung der Meinung, daß die Wahl gar nicht anders erfolgen könne, und der Abg. Stresemann hob hervor, daß der Hauptausschuß der Angestelltenverbände sich ausdrücklich damit einverstanden erklärt habe, daß von einer geheimen Wahl Abstand genommen werden könne. Schließlich erlangten unsere Genossen nur, daß wenigstens die öffentliche Stimmabgabe unterjocht wird. Das Frauenwahlrecht zu dem Rentenanspruch wurde gegen die Stimmen unserer Genossen und der Volkspartei abgelehnt. In § 147 sollte nach einem Antrage unserer Genossen den Invaliden und den freiwillig Versicherten aktives und passives Wahlrecht für die Wahl der Vertrauensmänner erteilt werden. Der Zweck des Antrages war, daß zur Vertretung der Interessen der Angestellten unabhängige Personen herangezogen werden können. Für den Antrag trat keine der bürgerlichen Parteien ein. Auf Antrag unserer Genossen wurde nochmals erörtert, ob die Schiedsgerichte des Oberversicherungsamts, d. h. den Instanzen der Reichsversicherungsordnung angegliedert werden sollen. Das Zentrum enthielt sich wieder der Abstimmung. Die Fraktion will eine abwartende Stellung einnehmen und schließlich für die besonderen Schiedsgerichte stimmen, um das Gesetz nicht zu Fall zu bringen. — Der Teil der Vorlage bis zu den Zuschlag- und Erbschaften wurde ohne besondere Debatte angenommen.

## Aus der Partei.

### Kommunalwahltag.

Einen glänzenden Sieg über die vereinigten bürgerlichen Parteien errangen unsere Genossen am Montag bei den Stadtverordnetenwahlen in Hagnau (Schleien) für die 8. Abteilung. Trotz des in den Lokalblättern den Geschäftskleuten und anderen Personen angebrochten Poplotts siegte die Liste unserer Genossen mit 648 bzw. 689 Stimmen über die der Bürgerlichen, die nur 457 bzw. 443 Stimmen auf sich vereinigten. Vier Genossen wurden gewählt. Da ein Versatz zu behaupten war verfügt jetzt die Fraktion über neun Mandate.

In Fürtz errangen unsere Genossen die Hälfte sämtlicher zu besetzenden 14 Sitze; im Gemeindefolkstum stehen sich jetzt 19 Sozialdemokraten und 23 Bürgerliche gegenüber. Es ist zu erwarten, daß wir bei der nächsten Drittelerneuerung die Mehrheit bekommen. — Einen prächtigen Erfolg erzielte die Sozialdemokratie auch in Erlangen, wo 5 Sozialdemokraten und 9 Bürgerliche gewählt wurden. Die Zahl der sozialdemokratischen Sitze steigt dadurch auf 9 (von 42).

In Mannheim trachten die Stadtverordnetenwahlen der Sozialdemokratie in der ersten Klasse noch zwei Mandate. Das Stadtverordnetenkollegium setzt sich nunmehr zusammen aus 40 Sozialdemokraten, 24 Nationalliberalen, 18 Fortschrittlichen, 12 Zentrum und 2 Mitgliedern der Mietervereinigungen gegen bisher 38 Nationalliberale, 32 Sozialdemokraten, 28 Fortschrittliche und 3 Zentrum. Die Sozialdemokratie wird nun noch 8 Stadtratsitze erlangen, statt bisher 4, so daß die Wahlen der sozialdemokratischen Vertretung eine Verstärkung um 12 Sitze brachten.

Bei der Memminger Gemeindebevollmächtigtenwahl erhielt die Liste der Sozialdemokratie 3542 Stimmen, die Liste der Bürgervereine (Liberaler und Zentrum) brachte es auf 3041 Stimmen. Die Sozialdemokratie bekommt drei Sitze, auf die Bürgerlichen entfallen sieben Sitze. Unsere Partei war bisher im Rathaus nicht vertreten.

### Kommunalwahltag im Oberelsaß.

Bei der am letzten Sonntag in Günsbach (Kreis Kolmar i. E.) stattgefundenen Gemeinderatswahl wurden alle vier sozialdemokratischen Kandidaten mit 69—78 Stimmen gewählt. Da die Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen 133 beträgt, hatten alle vier Genossen das absolute Mehr. Günsbach ist ein Fabrikort, in welchem bei den verschiedenen Landtagswahlen eine ganze Versammlung der Nationalistenführer Blumenthal allein ließ und unterem Genossen Grumbach in ein anderes Lokal folgte, als Blumenthal, der die Versammlung einberufen hatte, Grumbach das Wort verweigerte.

**Personalia.** Die „Dremer Bürgerzeitung“ hat den Genossen Johann Knief, der sich gegenwärtig noch als Lehrer im Staatsdienst befindet, zu ihrem zweiten politischen Redakteur gewählt. Innerhalb zweier Jahre ist das dritte bremische Lehrer, der als Redakteur in unsere Parteipresse eingetreten ist. Wer da weiß, wie sehr gerade im angeblich „freien“ Bremen die Beamten in ihrer politischen Betätigung von der Fährde heimlich überwacht und skandalisiert werden, der wird begreifen können, wie gern unser Genosse den Schulmeisterrod an den Nagel hängen wird.

### Vollzettelchen, Gerichtliches usw.

#### Wieder ein halbes Tendenzurteil.

Aus Halle a. S. berichtet man uns unterm 11. November: Der Redakteur Genosse Kasparek vom „Vollzettel“ war heute vor der Strafkammer angeklagt, durch einen am 19. Juli veröffentlichten Artikel die Witterfelder und hallesche Polizei beleidigt zu haben. Gelegenheit des Bezirksfängertages in Witterfeld hatte die dortige Polizei gegen die Arbeiterchaft ähnliche Maßnahmen unternommen wie die hallesche. Man verbot, das Fest auf einer Wiese abzuhalten. Der Anstand führte dahin, daß sich Tausende von Sängern und Fremden des Befehles in einem verhältnismäßig zu kleinen Lokal versammeln mußten. Da zwei unbekannte Personen in auffälliger Weise mit der Polizei Streit begannen, vermutete man, es mit zwei provozierenden Polizeilagenen zu tun zu haben und berichtete man darüber im „Vollzettel“ mit dem Hinweis, die Leute hätten wohl vergessen anzugeben, daß sie von der Polizei geschickt waren. — Diese harmlose Notiz veranlaßte den Staatsanwalt eine schwere Beleidigung zu konstruieren und eine Geldstrafe von 1000 M. zu beantragen. Das Gericht erkannte allerdings auf „nur“ 600 M. In der recht bemerkenswerten Begründung hieß es u. a.: Der Anstand, daß der Angeklagte schon vorbestraft ist und seine Vorgänger am „Vollzettel“, das bezieht sei, die Polizei herabzusetzen, wegen ähnlicher Delikte Strafen erlitten hätten, habe dahin geführt, die empfindliche Strafe zu verhängen.

#### Strafbare Artikel.

Das „Vollzettel“ in Rühlhausen i. Th. hatte im August dieses Jahres nach einem Brande in Sommerda, bei dem 20 Häuser in Flammen aufgingen, die Unzulänglichkeit der dortigen Feuerwehr kritisiert. Anstatt die Kritik zu beherzigen, fühlte sich die empfindliche Wehr beleidigt und stellte gegen den verantwortlichen Redakteur, Genossen Haase, Strafantrag. Die Strafkammer zu Rühlhausen verurteilte den Angeklagten wegen „Uebertreibung“ und einer formalen Wendung in der Notiz zu 15 M. Geldstrafe.

## Aus Industrie und Handel.

### Ein Zollkonflikt mit den Vereinigten Staaten.

In den geplanten amerikanisch-kanadischen Handelsvertrag war von der nordamerikanischen Union unter anderem die Zollfreiheit für Holzschliff, Zellulose, Zeitungspapier, sowie andere Papierarten und Pappen kanadischer Herkunft zugestanden worden. Obwohl das kanadische Parlament den Handelsvertrag nicht genehmigte, liehen die Vereinigten Staaten die Zollfreiheit für diese Artikel bestehen. Infolge der Weistbegünstigungsklausel mühte daher die Zollfreiheit für diese Artikel auch bei der Einfuhr aus Deutschland gelten. Nun haben ja die Amerikaner die Weistbegünstigungsklausel schon früher willkürlich eingeschränkt, indem sie behaupteten, daß die Weistbegünstigung mit anderen Ländern die Regierung dieser Länder nicht zu einer Zollgleichstellung mit solchen Staaten berechtige, die sich besondere Vergünstigungen durch besondere Zugeständnisse erkaufte hätten. Wäre selbst diese Einschränkung so berechtigt, wie sie es nicht ist, so trifft sie auf diesen Fall auf keinen Fall zu, da Kanada seinerseits den Vereinigten Staaten gar keine Zugeständnisse gemacht hat. Deshalb hat die deutsche Regierung durch den deutschen Vizekonsul in New York dem Staatssekretär Knox ein Memorandum überreicht, in dem um die Anwendung der für Holzschliffe, Zellulose und Holzstoffdruckpapier kanadischen Ursprungs bestehenden Zollfreiheit auf die gleichen Artikel deutschen Ursprungs ersucht wird.

Die amerikanische Regierung wird schwerlich umhin können, diesen Anspruch anzuerkennen.

## Soziales.

### Teuerung und Konsumvereine.

Genosse Paul Kreiter richtet eine längere Zuschrift an uns, in der er unter Bezugnahme auf unser Jtzt aus dem „Konsumgenossenschaftlichen Volksblatt“ in Nr. 201 darlegt, daß ihm ferngelegener Ort, zu der Ansicht zu verleiten, „Je kleiner der Konsumverein, desto besser“. Er sei stolz dafür eingetreten, daß kleinere Vereine sich zu einem großen zusammenschließen. Sein Artikel habe die Tendenz gehabt, den Konsumvereinsmitgliedern darzulegen, daß es einem Konsumvereinsvorstand nicht möglich ist, eine allgemeine Teuerung zu überwinden, dazu bedürfe es ganz anderer Faktoren. Er habe in dem von uns in der Abwehr gegen die „Mundschau“ wiedergegebenen Satz nur auf die Schwierigkeiten in der Heranschaffung der Waren zu Teuerungzeiten hinweisen wollen.

Daß Genosse Kreiter diese Ansicht verfolgt hat, bezweifeln wir nicht. Seine Darlegungen führen aber zu einem anderen Ergebnis. Sie lauten im Zusammenhang:

„Einzelne Stimmen erheben sich auch und schimpfen, daß der Vorstand gleich mit den Preisen in die Höhe gegangen sei; er hätte nach ihrer Meinung doch noch den alten Preis beibehalten sollen. Wieder andere drohen damit, daß sie ihre Waren nun von den Krämlern und Händlern beziehen wollen, denn dort sei alles billiger. Aber leider erbringt keiner den Beweis, daß es in Wirklichkeit so ist.“

O, Ihr Kleingläubigen! Ihr seid mit dem Hunde zu vergleichen, der den Stod beißt, mit dem er gezüchtigt wird. Seht Ihr denn nicht, daß der Konsumvereinsvorstand ganz ohnmächtig gegenüber dieser allgemeinen Teuerung ist? Seht Ihr denn nicht, daß der Vorstand noch mehr wie Ihr darunter leiden muß, daß alle Artikel ständig im Preise steigen? Nein, Ihr wißt es nicht und könnt es schließlich nicht wissen, wie schwer es jetzt dem Einkäufer der Genossenschaft fällt, überhaupt Lebensmittel zu einkaufieren annehmbaren Preisen heranzuschaffen. Und je größer die Genossenschaft ist, desto schwieriger wird es jetzt beim Einkauf.“

Der von uns ausgezeichnete letzte Satz billigt in seinem Verfolg, wie wir in Nr. 201 schrieben, die falsche Ansicht: „Je kleiner der Konsumverein, desto besser“. Zuschriften, die derselben Auffassung des hervorgehobenen Satzes in empörten Worten Raum geben, zeigen, daß unsere Ansicht durchaus zutrifft, nach der die Redaktion der „Mundschau“ den Lapsus nicht passieren lassen durfte, der dem Genossen Kreiter, natürlich gegen seinen Willen, unterlaufen ist. Der Redaktion durfte nicht entgehen, daß der unstrittige Satz so wie wir dargestellt ausgefaßt werden konnte, ja mußte. Der Darlegung des Genossen Kreiter, daß er mit und der Ansicht: „Je größer die Konsumgenossenschaft, desto besser“, geben wir aber gern Raum.

## Gerichts-Zeitung.

### Anarchistenverfolgung.

Der verantwortliche Redakteur der anarchistischen Wochenchrift „Der freie Arbeiter“, Ingenieur Wolleweis, hatte sich gestern vor der 11. Strafkammer des Landgerichts I wegen angeblicher Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesehe, Aufforderung von Soldaten zum Ungehorsam gegen die Befehle ihrer Oberen und Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander zu verantworten. Vier Artikel in zwei Nummern des „Freien Arbeiter“ vom 29. Juli und 6. August sind es, in denen die Staatsanwaltschaft den Tatbestand der genannten strafbaren Handlungen erklart. Wer die inkriminierten Artikel nicht mit den Augen und den Empfindungen eines preuchischen Staatsanwalts liest, wird sich verwundert fragen, wo denn da eigentlich das Strafwürdige liegt. Die drei Artikel, welche nach der Behauptung der Anklage zum Ungehorsam gegen Gesehe und zu Gewalttätigkeiten auffordern, sind rein sachliche Darlegungen des bekannten landwirtschaftlichen Standpunktes, wonach als einzig wirksame Mittel zur Befreiung der Arbeiter aus den Fesseln kapitalistischer Ausbeutung und zur Befreiung der Massenherdschaft die direkte Aktion, der Generalstreik, angegriffen werden. — Ein vierter Artikel, von Robin verfaßt, drückt den Gedanken aus, daß Kriege zu berabzulegen sind und dadurch am besten verhindert werden könnten, daß sich die Soldaten mit ihren Brüdern im Arbeitsmittell in jedem Falle solidarisch fühlen. — Wegen dieses Artikels ist Anklage aus § 112 (Aufforderung von Soldaten zum Ungehorsam gegen Befehle ihrer Oberen) erhoben.

Vor Eintritt in die Verhandlung beantragte Staatsanwalt Müller den Ausschluss der Öffentlichkeit. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Hasper, widersprach dem. — Schon zur Begründung dieses Antrages wurde, dem Verlangen des Staatsanwalts entsprechend, die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Wie wir erfahren haben, begründete der Staatsanwalt den Ausschluss der Öffentlichkeit mit dem Hinweis auf eine mögliche Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. — Der Verteidiger trat den Ansichten des Staatsanwalts entgegen. Er verwies darauf, daß die Anarchistenprojekte, selbst vor dem Reichsgericht, bisher immer öffentlich verhandelt worden seien, ohne daß sich irgendeine Gefahr für die Ordnung und Sicherheit bemerkbar gemacht habe. Die öffentliche Verhandlung, namentlich die Anwesenheit der Presse sei für den Angeklagten immer die sicherste Rechtsgarantie. Darum müsse öffentlich verhandelt werden.

Staatsanwalt Müller machte hierauf eine Bemerkung, die darauf schließen läßt, daß es ihm gerade um den Ausschluss der Presse zu tun ist. Er sagte, über einen früheren Prozeß, wo auch ein anarchistischer Redakteur angeklagt war, habe der „Vorwärts“ einen Bericht gebracht, worin seine (des Staatsanwalts) Ausführungen kurz und knapp, die Rede des Verteidigers aber ausführlich und zutreffend wiedergegeben worden sei. Aus dieser irigen Auffassung, folgerle der Verteidiger, fürchte der Staatsanwalt also weniger eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, wie eine unrichtige Wiedergabe seiner Rede, Er

wolle also in seinem eigenen Interesse die Öffentlichkeit ausgeschlossen wissen.

Das Gericht gab dem Antrage des Staatsanwalts statt und schloß die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit aus.

Wie wir weiter erfahren, ließ der Staatsanwalt im Laufe der Verhandlung die Anklage aus § 112 fallen, weil in dem fraglichen Artikel von Robin die juristische Voraussetzung, nämlich die Aufforderung zum Ungehorsam gegen konkrete Befehle an Soldaten, fehlt. Dagegen hielt der Staatsanwalt die Anklage wegen der beiden anderen Delikte aufrecht. Auch der Robin'sche Artikel soll, nach Ansicht des Staatsanwalts, eine allgemeine Aufforderung zum Ungehorsam enthalten, was begründet sei im Hinblick auf die Kriegsgefahr, die zur Zeit der Veröffentlichung des Artikels bestanden habe. — Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten.

Der Verteidiger beantragte, den Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg und den Staatssekretär v. Riberlen-Waechter als Zeugen zu laden. Sie sollten bekunden, daß, wie kürzlich im Reichstage festgelegt wurde, wegen der Marokkoaffäre eine Kriegsgefahr überhaupt nicht bestanden habe, da die Regierung, wie der Reichskanzler sagte, nie eine andere Absicht hatte, als die Angelegenheit friedlich zu erledigen. Nicht eine Kriegsgefahr habe bestanden, sondern eine Kriegshebe der nationalen Parteien. Wenn diese Parteien ungestraft für den Krieg demonstrieren dürften, dann müße es doch auch gestattet sein, gegen den Krieg und für den Frieden zu demonstrieren, wie es der Robin'sche Artikel tue. — Ferner beantragte der Verteidiger die Vernehmung des Professors Sombart darüber, daß unter „direkte Aktion“ nicht die Anwendung von Gewalt, sondern der Generalstreik zu verstehen sei. — Im übrigen beantragte der Verteidiger die Freisprechung des Angeklagten.

In der öffentlichen Urteilsverkündung führte der Vorsitzende, Landgerichtsrat Voigt aus: Die beiden Eventualanträge der Verteidigung seien abgelehnt worden. Was der Reichskanzler und der Staatssekretär v. Riberlen-Waechter bekunden sollten, werde als wahr unterstellt. Die Ladung des Professors Sombart sei abgelehnt worden, weil das Gericht dem Generalstreik einen anderen Sinn unterlege wie die Verteidigung. — In Uebereinstimmung mit der Staatsanwaltschaft halte das Gericht den § 112 in keinem Falle für anwendbar. Den Robin'schen Artikel erklarte das Gericht für straffrei. Durch die anderen drei Artikel aber seien die §§ 110 und 130 verletzt. In dem ersten Artikel werde gefagt, die Reichen behüßeln nur Patriotismus, und den Arbeitern werde nahegelegt, zur direkten Aktion überzugehen, also Gewalt anzuwenden. Der zweite Artikel fordere ebenfalls zur direkten Aktion auf und sage, die Arbeiter müßten von Solidaritätsstreiks übergehen zum allgemeinen sozialen Streik, zum Generalstreik. Generalstreiks lassen sich bekanntlich — so wurde verkündet — nicht ohne Anwendung von Gewalt in Szene setzen und wenn es zum Generalstreik kommt, dann geht es nicht ohne Verletzung der Gesehe ab. Letzliche Gedanken wie die beiden ersten enthalte auch der dritte Artikel. Das Gericht hat deshalb den Angeklagten wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesehe und wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten zu einer Geldstrafe von 600 M. verurteilt.

### Automobilunfall.

Mit der Ablehnung des Vorsitzenden und eines Beisizers begann eine Verhandlung, welche die 3. Strafkammer des Landgerichts III bis in die späten Abendstunden beschäftigte. Es handelte sich um ein gerichtliches Nachspiel zu einem in der Nähe von Werneuchen passierten schweren Automobilunfall, bei welchem mehrere Personen verletzt worden waren. Unter der Anklage der fahrlässigen Tötung und fahrlässigen Körperverletzung war der Chauffeur Karl Eger angeklagt. In dieser Sache stand schon einmal Termin an. Der Angeklagte wurde damals zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. In jener Verhandlung war der Geheimen Regierungsrats- und Baurat Bogeler vom Gericht als Sachverständiger geladen worden. Von der Verteidigung wurde f. J. gegen die Vernehmung dieses Sachverständigen protestiert, da er als Beamter der Eisenbahnbehörde, die in dem vorliegenden Falle angegriffen wurde, als befangen anzusehen sei. Das Gericht nahm deshalb auch von der Vernehmung des Sachverständigen Abstand mit der Begründung, daß es für die in Frage kommenden sehr einfachen Dinge selbst sachverständig genug sei. Gegen das Urteil wurde von der Verteidigung Revision eingelegt und diese damit begründet, daß das Gericht einen formalen Fehler begangen habe, daß es jenen Sachverständigen, der ordnungsmäßig geladen gewesen sei und nach der Strafprozedur hätte vernommen werden müssen, nicht vernommen habe, obwohl gerade die Verteidigung gegen die Vernehmung f. J. protestiert hatte. Das Reichsgericht hob das erste Urteil wegen des Formfehlers auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurück. — In der Verhandlung trat außer dem Rechtsanwalt Dr. Söhr, der vom Gericht als Verteidiger zugelassen, Justiziar Dr. Serini auf, welcher die Interessen einer Stuttgarter Versicherungsgesellschaft wahrnehmen sollte, bei welcher die Drivwerke in Rißdorf gegen Unfälle versichert waren. Bei diesen war der Angeklagte f. J. angestellt gewesen. Vor Eintritt in die Verhandlung lehnte Dr. Serini den Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Viehmann und den als Beisitzer fungierenden Landgerichtsrat Hallerwörden wegen vorliegender Beforgnis der Befangtheit ab. Diese wurde damit motiviert, daß die genannten Richter in der Revisionsbegründung angegriffen worden seien. Die beiden abgelenkten Richter erklärten, daß sie sich durch die im Interesse des Angeklagten geschehenen Angriffe in keiner Weise befangen fühlen. Das unter Vorsitz des Landgerichtsrats Dr. Lamprecht gebildete Beschlusgericht kam zu der Entscheidung, daß die Ablehnungsgründe völlig unzureichend seien, um die Beforgnis der Befangtheit zu begründen.

Der Anklage selbst lag folgender Sachverhalt zugrunde: Am 27. Oktober v. J. unternahm der bei den Drivwerken angestellte Angeklagte eine Probefahrt mit einem neuen Drivwagen, in welchem der Proturist Stammer, der Lithograph Kaiser und ein Kaufmann Verisch Platz genommen hatten. In den Abendstunden, nachdem der Angeklagte etwa 12 Stunden den Wagen gefahrt hatte, befanden sich die Automobilisten auf der Rückfahrt zwischen Tiefensee und Werneuchen. Etwa 800 Meter vor dem Bahnhof Werneuchen befand sich ein Bahnübergang, dessen durch Petroleum beleuchtete Schranken geschlossen waren, da gerade der nach Wriegen folgende Zug heranbrause. Der Angeklagte, dessen Wagen schlecht leuchtende Laternen hatte, achtete nicht auf die Schranken und fuhr in übermäßig schnellem Tempo weiter. Als er den Zug sah, war es zu spät. Das Automobil durchbrach die Schranke und wurde mit furchibarer Gewalt von der Lokomotive in den Graben geschleudert. Der Proturist Stammer, der erst wenige Minuten vorher seinen Platz gewechselt hatte, wurde auf der Stelle getötet. Die übrigen Insassen kamen mit schweren Verletzungen davon. — Vor Gericht machte die Verteidigung geltend, daß der Unfall dadurch entstanden sei, daß die Schranken völlig ungenügend beleuchtet gewesen seien. Der Sachverständige, Geheimrat Professor Gauer, bekundete, daß die Schranken nach der Eisenbahnverkehrsordnung ordnungsmäßig beleuchtet gewesen seien. Diese Beleuchtungsart, die nachträglich erheblich verbessert worden sei, entspräche zwar der Betriebsordnung, nicht aber den heutigen Verkehrsverhältnissen, denn damals, als die Betriebsordnung geschaffen sei, habe man noch keine schnellfahrenden Automobile gekannt. — Das Gericht erklarte eine Nachlässigkeit des Angeklagten darin, daß er, dessen Wagen selbst schlecht beleuchtet war, in dem infolge einer kurven unübersichtlichen Terrain übermäßig schnell gefahren sei, so daß er den Wagen nicht rechtzeitig habe zum Stehen bringen können. Das Urteil lautete dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf 3 Monate Gefängnis.

### Seid achtsam bei Kautionsüberträgen!

Daß der Kautionschwandel trotz aller Warnungen immer noch in Blüte steht, bewies wieder einmal eine Verhandlung, welche gestern unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Rossen das Schöffengericht



gericht Berlin-Mitte beschuldigt. Wegen Betruges in mehreren Fällen war der Kaufmann Karl Barisch angeklagt. — Der Angeklagte gründete vor einiger Zeit unter Aufsicht seiner Ehefrau und eines Kaufmanns Liedmann eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit der Firma „Seifenzentrale“. Er erließ dann in mehreren Zeitungen Inserate, in denen er lautionsfähige Filialleiterinnen suchte. Es meldeten sich zahlreiche weibliche Personen, welche die Hoffnung hatten, sich mit Hilfe ihrer mühsam erworbenen Ersparnisse eine bescheidene, aber sichere und selbständige Existenz schaffen zu können. Sie wurden auch engagiert und mußten Beiträge bis zu 500 M. hinterlegen. Bei dem Abschluß der Verträge wurde von dem Angeklagten stets nur von einer Kaution gesprochen. Schon nach wenigen Tagen merkten die engagierten Personen, daß sie einem Schwindel zum Opfer gefallen waren. Eine der Hereingefallenen mußte wochenlang in einem leeren Laden sitzen, bis ihr der Angeklagte auf ihr Drängen hin Ware lieferte. Abschließend erging es den übrigen. Als sie schließlich ihre Kaution zurückverlangten, erklärte ihnen der Angeklagte mit höf-

lichen Worten, sie sollten nur ihren Vertrag durchlesen, dem einer Kaution sei ihm nichts bekannt. Erst jetzt merkten die Geschädigten, die sich, wie viele ihrergleichen, den Vertrag nur oberflächlich durchgesehen oder sich mit der Vorlesung durch den Angeklagten begnügt hatten, daß sie sich verpflichtet hatten, für ihre Ersparnisse die Ware selbst zu kaufen. Dieser sorgsam verdeckte Passus wurde jedoch durch die Tatsache als Scheinung gekennzeichnet, daß die Betroffenen ihre Einnahmen stets an den Angeklagten hatten abliefern müssen und nur 50 M. Gehalt bekommen hatten. — Das Gericht kam nach mehrstündiger Verhandlung zu der Verurteilung des Angeklagten, der jede betrügerische Absicht energisch bestritten hatte. Mit Rücksicht auf die außerordentliche Gemeingefährlichkeit derartiger Betrügereien erkannte das Gericht auf 7 Monate Gefängnis bei sofortiger Verhaftung.

**Ein diebischer Schuhmann.**

Der Schuhmann Johann Bieh stand gestern unter der Anklage des vollendeten und versuchten Diebstahls vor der 7. Strafkammer

des Landgerichts I. Der Angeklagte, Ben als Schuhmann dem Polizeirevier in der Kulinstraße zugeteilt war, hat dort gegenständenermaßen einem Kollegen 140 M. bares Geld und eine Uhr entwendet. Als er nach dem Revier in der Kronenstraße verhaftet worden war, wurde er dabei erwischt, als er sich nach der Wohnung des Reviervorstandes, Polizeileutnant Hed, geschlichen hatte, in der Absicht, dort einen Einbruchdiebstahl auszuführen. In einem früheren Termin hatte der Verteidiger unter Hinweis auf eine schwere Erkrankung, die der Angeklagte durchgemacht, Zweifel an der geistigen Gesundheit des Angeklagten angeregt, der doch hier Laten verübt habe, die man unter normalen Verhältnissen einem Schuhmann doch nicht guttrauen könne. Der um sein Gutachten angegangene Medizinalrat Dr. Hoffmann hat dies dahin abgegeben, daß der Angeklagte zwar sehr nervös sei, der § 51 aber auf ihn keine Anwendung finde. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 9 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten auf die Untersuchungshaft.

# Ravon-Seife / eine neuartige Haushaltseife von fabelhafter Waschkraft.

Besonders wird man überrascht sein über die absolute Schonung jedes Gewebes, sei es gewöhnliche Wäsche, sei es Wolle, Baumwolle oder Seide. Die Stoffe laufen nicht ein und behalten ihre Weiche und ihre ursprüngliche Farbenschönheit. Dabei ist die Ravon-Seife außerordentlich ausgiebig. Schon bei ganz leichtem Aufstreichen ist der Schaum da.

Preis pro Stück 20 Pf.

Überall erhältlich.

**Todes-Anzeigen**  
Sozialdemokrat. Wahlverein für den 2. Berl. Reichstagswahlkreis. (Bezirk 115)  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schriftsteller  
**Julius Bennert**  
am Montagabend gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4 Uhr, auf dem städtischen Friedhofe in Friedrichsfelde statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
212/1 Der Vorstand.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein Kreis Nieder-Barnim**  
Bez. Reinickendorf-West.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse  
**Walter Sablowski**  
am Montag an der Proletarierkrankheit gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in der Humboldtstraße aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
239/3 Die Bezirksleitung.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener  
**Karl Kalmaier**  
am 14. November im Alter von 37 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofes, Weihensee, Lichtenberger Straße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Bezirksverwaltung.

**Freireligiöse Gemeinde.**  
Am Sonntag, den 19. November, abends 6 Uhr:  
**Oeffentliche Versammlung**  
bei Möerner (früher Keller), Köpenstr. 29.  
Referent: Herr Prof. Dr. Gurllitt:  
„Moderne Weltanschauung und Kirche.“  
Diskussion. — Nach dem Vortrag: **Geselliges Beisammensein.**  
Eintritt 10 Pf. 57/8 Der Einberufer: H. Harndt, Pappelallee 15-17.

**Verein aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins.**  
Am Dienstag, den 14. November, starb plötzlich unser werter Kollege, der Schriftsetzer  
**Julius Bennert**  
an Herzlähmung. 15815  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Freitag, den 17. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Der Vorstand.

**Deutscher Bauarbeiter-Verband.**  
Zweigverein Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege  
**Johann Diering**  
(Bezirk Lichtenberg)  
am 12. November verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. November, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des St. Pius-Kirchhofes in Hohen-Schönhausen aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
141/4 Der Vorstand.

**Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen.**  
Zahlstelle Berlin.  
Am 9. November 1911 starb unser Mitglied, der Müller  
**Friedrich Beihl**  
an der Proletarierkrankheit.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung fand am 12. November er. auf dem Glons Kirchhof in Weihensee statt.  
44/18 Die Ortsverwaltung.

Für die herzliche Teilnahme und die zahlreichen Krankspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes  
**Wladislaus Saturna**  
sage ich allen Verwandten und Bekannten sowie dem Sozialdemokratischen Wahlverein Rixdorf, dem Deutschen Holzarbeiterverband, Zahlstelle Berlin, der Kolonie „Kaiserslöcher“ und dem Stammtisch Müller meinen besten Dank.  
Witwe Cordula Saturna Rixdorf, Bezirk 59.  
**Orts-Krankenkasse der Klemptner.**  
Donnerstag, 23. November er., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1:  
**Versammlung**  
der großjährigen Mitglieder unserer Kasse bezugs Wahl von 200 Vertretern für das Jahr 1912.  
Culturbuch legitimiert.  
Donnerstag, 23. November er., abends 8 1/2 Uhr, Köpenicker Str. 100:  
**Versammlung**  
der Arbeitgeber,

**Dankfagung.**  
Für die herzliche Teilnahme und die zahlreichen Krankspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes  
**Friedrich Abel**  
sage ich allen Verwandten, Bekannten und dem Wahlverein meinen besten Dank.  
15775  
Elaine Abel und Kinder.  
**Orts-Krankenkasse der Schmiede.**  
Sonntag, 25. November 1911, abends 8 1/2 Uhr, bei Fröblich, Köpenicker Str. 1:  
**Ordnentliche General-Versammlung.**

1. Neu- resp. Wiederwahl der ausscheidenden Vorstandsmitglieder  
a) 1 Arbeitgeber auf 3 Jahre,  
b) 2 Arbeitnehmer auf 3 Jahre,  
c) 1 Arbeitnehmer auf 2 Jahre (Erstwahl).  
2. Wahl der Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung 1911.  
3. Verschiedenes.  
281/5 Der Vorstand, Ad. Pilgrim, Vorkämper.

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
Am 13. November verstarb unser Genosse, der Schlosser  
**Karl Stahnke**  
Gartenstr. 66.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. November, nachmittags 3 Uhr, auf dem Reichthals-Kirchhofe in Oberstaalbe statt.  
Am 12. November starb unser Kollege, der Tischler  
**Albert Schmidtke**  
im Alter von 59 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 16. November, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des St. Markus-Kirchhofes in Wilmersberg aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
232/20 Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler  
**Johann Kulas**  
Wasserlohrstr. 5,  
im Alter von 31 Jahren gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. November, nachmittags 3 Uhr, auf dem Reichthals-Kirchhofe in Oberstaalbe statt.  
Am 12. November starb unser Kollege, der Tischler  
**Albert Schmidtke**  
im Alter von 59 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 16. November, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des St. Markus-Kirchhofes in Wilmersberg aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
22/12 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.**  
Filiale Groß-Berlin.  
Durch den Tod ist uns unser Mitglied, der Kollege  
**Julius Schustereit**  
von der 30. Revisionsinspektion der städtischen Gaswerke entzissen worden.  
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Philippus-Apostel-Gemeinde, Müllerstr. 43, Ede Straße, aus statt.  
31/16 Die Ortsverwaltung.

**Berliner Genossenschafts-Bäckerei.**  
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung)  
Am 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Gerichtstraße 23:  
**Ordnentliche General-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrates, Vorlegung der Bilanz und Veranschlagung über dieselbe.  
2. Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates.  
3. Rechnungen.  
4. Statutenänderungen.  
5. Anträge und Verschiedenes.  
Die Bilanz liegt den Mitgliedern im Kontor, Gerichtstraße 23, zur Einsicht aus.  
108/18  
Der Vorstand.  
H. Michaelis, Paul Leng.

**Neu!! Achtung!!**  
**Vorstenland - Deckblatt.**  
Vollblatt, hochl. Linksdecker, sicher weiß brennend u. vorzüglich im Geschmack und Deckkraft,  
per Pfd. 3,50 und 4 M.  
**Hamburger Rohtabak-Haus**  
Filiale: Berlin N., Brunnenstraße 25.  
Neu!!

**Hermann Fischers billigste Särge**  
Urbanstr. 111, früher Rixdorf. Tel.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todesanzeigen.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klemptner  
**Ferdinand Remle**  
gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Golgatha-Kirchhofes in der Barfußstraße aus statt.  
Ehre ihrem Andenken!  
Rege Beteiligung erwartet  
126/6 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter.**  
Filiale Groß-Berlin.  
Durch den Tod ist uns unser Kollege  
**Ignaz Woytkowiak**  
entzissen worden.  
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Epiphaniengemeinde in Staaken aus statt.  
31/17  
Die Ortsverwaltung.

Am 12. November verstarb nach langem, schwerem Leiden, im 19. Lebensjahre, unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante  
**Marie Lange.**  
Die trauernden Geschwister.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofes, Freiwalderstraße, aus statt.

**Glumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.**

**Verband der Bureauangestellten**  
Ortsgruppe Groß-Berlin.  
Bureau u. Stellennachweis: Lindenstr. 8. Km: VII 605. Geöffnet von 9-5 Uhr.  
Heute Donnerstag, den 16. November, abends 8 1/2 Uhr:  
**Allgem. Mitglieder-Versammlung**  
in den Musterterschkälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18 m.  
Tagesordnung:  
1. Wahl der Revisionskommission. 2. Bericht der am 20. Oktober gewählten Kommission. 3. Bericht vom 3. Quartal. 4. Verbandsangelegenheiten.  
**Mitgliedsbuch legitimiert!**  
Jahresliches Erscheinen der Kollegen erwartet Die Ortsverwaltung.  
**Achtung! Achtung!**  
Sonntag, den 25. November, in der „Alhambra“, Wallner-Theater-Straße 15:  
**Großes Herbstfest.**  
Aus dem reichhaltigen Programm heben wir besonders hervor:  
**Künstlerisches Konzert, Leitung Herr Kapellmeister Albig**  
Rezitation: fri. Kardaetz und Herr Kühns  
Lieder zur Laute: fri. Else Colman  
Luftspiel: fri. Lisa Gcher.  
Außerdem Große Tombola: Damenpräsente und  
**Großer festball.**  
Eintrittskarten à 60 Pfennig sind im Bureau, Lindenstraße 8, zu haben.  
45/15 Das Vergnügungs-Komitee.  
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.







# Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 16. Novbr. 1911:

Anfang 7 1/2 Uhr.  
**R. Oerband.** Der Rosenkavalier.  
**R. Schanpielhaus.** Die Jour-  
 nalistin.  
 Deutsches. Turandot.  
 Saverland. Spezialitäten.  
 Virtus Busch. Gala-Vorstellung.  
 Virtus Schumann. Gala-Vor-  
 stellung.

Anfang 8 Uhr.  
**Stralia.** Lindenstraße 49/49.  
 Von Meran zum Orler.  
**Neues R. Oerband.** Faust,  
 1. Teil.  
 Leffing. Nora.  
 Kleines. Volkens Geburtstag.  
 Geny und Janny Elker. Heden-  
 jens.

**Kammerstücke.** Nathan der Weise.  
 Berliner. Coeur AB.  
**Neues.** Das Mädel von Mont-  
 martr.

**Neues Schauspielhaus.** Mit-  
 Heilberg.  
**Residenz.** Ein Walzer von Chopin.  
**Neues Operetten.** Die moderne  
 Eva.

**Romische Oper.** Sibirien.  
**Königgrätzer Straße.** Schau-  
 spielerin.  
**Schiller O.** Madams Sans Gène.  
**Schiller.** Charlottendurg. Wilhelm  
 Tell.

**Friedr. Wilh.** Schauspielhaus.  
 König Lear.  
**Neues Volkstheater.** Das Ver-  
 mächtigt.

**Road.** Mutterliebe.  
**Metropol.** Die Nacht von Berlin.  
**Wesken.** Die Dame in Rot.  
**Lehrspielhaus.** Die Vergnügungs-  
 reise.

**Trianon.** Mein Baby.  
**Thalia.** Bolnische Wirtshaus.  
**Luft.** Baroness Claire.  
**Kole.** Kalorienluft.  
**Casino.** Der selige Holschinsky.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Apollo.** Spezialitäten.  
**Passage.** Spezialitäten.  
**Herrnfeld.** Schmerzlose Behandlung.  
 Das Kind der Firma.

Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Boigt.** Der Kreuzschreiber.  
**Polles Caprice.** Kobi Krach. Nr. 14.  
**Walhalla.** Kessel, das hat einge-  
 schlagen!

Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Belle Alliance.** Der Troubadour.  
**Intimes.** Der Brandstifter.

**Sternwarte.** Invalidenstr. 57-62.  
**Raiser-Panorama.** Real Hoch-  
 gebirgstour in Airo. Indianer-  
 leben Südamerikas.

**Schiller-Theater O.** Berliner.  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Madame Sans-Gène.**  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der Pfarrer von Kirchfeld**  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Madame Sans-Gène.**  
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Das Urbild des Tartuff.**

**Schiller-Theater** Charlotten-  
 burg.  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Wilhelm Tell.**  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
**Es lebe das Leben.**  
 Sonnabend, nachm. 3 1/2 Uhr:  
**Prinz Friedrich von Homburg.**  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Es lebe das Leben.**

**Berliner Theater.**  
 Anfang 8 Uhr.  
**Coeur-AB.**

**Theater in der Königgrätzer Straße**  
 8 Uhr:  
**Schauspielerin.**

**Neues Theater.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Das Mädel von Montmartr.**  
 Gewette: Fritz Massary.  
 Sonn. 3 1/2 Uhr: Der fidele Bauer.  
 Neues königl. Opern-Theater.

Geute 8 Uhr: **Faust I.**  
 Gellspiel Rudolf Christmann.  
 Abonnements-Vorstellung.  
**Friedrich-Wilhelmstadt.**  
 Schauspielhaus.  
 8 Uhr: **König Lear.**  
 Trauerspiel in 5 Akten v. William  
 Shakespears mit Ferdinand Bonn in  
 der Titelrolle.

**Theater des Westens.**  
 8 Uhr: Die Dame in Rot.  
 Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:  
 Ein Walzertraum.

**ROSE-THEATER**  
 Große Frankfurter Str. 132.  
 Abends 8 Uhr:  
**Kasernenluft.**  
 Freitag: Der Gütendecher.  
 Sonnabend nachm.: Die Heben  
 Raben.

**Urania.**  
 Wissenschaftliches Theater  
 8 Uhr:  
**Von Meran zum Orler.**

**Residenz-Theater.**  
 Direktion Richard Alexander.  
 Anfang 8 Uhr.  
**Ein Walzer von Chopin.**  
 Schwan in 3 Akte v. Récoul u. Barré.  
 Für die deutsche Bühne bearbeitet von  
 Helten-Baenders.  
 Morgen und folgende Tage:  
 Ein Walzer von Chopin.

**Belle-Alliance-Theater**  
 8 1/2 Uhr: **Der Troubadour**  
 Freitag 8 1/2 Uhr: **Der Zittenspostel.**

**Luise-Theater.**  
 Geute und folgende Tage:  
**Baroness Claire.**  
 Sonnabend nachm. 4 Uhr: Das  
 hands und Hiel im Zauberswald  
 erlebten. Sonntag nachm. 3 Uhr:  
 Die Nacht der Liebe.

**Metropol-Theater.**  
**Die Nacht von Berlin!**  
 Große Jahresrevue in 7 Bildern von  
 Jul. Freund. Musik von B. Holländer.  
 In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.  
 Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Apollo**  
 Theater  
 Ab 8 Uhr:  
**Das neue Programm!**  
**Der Gipfel der Komit**  
**Christianni u. Louissette**  
 böhmische Duettisten.  
**Paul Jülich** mit seinen eigenen  
 Kompositionen. Eine Wähler-Vor-  
 stellung. Nur noch kurze Zeit:  
 Ein Abend in einem amerikanischen  
**Tingel Tangel.**

**Herrnfeld**  
 Theater  
 Noch nie dagewesener Lacherfolg!  
**Das Kind**  
**der Firma.**  
 mit Anton und Donat Herrnfeld in den  
 Hauptrollen. Vorher:  
**Schmerzlose Behandlung.**  
 Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

**Passage-Theater.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Das beste Programm**  
 der Berliner Variété-Saison!  
**Claire Waldoff**  
 mit neuen Schlagern.  
**Menô**  
 Telepat. Phänome.  
**The Black cats**  
 engl. Backfisch-Ens.  
 und die 10 glänzenden  
 Variété-Nummern.

**Passage-Panoptikum.**  
**Die himmlischen**  
**Zwillinge**  
 zusammengewachsen.  
**Lebend zu sehen!**  
**Ohne Extra-Entree.**

**Castans Panoptikum.**  
**Corso-Variété.**  
 Friedrichstr. 165.  
**Heiterer**  
**Künstler-Abend.**  
**12 Attraktionen 12**  
 Entree 50 Pf.

## Freie Volksbühne

**Lessing-Theater**  
 Björnson:  
**Wenn der junge**  
**Wein blüht.**

**Thalia-Theater**  
 John Galsworthy:  
**Der Zigarettenkasten.**

**Abendabteilungen**  
 Jerschke:  
**Büxl.**

**Neues Schauspielhaus**  
 Lessing:  
**Nathan der Weise**

**Residenz-Theater**  
 Emil Augier:  
**Die arme Löwin.**

**Herrnfeld-Theater**  
 Wied:  
**2x2=5.**

Für die Nachmittags-Mitglieder sind  
 in den Abendabteilungen an den Montag-  
 abenden im Neuen Schauspielhaus Karten  
 à Mk. 1.30 zu haben.

**Neue Mitglieder** können  
 sich in  
 allen Zahlstellen melden für die Nachmittags-  
 und Abendabteilungen. 241/30  
 Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

**Männerchor „Fichte-Georgia 1879“**  
 M. d. D. A. S. B. — Chormeister P. A. Joseph.  
 Sonntag, den 19. November, in der Brauerei Friedrichshain  
 (am Königstor):  
**Herbst-Konzert.**

Mitwirkende:  
 Herr Felix Meyer, Kgl. Kammervirtuos (Geige);  
 Max Saal, Harfenist an der Kgl. Hofoper (Harte);  
 Heinz Beyer, Cellovirtuos;  
 Ernst Himmel (Kunstharmunium);  
 G. Scholz (Fagot). 15795  
 Nach dem Konzert: **Ball.**  
 Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt.  
 Kasseneröffnung 5 Uhr. Anfang präzis 6 Uhr.  
 Entree inkl. Tanz 75 Pf., an der Abendkasse 1 Mark.  
 Liedertexte am Saaleingang gratis. — Während d. Vorträge  
 bleiben d. Saaltüren geschlossen, auch wird nicht serviert!  
 Rauchen nicht gestattet!

Sonntag, 19. November, abends 7 1/2 Uhr,  
 im Gewerkschaftshaus:  
**Lustiger Abend**  
 (Leitung: Margarete Walkotte).  
 Mitwirkende: 298/16+  
 Amalie Birnbaum (Violine), Käthe Bertram (Koloratur), Johannes Colla  
 (eigene Dichtungen), Margarete Walkotte, Erwin Feustel, Kapellmstr.  
 Entree 50 Pf. Abendkasse 60 Pf.  
 Vorverkauf bei Herrn Horsch, Engelauer 15.

**Brauerei Friedrichshain**  
 — Am Königstor. —  
**Hente: Walzer- und Operetten-Abend**  
**Johann Strauß aus Wien.**  
 Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 50, reserviert 75 Pf.

**Königstadt-Kasino.**  
 Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstraße  
 nahe Rannowbrücke.  
 Vom 1. bis 16. November,  
 abends 7 1/2 Uhr: Das Nieren-  
 Weisheits-Programm.  
**Banken Sommerreise**  
 u. die erstklassigen Spezialitäten.  
 Sonntag 3 Vorstellungen: nach-  
 mittags 1/4 u. abends 1/7 Uhr.

**Concordia - Festsäle.**  
 Inh.: M. Wendt & A. Schütze.  
 64 Andreasstraße 64.  
 Jeden Donnerstag:  
**Große Soiree**  
 d. allgemein beliebten  
 und bekannten  
**Hoffmanns Sänger.**  
 Direktion Fr. Fascher  
 Heute:  
 Die beiden Herren  
 Leutnants.  
 Schwank in 1 Akt.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Nach der Soiree: **Frei-Tanz.**  
 Vorzugskarten haben Giltigkeit.

**Trianon-Theater.**  
 Täglich abends 8 Uhr:  
**Mein Baby.**

**Noack's Theater.**  
 Direktion: Robert Dill.  
 Berlin N., Brunnenstraße 16.  
 Zum letzten Male:  
**Mutterliebe.**  
 Volkstümlich mit Gesang in 5 Akten.  
 Anf. 8 1/2 Uhr. Sonn- u. Feiertag  
 Dienstag und Freitag: Keine  
 Vorstellung.

**Reichshallen-Theater.**  
 Stettiner Sänger  
 Gastspiel  
**Robert**  
**Steidl.**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Sonntags 7 Uhr.

## TYPOGRAPHIA

Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer  
 Gegr. 1879 Chormeister Alexander Wändurm Md.A.S.  
 Sonntag, den 26. November (Totensonntag):  
**KONZERT**  
 im Festsale der Neuen Welt, Hasenheide.

Mitwirkende:  
**Elisabeth Böhm von Endert,** Kgl. Hofopernsängerin.  
**Paula Weinbaum,** Konzertsängerin.  
**Hermann Weissenborn,** Konzertsängerin.  
**Das neue Sinfonie-Orchester** (50 Herren).  
 Zum Vortrag gelangt u. a.:

**Frithjof,** Chorwerk mit Orchester  
 und Solis.  
**Sinfonie No. 3 (Eroica)** von Beethoven.  
 Anfang 6 Uhr. Eintritt 75 Pf., Kinder 20 Pf. Anfang 6 Uhr.  
 Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt.

**Eintrittskarten** zu 60 Pf. sind zu haben in den  
 Zigarrengeschäften von Horsch,  
 Gewerkschaftshaus, Engelauer 15; G. Schulz,  
 Kottbuser Tor; E. Schulz, Mittenwalder Straße 2;  
 K. Bielefeld, Grunefstraße 35; G. Kuhring, Jahnstr. 1;  
 W. Seidel, Bergmannstr. 59; M. Giffert, Yorckstr. 40;  
 M. Kammerer, Elisabethufer 37; H. Köppe, Tilsiter  
 Straße 45; A. Rensky, Choriner Str. 23; W. Kolbe,  
 Bülower Str. 56; Rixdorf; P. Opitz, Pflügerstr. 74;  
 A. Abraham, Donaustr. 25; A. Rietdorf, Pannier-  
 straße 40; Schöneberg: Karl Schönbuck,  
 Brunhildstr. 7 sowie in den mit Plakaten belegten  
 Handlungen. 61/5

**Boigt-Theater.**  
 Geute: Gastspiel in  
**Pahlmanns Theater.** Allee 148.  
**Der Kreuzschreiber.**  
 Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten  
 von Ludw. Angengruber.  
 Koffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

**Volks-Theater.**  
 Rixdorf, Hermannstr. 20.  
 Sonntag, 19. Nov.: Die Kanonen-  
 königin. Schwank in 3 Akten von  
 Richard Mann.  
 Montag, 20. Nov.: Geipenfer. Kom-  
 munitätsdrama in 3 Akten von Fernit  
 Bjelch.

**Casino-Theater**  
 Veltlinger Str. 37. Täglich 8 Uhr  
 Trög des erworbenen Ansehens  
**Besten Monat**  
 Berliner Poffen-Schlager  
**Der selige Holschinsky.**  
 Sonnt. 3 1/2 Uhr: Ein Weib u. d. Volke.

**Zirkus Busch**  
 Heute abend 7 1/2 Uhr:  
 Zum 2. Male prolongiert!  
 Die drei Affen-Menschen  
**Max, Moritz und Popt.**  
 Die größte Sensation der Neuzeit!  
**Pignoli** in seinem tollkühnen  
**Todesprung.**  
 Herr Ernst Schumann, Freiheits-  
 dresuren. Finlay-Trio. Frühlein  
 Anna Stennis, Schultzein.  
 3 Schwestern Blumenfeld, Renk  
 zu Pferde. Quadrille internat.  
 Um 9 1/2 Uhr zum 34. Male:  
 Origin-  
 Aus-  
 stattungs-  
 stück des  
**Zirkus**  
**Busch**  
 in  
 5 Bildern.

**Union-**  
**Theater**  
 Direktion: Willy Gremer.

**Asta**  
**Nielsen**  
 die „Duse der Kinokunst“,  
 gastiert in den Union-Theater  
 Meritzplatz und Hasenheide nur  
 noch bis morgen Freitag in  
 der dramatischen Pantomime  
 in 3 Akten

**Zigeunerblut.**  
 Alexanderplatz  
 Unter d. Linden  
 Morgen unwiderrüflich letzter  
 Tag  
**Die Ehebrecherin.**  
 Ein Sittendrama aus dem  
 Französischen in 2 Akten.

**Ausstellung Nordland**  
 Kurfürstendamm 151  
 nahe Bahnhof Hallesue und Char-  
 lottenburg.  
 Geöffnet ab 10 Uhr vorm.  
**125 Polarbewohner**  
 bei Arbeit, Sport und Spiel.  
 Rentierherde, Polarbären.  
 Eintritt für Ausstellungsh. 50 Pf.  
 Vorstellungen:  
 Wochentags 4 1/2, 6 1/2, 9 Uhr.  
 Letzte Hauptvorführung abends 8 Uhr.  
 Eintrittspreis 30 Pf.

Unter Mitwirkung von  
**Rütt, Stol, Apend, Comes, Wiley**  
 und weiteren 30-40 erstklassigen Fahrern.  
 Vorverkauf an den Kassen und bei A. Wertheim,  
 Leipziger Straße.

# SPORT-PALAST RADRENNEN

am 18. und 19. November  
 — Beginn 6 Uhr abends. — Nur Tageskarten gültig. —











Partei - Angelegenheiten.

Ober-Schöneeweide. Am Sonntag, den 10. November, nachmittags 8 Uhr, findet für den Landtagsbezirk eine öffentliche Volksversammlung in Ahrensfelde im Restaurant Schneider statt.

Friedrichshagen. Der heutige Vortragsabend muß besonderer Umstände halber ausfallen. Der letzte Vortrag findet demzufolge am Donnerstag, den 23. November, im „Vindengarten“ statt.

Berliner Nachrichten.

Wie die Verteuerung der Krankenpflege wirkt!

Die Krankenhäuser der Stadt Berlin haben während des Etatsjahres 1910 (1. April 1910 bis 31. März 1911) im ganzen 59 253 Kranke verpflegt, im einzelnen das Krankenhaus Friedrichshain 12 113 Kranke, das Krankenhaus Roabit 11 607, das Krankenhaus Urban 8952, das Virchow-Krankenhaus 21 226, das Krankenhaus Gültziner Straße 2096, das Kinderkrankenhaus 3259.

Die Zunahme hat in den letzten Jahren unter dem Einfluß besonderer Umstände sehr geschwankt. In den sechs Etatsjahren 1905 bis 1910 wurden 38 429, 43 960, 51 840, 54 212, 55 651, 59 253 Kranke verpflegt, und das Mehr gegenüber den vorhergehenden Jahren war 790, 5531, 7880, 2372, 1439, 3602. Die Wichtigkeit der Zunahme in 1905 erklärte sich hauptsächlich daraus, daß die Krankenhäuser der Stadt, weil nicht rechtzeitig an ihre dringend notwendige Vermehrung herangegangen worden war, längst an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt waren und wegen ständigen Platzmangels zahlreiche Kranke abweisen mußten.

Warum es in 1909 so gering blieb und erst wieder in 1910 sich steigerte, das sagt der von der Krankenhausdeputation erstattete Jahresbericht für das Etatsjahr 1910, den der Magistrat jetzt veröffentlicht hat. Im Vorjahr 1909 war in den Krankenhäusern der Stadt wieder mal der Kurkostensatz erhöht worden, von 2,50 M. pro Tag auf nunmehr 3,00 M. Gegen die erneute Verteuerung der Krankenpflege hatten, wie gegen die frühere, die sozialdemokratischen Stadtverordneten erfolglos Einspruch erhoben. Sie machten geltend, daß dadurch für die minderbemittelte Bevölkerung die Möglichkeit, sich in einem Krankenhaus behandeln zu lassen, beeinträchtigt werde.

Unter den Gruppen, für die keine Mehrung eingetretten ist, verdienen besondere Beachtung die „Vorschußzahler“, die auf eigene Kosten behandelt werden. Absehen wollen wir, wie bei den Stammmitgliedern, so auch bei den Vorschußzahlern von den auswärtig wohnenden Kranken, deren Zahl in den Krankenhäusern der Stadt Berlin sich immer weiter verringert hat, weil ihnen die Aufnahme immer mehr erschwert worden ist. Bei den in Berlin wohnenden Vorschußzahlern war von 1908 zu 1909 eine Minderung der Aufnahmen von 2581 auf nur noch 2254 eingetreten, zweifellos infolge der Erhöhung des Kurkostensatzes.

So hat die Erhöhung des Kurkostensatzes gewirkt! Diese Betrachtung über die Verteuerung der Krankenpflege ergänzt die andere, die wir in unserer Sonntagsnummer über die Erhöhung des Kurkostensatzes der Heimstätten und die dadurch bewirkte Verteuerung der Genußmittel anstellten. Unter den Folgen dieser allen Forderungen der Sozialhygiene ins Gesicht schlagenden Verteuerungspolitik der vom Freisinn beherrschten Berliner Stadtverwaltung leiden nicht nur Arbeiter, die ein nicht bei einer Krankenkasse versichertes Familienmitglied in ein Krankenhaus geben möchten. In gleichem Maße müssen das ebenso auch die kleinen Beamten spüren und mehr noch die selbständigen kleinen Gewerbetreibenden, die oft auch selber in keiner Krankenkasse sind.

Plötzliche Wasserkassungen von Angestellten sind im Sportpalast in der Potsdamerstraße erfolgt. Gegen 120 Angestellte haben die schriftliche Mitteilung erhalten, daß sie mit dem 15. November entlassen sind. Es sind dies sämtliche Eislaufführer, Eislauflehrer und Bedienstete des Eisbahnbetriebes, der seit drei Tagen eingestellt ist, da jetzt im Innern des Sportpalastes eine Rodelbahn errichtet wird, auf der am Sonnabend die ersten Rennen stattfinden sollen.

In den Briefen wird den Begreiflicherweise auf das peinlichste überprüften Angestellten verkündet, daß die Eislaufsaison geschlossen sei, daß aber die Angestellten aus besonderem Entgegenkommen ihre Wage bis zum 15. d. M. erhalten und an der Kasse abholen könnten. In den mit allen diesen Angestellten abgeschlossenen Verträgen heißt es ausdrücklich, daß sie für die Eislaufsaison 1911-1912 engagiert seien. Für den Fall des Kontraktbruchs sind Konventionalstrafen festgesetzt. Die Angestellten sind der Ansicht, daß seitens der Direktion des Unternehmens ein glatter Kontraktbruch vorliege, da die Fälle, für die eine plötzliche Vertragsauflösung stipuliert ist, auf die jetzige Situation des Unternehmens nicht zutreffen.

Große Heiterkeit erregte es gestern, als nach der Rekrutenbereidigung im Lustgarten die Franzosen mit klingendem Spiel die Grünstraße entlang zogen. Hinter dem Militär fuhr nämlich ein Wagen der Reichsschuldenverwaltung einher. An ein Ausweichen war nicht zu denken und die Insassen des Wagens mußten aus dem Publikum manchen Wit hören.

Eisenbahnschwerden werden uns von Arbeitern unterbreitet, die in Ober-Schöneeweide arbeiten, aber in Pantow wohnen. Ein Arbeiter schreibt uns: Ich bin in Schöneeweide beschäftigt und habe all 14 Tage Nachmittagsruhe von 3 bis 12 Uhr nachts. 12.27 nachts fahre ich von Schöneeweide mit dem Charlottenburger Zug ab nach Stralau-Nummelsburg, um den Rorbring nach dem Gesundbrunnen zu benutzen. Ankunft 12.43, Abfahrt 12.45.

Jetzt beginnt die Leidensfahrt. Fahrplanmäßig soll dieser Rorbringzug 1.05 auf dem Bahnhof Gesundbrunnen sein. Nur dann, wenn er pünktlich einfährt, ist es knapp möglich, noch in aller Eile den 1.08 nach Pantow fahrenden Zegeler Zug zu erreichen. Aber nur in ganz seltenen Fällen geschieht das. Der Stadtring kommt mit 2, 3, auch 5 Minuten Verspätung an, und so erziele ich den Zug nicht mehr. Es kommt auch vor, daß der bis Stralau fahrende Zug sich verspätet. Von 28 Fahrten konnte ich nur in drei Fällen den Anschluß erreichen und die Strecke, für die ich bezahlt habe, abfahren. Um nun nach Hause zu kommen, mußte ich mit der Siemensbahn fahren und für jede Fahrt natürlich bezahlen, obgleich ich meine Eisenbahnkarte bezahlt hatte. Eine Verringerung wäre möglich, wenn der Zegeler Zug einige Minuten später vom Stettiner Bahnhof abgelaufen würde.

Todessturz eines Fliegers.

Nachdem die deutsche Aviatik erst vor kurzer Zeit durch den Todessturz Engelhardts einen schweren Verlust erlitten, hat sie am gestrigen Mittwoch wieder ein neues Opfer zu verzeichnen. Alfred Pieschler, der Sieger der letzten Johannisthaler Flugwoche, stürzte gestern morgen 8 Uhr 45 Minuten bei einem Versuch, einen neuen, von ihm selbst konstruierten Eindecker auszubastieren, aus einer Höhe von 25 Metern ab und war sofort tot. Ueber den Unfall, der unter den Johannisthalern Fliegern größte Bestürzung hervorgerufen hat, erfahren wir folgende Einzelheiten:

Alfred Pieschler hatte sich vor einiger Zeit der Aviatik zugewandt, in der Absicht, einen neuen, von ihm konstruierten Eindecker auszubastieren. Die Maschine wurde bei den Albatroswerken erbaut und stand bereits seit mehreren Tagen im Schuppen fertig da. Gestern morgen gegen 8 1/2 Uhr ließ Pieschler den Monoplan aus dem Schuppen herausziehen. Der Eindecker gleicht im Aufbau und in der Form der Tragflächen ungefähr der Taube, ist aber etwas höher aufgesetzt als das Kumpfer-Flugzeug. Eine besondere Neuheit war die, daß Pieschler die Tragflächen ihrer vollen Länge nach beliebig krümmen oder strecken konnte, um der Maschine ein schnelleres Aufsteigen und in der Luft schnellere Fahrt zu ermöglichen. Pieschler, der seinen Doppeldecker mit bekannter Meisterhaftigkeit steuerte, hatte diesen Eindecker noch niemals praktisch ausprobiert und es wurde ihm von Seiten der Albatroswerke dringend geraten, zunächst nur Rollenversuche und kurze Sprünge zu machen, um sich mit dem Eindecker vertraut zu machen. Der Flieger achtete jedoch leider der berechtigten Warnungen nicht, sondern stieg gleich vom Start aus um 8 Uhr 30 Minuten früh steil in die Luft empor. Es lag noch dichter Nebel über dem Platz, so daß man den Apparat, der mit einem 10 pferdigen Gnomomotor montiert worden war, bald aus den Augen verlor. Nur aus dem gleichmäßigen Surren des Gnom konnte man darauf schließen, daß alles in Ordnung sei. Etwa 10 Minuten lang mochte Pieschler geflogen sein, als ihn sein Schicksal ereilte. Auf der Seite der großen Tribüne, nicht weit von der Stelle, wo auch Engelhard seinen Tod fand, sah man plötzlich den großen Eindecker jääh zu Boden stürzen. Ein lautes Krachen ertönte, dann wurde alles still. Zwei Angestellte des Flugplatzes, die sich in der Nähe befanden, und mehrere Mechaniker der Albatroswerke eilten sofort an die Unfallstätte. Der Eindecker bildete einen wüsten Trümmerhaufen. Das Untergerüst war vollständig zerbrochen, die Tragflächen ungenügend. Der Apparat war aus einer Höhe von 25 Metern mit dem Rotor nach vorn senkrecht zu Boden gestürzt, denn die Schraube hatte sich in das Erdreich eingewühlt und die Stirnseite des Gnom war voller Schmutz und Erde. Das Verbindungsstück zwischen den Tragflächen und der Steuerung war halb geschnitten und ragte in die Luft. Pieschler lag vier Meter von seinem Apparat entfernt. Als ihn die Mechaniker und der Leiter der Pilotgesellschaft in das Automobil hoben, gab er noch schwache Lebenszeichen von sich, verstarb jedoch bereits auf dem Wege zu dem Johannisthaler Arzt Dr. Dietrich, der Genickbruch und innere Verletzungen konstatierte. Ueber dem linken Auge sah man eine kleine Schramme, die einzige äußere Wunde, die der Verunglückte aufwies. Die Leiche Pieschlers wurde einzuwickeln bei dem oben erwähnten Arzt ausgeführt und wird von den Angehörigen nach Potsdam übergeführt werden.

Ueber den Todessturz Pieschlers gibt ein Telephonist des Flugplatzes, der sich nur etwa 20 Meter von der Unfallstelle entfernt befand, folgende Darstellung:

Als Pieschler von der Waldseite her herunkam, beschrieb er eine äußerst gefährliche enge Kurve. Der Apparat lag in einem Winkel von etwa 60 Grad in der Kurve und es schien mir unvermeidlich, daß der Sturz eintreten müsse. Ich konnte bemerken, daß Pieschler die größten Anstrengungen machte, um den Apparat wieder aufzurichten, denn es war deutlich zu erkennen, daß er die Verbindung festig betätigte. Für einen Augenblick schien es so, als wolle sich das Flugzeug auch tatsächlich wieder aufrichten, doch machte der Eindecker auf der Höhe der Hügeltribüne plötzlich eine zweite, fast rechtwinklige Kurve und glitt seitlich aus etwa 25 bis 30 Meter Höhe ab. Pieschler blieb bis zum letzten Augenblick in der Maschine. Erst nach dem Ausprallen wurde er in weitem Bogen auf das Feld geschleudert und blieb sofort regungslos liegen. Kurz vor dem Sturz hörte der Rotor auf zu arbeiten. Ob Pieschler ihn in Erkenntnis der Gefahr, in der er schwebte, selbst abgestellt hat, ist noch nicht festgestellt. — Eine ähnliche Darstellung gibt auch die Albatros-Gesellschaft, die den Sturz darauf zurückführt, daß der Eindecker dem Steuer und der Verbindung nicht mehr gehorchte und daß vor allen Dingen in entscheidenden Augenblick der Rotor auswich.

Zwei mutmaßliche Kindermorde beschäftigen die hiesige Kriminalpolizei. Als Dienstag abend gegen 7 1/2 Uhr eine Frau aus dem Hinterhaus Whilppstr. 20 einholen ging und über den Hof des Grundstückes kam, fand sie dort in der Nähe des Torweges die Leiche eines neugeborenen Knaben, die ganz unberührt war. Sie

meldete den Fund der Hausverwalterin, die dann der Revierpolizei Anzeige machte. Diese beschlagnahmte die kleine Leiche und ließ sie nach dem Schauhaufe bringen. Der Knabe war dem Befunde nach erst kurz vorher geboren und ist wahrscheinlich gleich nach der Geburt getötet worden. Denn am Halse zeigen sich zu beiden Seiten dunkle Flecke, wahrscheinlich Druckflecke, die darauf schließen lassen, daß das Kind erstickt worden ist. Die Mutter ist vermutlich eine Frau, die nach den Beobachtungen der Pförtnerfrau kurz vor dem Auffinden der Leiche mit einer offenen Droschke vor dem Hause vorgefahren kam und in den Torweg hineinging. Es ist eine etwa 30 Jahre alte, ziemlich beleibte Frau. — Auf dem Görliyer Bahnhof fand ein Müllkutscher, der dort ausdiente, in einem Behälter die Leiche eines neugeborenen Mädchens, die bei vorläufiger Bestätigung keine Spuren äußerer Verletzung aufwies. Sie war in weiche Leinwand ohne Zeichen eingewickelt.

Das Luftschiff „Schwaben“ hat in letzter Zeit wiederholt größere Passagierfahrten ausgeführt. In der vorigen Woche ist der Kronprinz mit aufgezogen, am Dienstag der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und gestern war der Berliner Polizeipräsident Herr v. Jagow an Bord, um sich die Luftwege anzusehen.

Eine alte Anekdote, die schon oft in den Zeitungen gerügt worden ist, hat am Dienstag wieder einem Kinde das Leben gekostet. Wenn auf dem Güterbahnhof in der Fruchtstraße Heu oder Stroh verladen wird, so pflegen die Kinder aus der Nachbarschaft an die Wagen auch während der Fahrt heranzudrängen, um Halme aus der Ladung herauszuziehen. So geschah es auch Dienstag nachmittag um 5 1/2 Uhr wieder, als ein beladener Heuwagen der Berliner Körtelewerke vom Bahnhof kommend durch die benachbarte Münchberger Straße fuhr. Acht Kinder, die dort spielten, liefen zu gleicher Zeit, ohne daß der Kutscher es sah, an den Wagen heran und mit ihm an einer Seite nebeneher. Hierbei stieß nun ein Junge den 5 1/2 Jahre alten Sohn Georg des Arbeiters Höhne aus der Münchberger Straße 13 so unglücklich, daß er hinfiel und ihm das rechte Hinterrad des schweren Wagens über den Kopf ging. Als die Kinder laut aufschrien, hielt der Kutscher, aber das Unglück war geschehen. Der Vater des verunglückten Knaben wurde herbeigerufen und trug ihn nach der Wohnung heraus. Als er dort ankam, war er aber schon tot. Die Leiche wurde beschlagnahmt. Den Kutscher trifft keine Schuld.

In dem Postamt in der Hinterseldstraße wird berichtet, daß der Verhaftete Georg Treptow in der Schwedenstraße 14 gemohnt hat und daß gestern auch der „Frig“ ermittelt wurde in der Person des 46 Jahre alten Formers Friedrich Heidenreich aus der Wroslauer Straße. Dieser bestreitet aber entschieden, der Verführer zu sein, behauptet vielmehr, daß Treptow den Plan ausgeheckt habe. Es wird berichtet, daß Treptow seiner Wirtin erzählt habe, er streife und erhalte wöchentlich 6 M. Unterfützung. Erlundigungen über die Person Treptows, die wir eingezogen haben, gehen dahin, daß Treptow nicht zu den Streikenden gehörte und demnach seiner Wirtin etwas vorgeplumbert hat, wenn er wirklich erzählt haben sollte, er gehöre zu den Streikenden.

In der Riste der streikenden Formers und Arbeiter ist ein Karl Treptow angeführt, der verheiratet ist und in geordneten Verhältnissen lebt. Dieser wohnt in der Dudenarder Straße. Um Verwickelungen vorzubeugen, stellen wir fest, daß dieser Treptow sich am Mittwochvormittag wie gewöhnlich zur Streikkontrolle gemeldet hat und mit dem Verhafteten nichts zu tun hat.

Vor der Herberge verhaftet wurde gestern morgen einer der russisch-polnischen Räuber, die vor einigen Wochen einen Landmann verschleppten, beraubten und schwer mißhandelten. Wie damals berichtet wurde, machten sich an den Schmitter Tomczak, der sich auf der Durchreise nach der Heimat in Berlin aufhielt, mehrere Landleute heran, die ihm Arbeit versprachen. Sie erzählten ihm, sie hätten lohnende Beschäftigung für ihn auf einer Hegerlei in Fürstentwalde. Er sollte deshalb lieber nicht nach Hause fahren, sondern hier bleiben und gleich mit ihnen nach der Arbeitsstelle gehen. Tomczak war damit einverstanden und schloß sich den Landleuten an, ohne zu ahnen, daß er einer Räuberbande in die Hände gefallen war. In der Forst in der Nähe von Fürstentwalde stelen seine Begleiter plötzlich über den Ahnungslosen her, raubten ihm Uhr mit Kette und Barschaft und verletzten ihn durch einen Messerstich in den Kopf so schwer, daß er nach dem Fürstentwalder Krankenhaus gebracht werden mußte. Dort ist er jetzt wieder hergestellt. Unterdessen erfuhr die Kriminalpolizei, daß die geraubte Uhr in Berlin verkauft worden war. Bei den Nachforschungen nach dem Verkäufer stieß sie auf einen angeblichen Arbeiter Joseph Bernhard, der den Spitznamen „Kotelettenfranz“ führt. Gestern morgen ermittelten Beamte diesen vor einer Herberge und nahmen ihn fest. Der Verhaftete mußte bekennen, daß er die Uhr verkauft hatte, sei sich aber nicht leisten und legte dann auch das Geständnis ab, daß er bei dem Raub beteiligt war. Er wurde sofort dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Wie er eigentlich heißt, sieht noch nicht fest, er nennt sich jetzt Kuska. In Berlin nannte er sich stets Bernhard. Er ist schon wiederholt bestraft und lebte schon seit langer Zeit nur von der Ausplünderung seiner Landsleute.

Krankheit und Arbeitslosigkeit haben den 41 Jahre alten Tischler Otto Franz aus der Birkenstraße 80 in den Tod getrieben. Der Mann, der seit 7 Jahren verheiratet und Vater eines Sohnes war, litt seit 6 Jahren an einer Leberkrankheit. Diese war ihm in der letzten Zeit bei der Arbeit so hinderlich, daß er immer noch kurzer Zeit wieder aufhören und seine Stellung wechseln mußte. So ging es ihm auch jetzt wieder in einer Pianofabrik in der Gneisenaustraße, wo er seit acht Tagen arbeitete. Sein Mißgeschick trieb ihn endlich zur Verzweiflung. Als er sich vorgestern morgen von seiner Frau verabschiedete, tat er so, als wenn er noch zur Arbeit gegangen wäre. Die Frau ging dann auch weg. Bei ihrer Rückkehr fand sie das Portemonnaie und die Schlüssel ihres Mannes auf dem Tische liegend. Nichts Gutes ahnend suchte sie nach dem Vermissten, fand ihn aber nicht. Erst gestern fand sie ihn auf dem Boden des Hauses tot wieder. Dort hatte er sich erhängt.

In großer Gefahr schwebten gestern früh drei Personen und mehrere Straßenpassanten sowie Fahrgäste eines Straßenbahnwagens in der Schönhauser Allee 10/11. Dort wollte ein Kutscher mit einem hochbeladenen Heuwagen den steilen Eingang zur Brauerei Königsstadt forcieren. Die Pferde zogen aber nicht recht an. Der Wagen rollte etwas zurück und wurde von einem gerade passierenden Straßenbahnwagen mit dem Vorderperron erfasst. Der Heuwagen kippte um, wobei der Baum über der Ladung fortschnellte. Drei Personen wurden unter dem Heuwagen begraben. Zwei konnten sich mit Hilfe von Straßenpassanten und Arbeitern der Brauerei unter dem Heuwagen bald emporarbeiten. Sie hatten nur leichte Verletzungen und Quetschungen erlitten. Der dritte, ein fünfzehnjähriger Knabe Fritz Konrad, hatte einen Knochenbruch davongetragen. Er wurde von der Feuerwehr hervorgeholt und nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Vertauscht wurde bei dem am Sonnabend in Alfies Festfällen stattgefundenen Unterhaltungsabend des zweiten Kreises ein brauner Sommerüberzieher. Es wird gebeten, denselben bei Alfies, Hakenheide 15, abzugeben.

Vorort - Nachrichten.

Lichtenberg.

Das Schulbewußtsein der Rathenowerei kommt in deren verlegenem Schweigen zum Ausdruck. Früher traten die Deute vor der Wahl immer noch großsprecherisch auf, diesmal will man sich



ansprechend damit begnügen, in den Grundbesitzverhältnissen und durch die Vorkehrungen die Sache zu schieben. Der Privilegierten sozialpolitische Minderständigkeit ist zu sehr offenbar geworden, als daß man den Wählern noch Sand in die Augen streuen könnte.

Um die Engzigigkeit der Mehrheit im Rathhause zu charakterisieren, ist nur notwendig, auf einige Vorgänge bei der Erörterung über die Eingemeindung von Rummelsburg hinzuweisen. Der Plan der Eingemeindung findet in Richtenberg darum heftigen Widerstand, weil man befürchtet, in Rummelsburg sei das soziale Empfinden zu stark ausgeprägt. Und mit einer nicht zu überbietenden Rücksichtslosigkeit wurden einige von Rummelsburg geäußerten Wünsche abgelehnt. So das empörende Ansuchen, daß die in Rummelsburg geschaffenen Schuleinrichtungen nicht verschlechtert werden dürften! Kautschik bezieht sich das nur auf die Volksschulen. Gibt es doch in Richtenberg noch Klassen mit über 70 Schülern. Für die Kinder der Besessenen ist besser gesorgt. Das merkt man schon am Etat. Während z. B. für jedes Volksschulkind im Jahre rund 24 Mark aufgewendet werden, fließen sich die Kosten für einen höheren Knaben oder eine höhere Tochter auf nicht weniger als 304 Mark. Dabei bleibt noch unberücksichtigt, daß die höhere Knabenschule bisher in dem Schulbau in der Pfarrstraße domizilierte, die Kosten für Vergütung und Amortisation aber auf die Volksschule verrechnet worden sind. Weiter verlangt Rummelsburg, daß eine von der Gemeinde eingerichtete Säuglingsfürsorge und eine Einrichtung zur Verhütung der Kindersterblichkeit erhalten bleiben sollten, auch die Übernahme einer von Rummelsburg angestellten Waisenflegerin gehörten zu den gestellten Bedingungen, die man in Richtenberg kurzerhand als unannehmbar ablehnte! Die schroffe Ablehnung solcher Einrichtungen, deren Kosten dazu ganz minimal sind, muß allgemeine Empörung auslösen. Richtenberg kann sich nämlich einer erschreckend hohen Kinder- bezw. Säuglingssterblichkeit rühmen. Während in dem Jahrzehnt 1891/1900 im preussischen Staate von je 1000 ehelich Lebendgeborenen im ersten Jahre 190,6 starben, waren es in Richtenberg 281; von den unehelich Lebendgeborenen starben in Preußen 355,8, in Richtenberg jedoch 556. Für das Jahrzehnt 1900/1909 ergeben sich folgende Zahlen: in ganz Preußen starben von je 1000 ehelich Lebendgeborenen 170,9, von den unehelichen 312,6, in Richtenberg dagegen 212 eheliche und 408 uneheliche! Das sind unheimlich hohe Sterblichkeitsziffern. Unsere Rathausmajorität jedoch erklärte fälschlich: die Übernahme einer beschriebenen Säuglingsfürsorge und die Verhütung der Kindersterblichkeit lehnen wir entschieden ab. Das Schicksal der Ablehnung bereitete sie auch den Wünschen auf Erhaltung einer Lesehalle, Volkshäuser, eines Kindergartens, einiger Spielplätze, der Unterbringung von Kindern in Ferienkolonien und Heilstätten, der Verabfolgung billiger Vadelarten und einer Einrichtung zur Verhütung der Schwindsucht, der Verbreitung warmer Frühstückskost an arme Schulkinder usw. So etwas gilt in Richtenberg als Luxus! Auch für die Gewährung von den Verhältnissen angepaßten Gehältern ist kein Geld vorhanden, aber der Straßenbahngesellschaft opfert die Grundbesitzermajorität leichtem Herzens zinslos 800 000 M. Städtischen Arbeitern verlängert man als — Teuerungszulage die tägliche Arbeitszeit und reduziert dazu die Stundenlöhne. Dabei müssen die Kinderemittenten in der Form hoher Wadpreise in ganz erheblichem Umfange die Schonung des Portemonnaies der Reichen ermöglichen.

Leider stärkten bisher die Wähler zweiter Klasse der Mehrheit den Rücken. Deren brüskes Verhalten allen sozialen Bestrebungen, besonders auch allen Beamtenforderungen, der Ermäßigung der Gewerbesteuer, der Aufhebung der Biersteuer, der Lieferung billiger elektrischer Kraft an die Kleingewerbetreibenden gegenüber, fand floranten Anreiz, weil die Wähler der zweiten Klasse den Vorwahlsbankrott zum Siege verhalfen. Der einzige Vertreter der zweiten Klasse, Herr Lewonig, der es gewagt, für die Forderungen der Beamten und für soziale Einrichtungen einzutreten, soll diesmal von den Machern abgelehnt werden.

So darf es nicht weiter gehen! Das muß die felsenfeste Ueberzeugung, der unerschütterliche Wille eines jeden denkenden Wählers sein, der diese das Allgemeinwohl verheißende, antisoziale Interessenswirtschaft nicht unterstützen und fördern will.

Keine Stimme den Grundbesitzervereinskandidaten! Wer zur Wahl erscheint, darf nur den Kandidaten der Sozialdemokratie wählen!

Als Kandidaten für den 3. Bezirk der zweiten Wählerklasse wurde in der öffentlichen Versammlung am Sonntag neben den Genossen Abraham und Grauer nicht Genosse Wähler, sondern Genosse Kreis vorgeschlagen.

Versammlungen zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen werden stattfinden:

Heute Donnerstag, den 16. November, abends 8 1/2 Uhr, für die Wähler des 16. Bezirks der dritten Abteilung bei Schwarz, Röllendorffstraße 28.

Freitag, den 17. November, für die Wähler des 4. Bezirks der dritten Abteilung bei Arnold, Frankfurter Chaussee 5/6.

**Rizdorf.**  
Hat die Stadtgemeinde Schadenerlay zu leisten, wenn Schülern während des Unterrichts Sachen abhandenkommen? Diese Frage hat schon des öfteren Eltern beschäftigt, deren Kinder die Wertschätzung nach Hause brachten, daß ihnen ein Kleidungsstück von dem Aufbewahrungsort auf dem Schulkorridor abhanden gekommen sei. Die betreffenden Eltern wenden sich in der Regel sofort an die Stadtverwaltung, um für das abhanden gekommene Kleidungsstück Schadenerlay zu verlangen.

Sie geben dabei von der Meinung aus, daß die Stadt alle Vorkehrungen zu treffen hat, um Diebstähle während des Schulunterrichts unmöglich zu machen. Wenn in der Unterrichtszeit Diebstähle vorkommen, so müsse die Stadt auch Schadenerlay leisten. Dieser Meinung sind auch wir.

Anderes denkt jedoch der Rizdorfer Magistrat wie aus einer Antwort an einen auf Schadenerlay Anspruch erhebenden Einwohner hervorgeht. Darin heißt es, daß es der Magistrat ablehnen müsse, das dem betreffenden Kinde abhanden gekommene Jackett zu ersetzen, da die Stadtgemeinde nicht verpflichtet ist, für Schuldiefstahle aufzukommen. Der Magistrat stützt sich anerkennend auf ein formelles Recht. Doch auch hierbei dürfte die Frage eine Rolle spielen, ob in der betreffenden Schule alles getan worden ist, um Fremden den Zutritt zur Schule unmöglich zu machen. Das scheint nicht immer der Fall zu sein. Und sind in letzter Zeit mehrere Fälle mitgeteilt worden, wonach zwei Kindern eines Elternpaares hintereinander in der Schule die Mäntel abhanden gekommen sind. Selbst, wenn sich die Stadtverwaltung bei ihrer Weigerung, Schadenerlay zu leisten, auf ein formelles Recht zu stützen zu können glaubt, sollten doch auch Billigkeitsgründe maßgebend sein. So weit kann es doch nicht gehen, daß Eltern wegen unvermeidlichen Abhandenkommens der Sachen ihrer Kinder ganz erhebliche Ausgaben zugunsten werden.

Wir betrachten daher eine so generelle Abweisung jedes Schadenerlayanspruches als eine Härte. Zum mindesten darf man verlangen, daß die Stadt solche Ansprüche von Fall zu Fall prüft und danach auch ihre Entscheidungen trifft.

In der Sitzung der Schuldeputation gab der Vorsitzende davon Kenntnis, daß nach einem neuerlich ergangenen Erkenntnis des

Oberverwaltungsgerichts die Stadtgemeinde den wissenschaftlichen Lehrkräften die erhöhte Meistentschädigung für das Rechnungsjahr 1908 mit zusammen 18 032,30 M. nachzugeben hat. Die erforderlichen Mittel sollen in den Haushaltsplan für 1912 eingestellt werden. — In Zukunft sollen Bewerbungen von Lehrern im Lebensalter von 24 bis 34 Jahren berücksichtigt werden.

Der Voranschlag für die Gemeindefschulen wurde beraten und in der Einnahme und Ausgabe auf 2 271 900 M. festgesetzt.

### Charlottenburg.

Zu dem Automobilschlach in der Leibnizstraße, Ecke Bismarckstraße, worüber wir in der gestrigen Nummer berichteten, wird nach gemeldet, daß die Leiche der von dem Kraftwagen des General-Kommandos überfahrenen Dame als die der 36 Jahre alten Frau Emma des Geschäftsführers Vorstehermann aus der Bismarckstr. 102 festgestellt worden ist. Das Befinden des überfahrenen Radfahrers Langer ist noch immer unverändert ernst.

**Elternverein für freie Erziehung.** Montag, den 20. d. Mts., abends 8 Uhr, findet im Volkshaus, Rosinenstr. 8, ein großer öffentlicher Vortragabend statt. Frau Toni Sußmann spricht über das Thema: „Kinderjahre.“ Hierauf freie Aussprache. Der letzte Spielnachmittag in diesem Jahre wird am Mittwoch, den 20. d. Mts., nachmittags 3—6 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 8, abgehalten. Von Mittwoch, den 10. Januar 1912, ab finden die Spielnachmittage wieder jeden zweiten und letzten Mittwoch im Monat statt. Gleichzeitig sei darauf hingewiesen, daß die für den 19. d. Mts. festgesetzte Besichtigung des Museums für Naturkunde unter Leitung des Herrn Professors Raffale erst am Sonntag, den 3. Dezember, stattfindet. Treffpunkt vormittags 9 1/2 Uhr pünktlich Straßenbahnhaltestelle am Anie. Kinder unter zehn Jahren sind von der Beteiligung ausgeschlossen. Jedes Kind hat 20 Pf. Fahrgeiß mitzubringen. Der Vorstand.

### Weißensee.

Der erste von der Gemeinde veranstaltete Seefischscholarium hat unter zahlreicher Beteiligung hiesiger Frauen am vergangenen Sonnabend stattgefunden. Drei weitere solcher Kurse, deren Termin noch nicht bekannt ist, sollen demnächst folgen. Diejenigen Frauen und Mädchen, welche sich daran beteiligen wollen, müssen ihre Adressen dem Wohlfahrtsamte, Verwaltungsgebäude Bismarckstraße, bekannt geben. Der Unterricht wird in der Schule Hallenberger Straße erteilt. Die zubereiteten Fische können in den Räumen der Schulküche von den Teilnehmerinnen gleich bezogen oder mit nach Hause genommen werden. Der Unterricht ist vollständig kostenlos.

### Friedrichshagen.

Ein Unglücksfall hat sich vorgestern in Friedrichshagen zgetragen. Dem auf einem Neubau beschäftigten 28-jährigen Rohrlager Max Magdeburg spritzte beim Abladen von geöffneter Kalkschale in das Gesicht, wobei das rechte Auge schwer verletzt wurde. Der Verunglückte wurde sofort auf Anordnung eines hinzugerufenen Arztes nach der Königl. Klinik in Berlin übergeführt, wo eine Operation vorgenommen werden mußte. Es ist jedoch sehr fraglich, ob die Sehraft wird erhalten werden können.

### Stenide (Kr. Beeskow).

In einer trotz des schlechten Wetters gut besuchten Wählerversammlung unter freiem Himmel referierte Genosse Joachim Kläh. Die Ausführungen des Redners fanden bei den Zuhörern großen Beifall. Die Feuerwehr wurde just zu Beginn der Versammlung alarmiert, was den Verlauf der Versammlung jedoch nicht beeinträchtigte. In das vom Genossen Wäbke auf die Sozialdemokratie ausgebrachte Hoch stimmten die Teilnehmer, darunter 24 Frauen, begeistert ein.

### Wohndorf.

Mit der Agitation zu den Reichstagswahlen beschäftigte sich die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Allgemein war man der Meinung, daß vom Besuch gegnerischer Versammlungen Abstand genommen werden müsse, vielmehr sei es notwendig, eine gewissenhafte Verteilung der Kräfte während des Kampfes sowohl wie am Wahltag vorzunehmen. Genosse Mohr betonte auf Grund längerer Erfahrungen die Notwendigkeit, sich vor der Wahl den ländlichen Wählern zu nähern, um mit diesen die politische und wirtschaftliche Lage zu besprechen. Weitere Anweisungen sollen in Kürze vom Vorstand ergehen. Hierauf berichtete Genosse Schiffe über seine Tätigkeit in der Gemeindevertretung. U. a. hat die Gemeindevertretung eine Erhöhung der Friedhofsgebühren beschlossen. Eine Kommission, der auch unser Genosse angehört, ist mit der Ausarbeitung einer neuen Gebührenordnung beauftragt. In der Diskussion kritisierte Genosse Mohr, daß unser Vertreter für die Erhöhung der Friedhofsgebühren gestimmt habe. Schiffe bemerkte hierzu, daß bei Besichtigung der jetzigen Zustände auf dem Friedhof eine an sich nur minimale Erhöhung der Gebührensätze notwendig gewesen sei, wenn anders nicht die Steuern hätten erhöht werden müssen. Genosse Wille berichtete hierauf über die von der Lokalkommission unternommenen Versuche, das frühere Döllingische Lokal zu Verammlungen frei zu bekommen. Der jetzige Inhaber, ein Herr Wirt, welcher in Berlin in der Posener Straße eine Schankwirtschaft betrieben habe und dort bis vor wenigen Monaten in unserer Partei organisiert gewesen sei, scheine es hier mit dem sogenannten besseren Publikum versuchen zu wollen. Nach dreimaligem Vorsprechen unserer Kommission habe er stets eine ausweichende Antwort gegeben. Insekt habe er betont, daß er seine Kollegen nicht schädigen wolle. In der dem Bericht sich anschließenden Diskussion wurde allgemein betont, daß der Boykott mit allen erlaubten Mitteln streng weitergeführt werden müsse. Besonders scharf verurteilt wurde es, daß sogar Berliner Genossen des Sonntags das Lokal aufsuchten. Am nächsten Vespabend soll ein Vortrag gehalten werden. Am Totensonntag findet im Lokale „Jägerhaus“, Grünau, ein Kunstabend statt. Eintrittspreis 80 Pf. Beginn abends 6 1/2 Uhr. Billets sind noch zu haben beim Genossen Kretsch, Genossenschaftshäuser.

### Waldsdorf an der Ostbahn.

Der Gesangverein „Freiheit“ hält am Sonnabend, 18. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, sein erstes Stiftungsfest im Lokale des Herrn Edler, Grünowstraße, ab. Da der Verein bei Parteifreundschaften mitwirkt und für diesen Abend ein gutes Programm zusammengestellt hat, so darf er wohl auf einen zahlreichen Besuch der Genossen und Genossinnen rechnen. Billets à 30 Pf. sind bei den Mitgliedern zu haben.

### Nowawes.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins gelangten zunächst acht neue Mitglieder zur Aufnahme. Sodann teilte der Vorsitzende mit, daß durch die jüngst von den Frauen in Angriff genommene Hausagitation dem Verein bis jetzt 52 neue weibliche Mitglieder zugeführt wurden. — Genosse Vier bemängelte den schlechten Besuch der Bezirksversammlungen und bezweifelste deshalb, daß sie den gewünschten Zweck erfüllen. Der Vorsitzende erwiderte, daß ein Antrag auf Aufhebung resp. zeitweilige Suspendierung derselben in einer der letzten Vereinsversammlungen abgelehnt worden sei. Es müsse nun durch rege Agitation für besseren Besuch gesorgt werden. — Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag über: „Kommunale Fragen.“ Genosse Reumann gab in kurzen Zügen einen Bild über die Zusammenhänge und Aufgaben der Gemeindeparlamentarische sowie der Kreis-, Bezirks- und Provinzialausschüsse, und schilderte die Rechtslosigkeit der Arbeiterpartei bei den Wahlen zu diesen Körperschaften. Zum Schluß gab er noch einen Überblick über die Arbeiten der Gemeindevertretung in den letzten Wochen und begründete die Stellungnahme der sozialdemokratischen Reaktion zu einzelnen wichtigen Vorlagen. In der Diskussion bekehrte sich Genosse Gogel über die schlechte Qualität der von der Gemeinde bezahlten Kartoffeln. Genosse Neumann erwiderte, daß allerdings die erste Sendung schlecht ausgefallen sei, daß die Gemeinde jedoch auf Wunsch gern umtausche, da der Lieferant auf Reklamation ein größeres Quantum einwandfreier Kartoffeln nachgeliefert habe. Auf eine Anfrage des Genossen D. Ubel führte Genosse Neumann

aus, daß die vielfach geäußerte Ansicht, die Gemeinde habe das neu erworbene Grundstück in der Lindenstraße zu teuer bezahlt, unberechtigt sei. In der nächsten Sitzung werde er dies vielleicht näher erläutern können. — Die vom Genossen Kirich gegebene Anregung, in aller nächster Zeit für unsere Parteipresse nochmals eine energische Agitation zu entfalten, soll dem A. v. M. stattfindenden Bezirksversammlungen überwiegen werden. — Eine vom Gen. Vier gestellte Frage bezüglich des Besuchs gegnerischer Versammlungen wurde vom Vorsitzenden dahin beantwortet, daß nach einem Parteibeschluß solche Versammlungen nur dann besucht werden dürfen, wenn alle Parteien eingeladen werden und ausreichende Redefreiheit gewährleistet ist. — Zum Schluß entspann sich noch eine lebhafte Debatte über die bevorstehenden Reichstagswahlen. Der Vorsitzende schilderte die Schwierigkeiten, mit denen wir in diesem Wahlkampf speziell in unserem Wahlkreis zu rechnen haben. In die anwesenden Gewerkschaftsführer richtete er daher die Bitte, angelehnt der zu erwartenden schweren Arbeit mit den Vereinsveranstaltungen möglichst bis nach den Wahlen zu warten.

## Aus aller Welt.

### Pfäffische Kultur.

Die österreichische Ärztevereinsung hatte seit einiger Zeit für ihre Mitglieder die Sperre über den oberösterreichischen Ort Niedau verhängt. Diese vom sozialen Standpunkte aus scharf zu verurteilende Maßregel hat ihre Ursache in der unglücklichen Drangsalierung eines Arztes, der aus der katholischen Kirche austrat und zum Aikatholizismus überging. Seines Glaubenswechsels wegen wurde der Arzt, dem die fanatisierte Bevölkerung Wohnung, Brot und alles sonstige verweigerte, schließlich in den Tod getrieben. Wie sich ein Salzburger Merikales Blatt mit diesem an das dunkelste Mittelalter erinnernden Vorgang abfindet, dafür einige Proben. So erklärt das Blatt, „die Boykottierung des Abtrünnigen sei berechtigt gewesen. Dieses Recht hat doch jeder Bauer, der seinen Knecht fortzuführen kann, wenn er für die heilige Religion in seinem Hause gefährlich wird.“ Ein Arzt nach dem Willen des Salzburger Merikales aber muß folgendermaßen aussehen: „Wir brauchen einen katholischen Arzt, der mit dem Rosenkranz in der Tasche zu seinen Patienten geht... Der Rosenkranz neben dem Messer kennzeichnet den Arzt, wie ihn das katholische Volk braucht... Die Heilung liegt in Gottes Hand, und Gott wird gewiß kein Wunder wirken, wenn ein glaubensloser Arzt den Erfolg nur seiner eingebildeten Wissenschaft und nicht der Allmacht Gottes zuschreibt.“

Bei derartig modernen Anschauungen über die medizinische Wissenschaft ist es nur logisch, daß der Artikelschreiber eine katholische Universität verlangt, „damit wir dem Volke wahrhaft katholische Ärzte hinauscheiden können, die täglich in die Messe gehen und fleißig beten, damit das Volk auch Vertrauen zu seinem Arzte haben kann; dieses Vertrauen ist schon halbe Heilung.“

Der Merikale Artikelschreiber hat bereits Anspruch auf einen Ehrenplatz im Himmel, denn im höchsten Maße trifft auf ihn der Satz aus der Bergpredigt zu: Selig sind, die da geistig arm sind...

### Ein edler Wettstreit.

Das Sinnen und Trachten der sogenannten Kulturnationen richtet sich ständig auf eine Vervollkommnung der Nordtechnik. Kaum ist eine industrielle Erfindung gemacht worden, so unterliegt man sie einer Prüfung, inwiefern sie der Erweiterung der Möglichkeit des Massenmordens dienlich gemacht werden kann. Charakteristisch für dieses Bestreben ist die Aufnahme der beiden großen Erfindungen der letzten Jahre, des lenkbaren Luftschiffes und des Flugapparates, in die Heeresformationen der verschiedenen Nationen. Die Erde ist den Kriegsschwärmern zu klein geworden; die erheblichen Aufwendungen für den Luftmarinismus zeigen, daß in den von manchen „wahren Patrioten“ gewünshten Weltkrieg das Nord in der Luft eine große Rolle spielen wird. Schon jetzt werden Versuche angestellt, wie man im Ernstfalle aus Aeroplanen Bomben auf die kristallinen Rimmenschen werfen kann. Und da eine Erfindung in der Nordtechnik die andere jagt, nimmt es nicht wunder, daß auch Versuche angestellt werden, den Luftschiffen und Aeroplanen das Wasser oder besser gesagt, die Luft abzugraben. So meldet ein Telegramm aus New York, daß das amerikanische Marineministerium mit großem Erfolge ein neues Geschütz ausprobiert hat, dem kein Luftschiff oder Flugapparat entkommen kann. Das Geschütz schleudert in einem Winkel von 45° eine Bombe in die Luft; in einer Höhe von 5000—6000 Metern gelangt das Geschütz zur Explosion. Die Versuche sollen ergeben haben, daß durch die Explosion eine gewaltige Störung der Luftschichten hervorgerufen wird, die in ihrer Wirkung an einen Zyklon erinnert.

### Keine Notizen.

**Ein geistkranker Würder.** Der Deutsch-Oesterreicher Karl Kramer, der vom Londoner Schwurgericht wegen Ermordung von drei Personen zum Tode verurteilt worden war, ist jetzt vom Gericht für geisteskrank und für seine Tat nicht verantwortlich erklärt worden. Kramer wurde in eine Irrenanstalt gebracht.

**Großfeuer in Adrianopol.** Nach einer Meldung aus Konstantinopel ist am Dienstag im Handelsviertel von Adrianopol ein Brand ausgebrochen, der ein Viertel der Stadt einäscherte. Der Schaden ist ganz enorm.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in der Kasse 69, von der Treppe — 4. Stock —, wochentags von 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Buchstabe und eine Zeit als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Etliche Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

**Nummer 1875.** Eine Vorlesung trifft nicht. Anzeigepapier, die Bogen ineinander gelegt. — S. 23. 10. Jänner. 18. Stiftungsbepanulation des Magistrats. — M. R. 61 und Garziner. 83. Die Frau darf nicht älter wie 30 Jahre sein. Bedingungen beim Kreisamt. Lehrzeit 6 Monate. Können etwa 300 M. Barzeig nach der Weidung an 3 Jahre. — **Wank 27.** Diese technischen Ausführungen können wir nicht im Briefkasten machen. Werden Sie sich an den Techniker Genossen Woldi, Albiner Str. 33. — A. M. 18. Und ist eine solche Verbindung nicht bekannt. Bleibt es Ihnen Zweck auf Anfrage bei der Frau. Kolonie. Siehe Adressbuch. — **Rizdorf 48.** Zusammenhang Vorwärts, Lindenstr. 69, oder der Spielplatz. — S. 21. Nr. 52. Schlägen Sie das bitte das Berliner Adressbuch, Teil II, auf. — A. Wilsch. Bremerhaven. In Charlottenburg. — S. 2. 666. Werden Sie sich an das Bureau der Seelente, Engelstr. 21. — S. 6. 666. Dazu reicht unser Briefkasten nicht aus. — **S. Wank.** Sehen Freitag, abends 7/9 Uhr, bei Blume, Al-Bogagen 56. — G. W. 567. 1. Nr. 2 und 3. Rein. — S. 2. 100. 1. Nr. 2. Ein gegnerischer Anwaltskosten 12 bis 15 M. 2. und 4. Eine Verpflichtung zur Bewältigung von Halsentzündungen besteht weder für den Gläubiger, noch für den Schuldner, noch für das Gericht. Es können aber Halsentzündungen zugebilligt werden. — S. 5. Sie bleiben haltbar. Der Vermieter ist nicht einmal verpflichtet, den Käufer in den Räumen zu dulden. — **Wetlegier.** 1 und 2. In allen Fällen kann Ihre Uebeln intervenieren. — S. 2. 9. Wir halten den Wert für schadenlos. — G. F. 157. Rein. — S. 6. 11. Spätestens am 16. Dezember. — A. R. 90. Rein. Sie sind aber nicht verpflichtet, die Abrechnung zu dulden. — S. 2. 1. 1. Drei Monate. 2. Ja, falls beide Parteien in selben Ort wohnen. 3. Rein. — G. B. 32. Unmonatlich darat, daß der Vermieter spätestens am 15. im Behr der Abrechnung ist, mit Wirkung zum 1. kommenden Monats. — S. 6. 3a. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.